

KARL JOSEF RIVINIUS

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften
im Briefwechsel zwischen Carl Bachem,
P. Pankrätius Rathscheck und Bischof Döbbing vom
Erscheinen der Enzyklika »Singulari quadam«
bis zum Tod Kardinals Kopp (1912–1914)

VORBEMERKUNGEN*

Eine starke Belastungsprobe für das innerkirchliche Leben in Deutschland nach der Jahrhundertwende und ein besonders schmerzliches Kapitel der jüngeren Kirchengeschichte stellte die Kontroverse um die interkon-

*Folgende Abkürzungen werden verwendet:

- AA = Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Päpstlicher Stuhl 26. Geheim: Stellung der Kurie zu den christlichen Gewerkschaften; Vatikan, Bd. 310: Deutschland. Gewerkschaftsfrage (1912–1914); Bd. 311: Deutschland. Gewerkschaftsfrage (1914); Bd. 1053: Geheim. Lose Geheimsachen (1910–1914; Briefe von Ges. von Mühlberg, von Bergen, von Hartmann, Baumgarten, Kopp).
- AFW = Archiv der Sächsischen Franziskanerprovinz Werl. Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II; Nb, Bischof Bernhard Döbbing. Briefe (1912–1914).
- BayHStA = Bayerisches Hauptstaatsarchiv München. Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905: Die Frage der christlichen Gewerkschaften in Deutschland (1912–1914); 912: Politischer Schriftwechsel (1914); MA 929: Vertrauliche Korrespondenz des Ministers des Äußern mit dem k. b. Gesandten Baron Ritter (1912–1914).
- EAM = Erzbischöfliches Archiv München. Kasten 29/2: Kölner Richtung – Berliner Richtung. Gewerkschaftsstreit 1912.
- EBRK = Registratur des Erzbischöflichen Generalvikariats in Köln. Gen. 23.61: Gewerkschaftsfragen.
- HAStK = Historisches Archiv der Stadt Köln. 1006: Depositum Bachem. 314g: Katholikerversammlung in Metz (1913); 328: Christliche Gewerkschaften; 329: Christliche Gewerkschaften und Berliner Fachabteilungen; 980: Christliche Gewerkschaften und Berliner Fachabteilungen (1913); 981: Christliche Gewerkschaften bis zum Tode Pius' X., 20. August 1914.
- HJ = Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft.
- KV = Kölnische Volkszeitung.
- KZ = Kölnische Zeitung.
- NZZ = Neue Zürcher Zeitung.
- TR = Tägliche Rundschau.
- WAZ = Westdeutsche Arbeiterzeitung.

fessionellen, christlichen Gewerkschaften dar. Die heftigen Auseinandersetzungen in dieser Frage sind zutreffend nur zu verstehen, wenn man den Gesamtrahmen mitbedenkt, innerhalb dessen sie im katholischen Raum ausgetragen wurden. Sie hingen wesentlich zusammen mit den Ereignissen und Vorgängen um den Modernismus¹. Zwei Grundpositionen befanden sich im schroffen Gegensatz zueinander, die von ihren je unterschiedlichen Voraussetzungen und Zielvorstellungen nicht in Einklang zu bringen waren.

Die konzeptionellen Meinungsverschiedenheiten traten zutage vornehmlich bei der kontroversen Diskussion über den Charakter der Zentrumspartei², im sogenannten Literaturstreit³ und bei Erörterung der Frage, ob

¹ An Literatur zu dieser komplexen Thematik: *Karl Holl*, Der Modernismus, Tübingen 1908; *Adolf ten Hompel*, Indexbewegung und Kulturgesellschaft. Eine historische Darstellung, Bonn 1908; *Johannes Kübel*, Geschichte des katholischen Modernismus, Tübingen 1909; *Joseph Schnitzer*, Der katholische Modernismus, in: Zeitschrift für Politik 5 (1912) 1–218; *Jean Rivière*, Le Modernisme dans l'église. Etude d'histoire religieuse contemporaine, Paris 1929; *Emile Poulat*, Intégrisme et catholicisme intégral. Un réseau secret international antimoderniste: La »Sapinière« (1909–1921), Tournai 1969; *Oskar Schroeder*, Aufbruch und Mißverständnis. Zur Geschichte der reformkatholischen Bewegung, Graz 1969; Der Modernismus. Beiträge zu seiner Erforschung, hrsg. von *Erika Weinzierl*, Graz, Wien, Köln 1974; *Norbert Trippen*, Theologie und Lehramt im Konflikt. Die kirchlichen Maßnahmen gegen den Modernismus im Jahre 1907 und ihre Auswirkungen in Deutschland, Freiburg, Basel, Wien 1977; *Richard Schaeffler*, Der »Modernismus-Streit« als Herausforderung an das philosophisch-theologische Gespräch heute, in: Theologie und Philosophie 55 (1980) 514–534.

² Ausgelöst wurde die Kontroverse um den Charakter des Zentrums als politischer Partei durch den hervorragenden Zentrumsjournalisten und rührigen Redakteur bei der »Kölnischen Volkszeitung«, *Julius Bachem*, mit dem Aufsatz »Wir müssen aus dem Turm heraus« in den »Historisch-politischen Blättern« März 1906. Der parallel laufende Gewerkschaftsstreit belastete und verschärfte zusätzlich diese Diskussion. Zum Ganzen siehe: *Karl Hoerber*, Der Streit um den Zentrumscharakter, Köln 1912 (= Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 1); *Julius Bachem*, Das Zentrum wie es war, ist und bleibt, Köln 1913 (= Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 2); *Heinz Brauweiler*, Der Kern und die Bedeutung des Zentrumsstreites, in: Holland 11 (1914) 87–90; *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, VII, Köln 1930, 156–328; *Ernst Deuerlein*, Verlauf und Ergebnis des »Zentrumsstreites« (1906–1909), in: Stimmen der Zeit 156, 80 (1954/55) 103–126.

³ Der sogenannte Literaturstreit hing eng zusammen mit Werk und Person des Publizisten, Kultur- und Literaturkritikers *Karl Muth*. Die von ihm herausgegebene und 1903/1904 im ersten Jahrgang erschienene katholische Kultur-Zeitschrift »Hochland« verfolgte das Ziel, die kulturelle Isolierung des deutschen Katholizismus zu überwinden. Darüber informieren: *Alexander Baumgartner*, Die Stellung der deutschen Katholiken zur neueren Literatur, Freiburg 1910; *Wolfgang Kramer*, Zeitkritik und innere Auseinandersetzung im deutschen Katholizismus um die Jahrhundertwende im Spiegel der führenden katholischen Zeitschriften Deutschlands (1895–1914), Phil. Diss. (Ms) Mainz 1955, 218–232; *Wilhelm Spael*, Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Seine

es vom katholischen Glaubens- und Kirchenverständnis zulässig sei, daß Protestanten und Katholiken sich in Gewerkschaften gemeinsam organisierten, um so ihre berechtigten Anliegen gegenüber den Arbeitgebern wirksamer zu Gehör zu bringen und leichter durchsetzen zu können. Vorrangiges Ziel der deutschen Reformkatholiken war es, die Ghetto mentalität zu überwinden. Gemäß ihrer fortschrittlichen, realistischen Einstellung und ihrer Sensibilität für den vielschichtigen wie grundlegenden Umwälzungsprozeß innerhalb der Gesellschaft suchten sie die Begegnung und Auseinandersetzung mit den geistigen, politischen und sozialen Zeitströmungen, darüber hinaus erstrebten sie die Aussöhnung der Kirche mit der modernen Wissenschaft und Kultur. Gegen diese »liberale« Geisteshaltung opponierten die konservativen Katholiken, die sogenannten Integralisten. Vor aller Öffentlichkeit wurde der peinliche Bruderzwist ausgegossen, der von den areligiösen und kirchenfeindlichen Gruppierungen mit unverhohlener Schadenfreude registriert, ja selbst als willkommene Argumentationshilfe gegen Kirche und Glauben verwendet wurde.

Hier ist freilich nicht der Ort, uns mit der komplexen Gesamtproblematik des Modernismus bzw. des Integralismus näher zu beschäftigen. Wir greifen davon bloß einen Teilbereich heraus, nämlich den Streit um die konfessionell gemischten Gewerkschaften, von dem allerdings nur einige wenige Aspekte behandelt werden⁴, die dem besseren Verständnis des vorliegenden Briefwechsels dienen. Die Kontrahenten wurden dabei repräsentiert durch die »Berliner Richtung« und die »Kölner« bzw. »Mönchen-Gladbacher Richtung«. An diesen Querelen, in deren Verlauf es immer wieder zu unkontrollierten Überreaktionen kam, war gleichfalls ein Großteil des deutschen Episkopats maßgeblich beteiligt.

Pionier- und Krisenzeiten (1890–1945), Würzburg 1964, 106–136; *Ernst Hanisch*, Der katholische Literaturstreit, in: *Der Modernismus*, hrsg. von *Erika Weinzierl*, a. a. O., 125–160.

Die Aktivitäten der antimodernistischen Integralen wirkten sich am verhängnisvollsten beim sogenannten Gewerkschaftsstreit aus. Es ist nicht möglich, die für diesen Sachverhalt wichtige Literatur auch nur annähernd anzugeben. Auswahlweise sei hingewiesen auf einige neuere Titel: *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik, VII, a. a. O., 209–283; *ders.*, ebenda, IX, Köln 1932, 111–163; *Albrecht Hartmann*, Zentrum und christliche Gewerkschaften von 1900–1914, Phil. Diss. (Ms) Berlin 1952; *Emil Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954; *Lucian Kudera*, Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik, Phil. Diss. (Ms) Mainz 1955; *Ernst Deuerlein*, Der Gewerkschaftsstreit, in: *Theologische Quartalschrift* 139 (1959) 40–81; *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914, Köln, Wien 1976; *Horstwalter Heitzer*, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Mainz 1979; *Hans Dieter Denk*, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980.

I. KURSORSCHER ÜBERBLICK ÜBER DIE ENTWICKLUNG
DER CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG BIS ZUR
PUBLIKATION DER ENZYKLIKA
»SINGULARI QUADAM« IM JAHR 1912

1. *Christentum und Arbeiterbewegung*

Im Mai 1891 erließ Papst *Leo XIII.* das Rundschreiben »*Rerum novarum*«, das als grundlegende Stellungnahme der katholischen Kirche zur sozialen Frage und in vielen Punkten für die Folgezeit als richtungsweisend anerkannt wird, wenngleich manche Analysen der damaligen sozialen Zeitsituation und Bewertungen heute überholt sind. In ihm bekennt sich der Papst prinzipiell zur kapitalistischen Sozial- und Wirtschaftsordnung. Er will nicht eine Veränderung des bestehenden Systems, er fordert dagegen eine Reform des Herzens und der Gesinnung; denn auf diese Weise allein können nach seiner Meinung die unversöhnlichen Gegensätze zwischen der besitzenden und nichtbesitzenden Klasse abgeschafft sowie die krassen Auswüchse und Negativfolgen kapitalistischer Produktionsmethoden überwunden werden.

Zur Lösung der sozialen Frage sind in gleicher Weise die Kirche, der Staat und die Besitzenden, aber auch die Arbeiter selbst aufgerufen. Sie fordert das Oberhaupt der Kirche auf, sich zur Interessenvertretung und zur Durchsetzung ihrer berechtigten Anliegen in christlichen Arbeitervereinen zusammenzuschließen. Dabei wird die Möglichkeit von Streiks als »ultima ratio« nicht grundsätzlich abgelehnt.

Die Sozialenzyklika von 1891, die unter Berufung auf das Naturrecht den Arbeitern das Assoziationsrecht ausdrücklich zuerkannte sowie die Gründung von Vereinen »zur Hebung und Förderung der leiblichen und geistigen Lage der Arbeiter« auf der Grundlage der Religion empfahl, erschien zu einer Zeit, als der Sozialismus mit seiner Antihaltung gegenüber dem Kapitalismus und der Kirche immer mehr Anhänger im Deutschen Reich gewann⁵. Er zog auch katholische Arbeiter in seinen Bann, weil er sich kompromißlos für die Belange der arbeitenden Bevölkerung einsetzte. Die Hinwendung zur sozialistischen Arbeiterbewegung schloß zugleich die Abkehr vom Christentum ein. Angesichts dieser Situation stellte das päpstliche Lehrschreiben eine orientierende

⁵ Das vom Reichstag 1878 erlassene »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, das sog. »Sozialistengesetz«, wurde 1890 vom Reichstag nicht verlängert. Dadurch konnten die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften ihre Arbeit wieder öffentlich aufnehmen.

Hilfe für die zukünftige Entwicklung und Organisation der Arbeitervereine zur rechten Zeit dar.

Der christentums- und kirchenfeindlichen Tendenz konnte wirksam nur begegnet werden, wenn man die Arbeiterschaft organisierte. Bereits 1884 hatte *Franz Hitze*, Sekretär des Verbandes »Arbeiterwohl«, auf dem Katholikentag in Amberg unter Hinweis auf das päpstliche Lehrschreiben »*Humanum genus*« zur Gründung von Arbeitervereinen in Deutschland⁶ aufgerufen. Seine Initiative motivierte er folgendermaßen: »Wenn die Sozialdemokraten in öffentlichen Versammlungen die Gottesleugnung und Äußerungen des Hasses vorzubringen wagten, die täglich in ihrem Programme zu lesen sind, unser christliches Volk würde sich mit Abscheu von ihnen wenden. Wenn wir ihnen in öffentlicher Versammlung entgegenreten könnten, die Sozialdemokratie wäre bald isoliert. Die Propheten des Unglaubens in der Arbeiterbluse gehen aber zu Tausenden in unseren Fabriken und Werkstätten ein und aus; sie arbeiten mit unseren christlichen Arbeitern an ein und derselben Maschine, teilen mit ihnen den Hin- und Herweg, sie sitzen in demselben Kosthaus an demselben Wirtshaustische und können so tausendfach die Saat des Mißtrauens und Unglaubens aussäen. Diesen Verhältnissen gegenüber gibt es nur ein Mittel: wir müssen aus unseren christlichen Arbeitern eine wohlgeschulte, wohlbewaffnete Armee bilden, die den Sozialdemokraten auch in die Fabrik, in die Werkstatt hinein folgt. Organisieren wir unsere christlichen Arbeiter, ehe es zu spät ist, organisieren wir sie in christlichen Vereinen, ehe die Feinde in unseren eigenen Mauern sind.«⁷

Der Zusammenschluß katholischer Arbeiter in kirchlich anerkannten Vereinen sollte ein Bollwerk gegen die Hetzkampagnen und propagandistischen Agitationen von seiten der Sozialdemokratie bilden. Bei diesem Abwehrkampf leistete der »Volkverein« durch die praktisch-sozialen Kurse Großartiges. Ihm galt als wichtigste Zielsetzung, Lösungen der sozialen Frage im weitesten Sinn anzubieten, d.h. die bislang von der

⁶ Gegenüber den Ende der sechziger Jahre entstandenen christlich-sozialen Vereinen, die teilweise interkonfessionell waren und Arbeiter, Bauern und kleine Handwerker in sich vereinigten, stellten die Arbeitervereine etwas Neues dar. Im Gegensatz zu den christlich-sozialen Vereinen, von denen nur wenige Kulturkampf und Sozialistengesetz überlebt hatten, waren sie katholisch-konfessionell und erfaßten nur Arbeiter. Diese katholischen Arbeitervereine hatten einen mehr seelsorgerlichen Charakter und unterstanden in der Regel der Leitung von Geistlichen. Darüber informiert: *Otto Müller*, *Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgabe und Einrichtungen*, Mönchengladbach 1907.

⁷ Zitiert bei: *Johannes Horstmann*, *Katholizismus und moderne Welt. Katholikentage, Wirtschaft, Wissenschaft – 1848 bis 1914*, München, Paderborn, Wien 1976, 55 (= *Abhandlungen zur Sozialethik*, hrsg. von *Wilhelm Weber* und *Anton Rauscher*, Bd. 13).

»Gesellschaft« ausgeschlossenen Bauern, Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Industriearbeiter in sie zu integrieren durch Weckung eigener Fähigkeiten und Stärkung des Selbstbewußtseins. Die realistisch und pragmatisch denkenden Führer des Volksvereins wollten darin zugleich »den spezifischen Beitrag des deutschen Katholizismus für die Fortentwicklung der inneren nationalen Einheit verstanden wissen«⁸. Mit den »roten Heften« – so wurde wegen der Farbe des Einbandumschlags das eigentliche Organ »Der Volksverein« volkstümlich genannt – und einer Unzahl Flugblätter bekämpfte man einerseits die revolutionären Bestrebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung, soweit sie sich in der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften manifestierten, andererseits informierte man mit ihnen über Aufgabe und Bedeutung einer konstruktiven »christlichen Sozialpolitik« auf dem Fundament des christlich-katholischen Menschenbildes. Ohne die ständigen Bemühungen und den rastlosen Einsatz der Männer von »Mönchengladbach« wäre die katholische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach 1890 nicht denkbar gewesen⁹.

Als ausgesprochen günstig erwiesen sich die personellen Verflechtungen und engen menschlichen Beziehungen zwischen Volksverein und Zentrumspartei¹⁰. In ihr besaß er eine maßgebliche Lobby, die garantierte, daß seine programmatischen Vorstellungen von der Zentrumsfraktion des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses bei der Diskussion über die innenpolitischen Leitideen berücksichtigt wurden. Beide Institutionen beeinflussten sich gegenseitig im jeweiligen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß. Die eine unterstützte die Tätigkeit der anderen, indem sie die ihrer Arbeit gemeinsamen Motive und Zielsetzungen, vor allem auch im Bereich der Sozialpolitik, der katholischen Öffentlichkeit transparent machten und dafür nachhaltig warben. Neben der Zentrumspresse leistete der Volksverein willkommene publizistische »Amtshilfe« insbesondere für die Politik der Zentrumspartei bei der Wahlkampfpropaganda. Wie bedeutsam gerade die Bereitstellung eines

⁸ *Ernst Heinen*, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Bd. 2: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979, 187; siehe außerdem zu diesem Sachverhalt: *Rudolf Morsey*, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: HJ 90 (1970) 31–64.

⁹ Während des beschämenden Gewerkschaftsstreites wurde der Volksverein als Anhänger einer konfessionell gemischten Arbeitervertretung von den integralistischen Gegnern gleichfalls verleumdet und denunziert.

¹⁰ Vgl. hierzu: *Josef Hansen*, Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein, in Preußen und im Rheinland 1815–1915, Bonn 1918, 220; ausführlich: *Horstwalter Heitzer*, Der Volksverein, a. a. O., 144–166.

Teils der Mittel und des Apparats von seiten des Volksvereins gewesen ist, illustriert folgendes Zitat: »Angesichts der bis zum 1. Weltkrieg höchst mangelhaft ausgebildeten Organisationsstruktur des Zentrums erwies sich diese intensive, ja intime Zusammenarbeit beider, der Partei wie des Volksvereins, für die Vertretung der Interessen des katholischen Bevölkerungsteils im Sinne einer tatkräftigen Mitarbeit in Staat und Gesellschaft während der letzten zwei Jahrzehnte des deutschen Kaiserreiches von kaum abschätzbarem Wert.«¹¹

2. Katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften

Zu Beginn der 90er Jahre drängte sich den katholischen Arbeitern immer stärker die Notwendigkeit auf, ihre wirtschaftlichen Interessen entschiedener und zielbewußter als in der Vergangenheit gegenüber den Unternehmern geltend zu machen¹². An sich wäre der Beitritt der katholischen Arbeiter zur größten Gewerkschaftsorganisation des Deutschen Reiches das Nächstliegende gewesen, hätte diese es dem gläubigen Menschen durch ihre sozialistische Weltanschauung, ihr klassenkämpferisches Denken und ihre kirchenfeindliche Agitation nicht unmöglich gemacht. Die unter *Hitzes* maßgebenden Einfluß wieder belebten oder neugegründeten katholischen Arbeitervereine hatten sich als Standesvereine große Verdienste um Werden und Wachsen des Selbstbewußtseins der Arbeiter erworben. In ihnen waren Mitglieder der verschiedensten Berufe vertreten, sogar Nicht-Arbeiter. Eine ihrer Hauptaufgaben bestand im Kampf gegen das Antichristentum der Sozialdemokratie. Insofern fungierten sie als eine Erweiterung der Seelsorge. Das wirtschaftliche Interessengebiet zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ließen sie unberücksichtigt. Eine Änderung trat erst mit den Februarerlassen des Kaisers 1890 und der im Jahr darauf erschienenen Enzyklika »*Rerum novarum*« ein. Es herrschte unter den Arbeitern damals eine wache Empfänglichkeit für soziale Bestrebungen, die sich in diesem Zeitraum auch freier entfalten konnten. Die sozialen Unterrichtskurse, wie sie der Volksverein organisierte und durchführte, übernahmen fortan die Aufgabe der Standeserziehung.

¹¹ *Ernst Heinen*, Staatliche Macht und Katholizismus, a. a. O., 192; siehe auch: Dokumentation, Anmerkung 85.

¹² Eingeleitet wurde dieses Jahrzehnt durch die Erlasse *Wilhelms II.* vom 4. und 5. Februar 1890, die das kaiserliche Bemühen signalisierten, die omnipotente Position der Arbeitgeber zu schwächen und die Arbeiter zu schützen. Dazu: *Hans F. Zeck*, Vom Werden und Wachsen der katholischen Arbeiterbewegung, Köln 1932.

Unerschöpflichen Diskussionsstoff bei den Vereinsabenden boten die Last des wirtschaftlichen Drucks, die materiellen Sorgen und existentiellen Nöte sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen des einzelnen. Es legte sich nahe, daß die Mitglieder desselben Berufes innerhalb der katholischen Arbeitervereine zur Wahrnehmung ihrer spezifischen Berufsinteressen Fachgruppen, sogenannte »Fachabteilungen« bildeten, die dann mit den gleichen Fachabteilungen der Verbandsvereine an anderen Orten zusammen die Gewerkschaft ersetzen sollten. Sie besaßen ihre besonderen Wohlfahrtseinrichtungen und Kassen sowie einen geistlichen »Beirat«, meist den Präses des jeweiligen Arbeitervereins. Von Beginn an wurde jedoch offenkundig, daß die Fachabteilungen keine echte Alternative zu einer gewerkschaftlichen Organisation darstellten. Zudem hatte die Mehrzahl der Arbeiter wegen der Abhängigkeit vom Arbeiterverein kein Vertrauen in eine selbständige und effektive Vertretung der vielschichtigen und wechselnden Interessen im Arbeitsverhältnis. Der geringe Erfolg der Werbung für die Fachabteilungen durch alle Jahre ihres Bestehens dokumentiert diesen Tatbestand. Die Negativbilanz lag begründet in ihrer strukturellen Schwäche und Konzeption. »Fortbildung war auf jeden Fall gut, hier konnte der Präses helfen, er sorgte für Literatur und Vorträge, für Unterweisung in der sozialen Gesetzgebung, kurz: er stärkte das Solidaritätsbewußtsein. Damit waren die Möglichkeiten aber auch erschöpft. Sobald es mit Lohnforderungen ernst wurde, das sah man sehr bald ein, war mit diesen Fachabteilungen, die nur Bildungsgemeinschaften waren, nichts zu erreichen. Sie waren lokal und konfessionell gebunden und entbehrten jeder Stoßkraft. Zur Erreichung berechtigter Wünsche hätten sie niemals einen Streik organisieren können. Ein so großes Wagnis konnte nur ein zentraler Berufsverband auf überlokaler und interkonfessioneller Basis unternehmen.«¹³

Franz Hitze sah in den Fachabteilungen der konfessionellen Standesvereinigungen die Vorstufe der Gewerkschaften. Sie allein mit ihren großen Zentralverbänden konnten wirksame Interessenvertreter der Arbeiter gegenüber den Unternehmern sein und die sozialen Anliegen und Forderungen ihrer Mitglieder nachdrücklich ins Zentrum der Politik rücken; denn der gewerkschaftliche Tageskampf setzte, sollte er erfolgversprechend sein, die Schaffung schlagkräftiger, aggressiver Organisationen voraus. Alle anderen Lösungsvorschläge und -versuche waren unrealistisch. Mit der Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter 1894 in Essen durch den katholischen Bergmann *August Brust* – er hatte

¹³ *Wilhelm Spael*, *Das katholische Deutschland*, a. a. O., 25.

seinen Plan vorher mit Professor *Franz Hitze* in Münster besprochen – nahm die christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Anfang. Im Organisationsstatut wurde der interkonfessionelle Charakter festgeschrieben: »Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich und schließt die Erörterung konfessioneller und politischer Parteiangelegenheiten aus. Durch den Eintritt in den Verein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen.«¹⁴ Je zur Hälfte sollten die beiden christlichen Konfessionen im Vorstand vertreten sein.

Infolge der verstärkten Mitarbeit der Katholiken an den nationalen Aufgaben und der dadurch notwendigen Kompromißbereitschaft auf interkonfessionellem Gebiet, erstarkten die christlichen Gewerkschaften immer mehr. Im Jahr 1899 hielt man in Mainz den ersten Kongreß christlicher Gewerkschaften ab, auf dem der Satz verabschiedet wurde: »Die Gewerkschaften sollen interkonfessionell sein, d.h. Mitglieder beider christlicher Konfessionen umfassen, aber auf dem Boden des Christentums stehen«. Der erste Punkt der Leitsätze lautete dann: »Die Gewerkvereine sind interkonfessionell und politisch unparteiisch.«¹⁵ In der Aufgabenstellung unterschieden sich die christlichen Gewerkschaften kaum von den freien Gewerkschaften: »Berufliche und sozialpolitische Schulung der Mitglieder, Arbeitsvermittlung, Unterstützung der Arbeitslosen, Mitwirken beim Abschluß von Tarifverträgen; der Streik wurde unter bestimmten Bedingungen als Mittel des Arbeitskampfes anerkannt und angewendet, die Zusammenarbeit mit den Freien Gewerkschaften in der gewerkschaftlichen Tagespolitik häufig gesucht«¹⁶.

¹⁴ *Wilhelm Spael*, Das katholische Deutschland, a. a. O., 27. Zu den Beziehungen zwischen Katholikentagen und christlichen Gewerkvereinen: »Seit 1894, als die christliche Gewerkschaftsbewegung sich zu entwickeln begann, haben fast alle Generalversammlungen sich mit dieser Frage beschäftigt und sowohl im allgemeinen die Forderung nach einer ungehinderten, gesetzlich geschützten Berufsorganisation der Arbeiter unterstützt, als auch die *Notwendigkeit christlicher Gewerkvereine* neben den konfessionellen Arbeitervereinen betont . . . Über die *Stellungnahme der katholischen Sozialpolitiker Deutschlands* zu den christlichen Gewerkvereinen [kann] kein Zweifel sein« (»Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands über die christlichen Gewerkvereine«, in: KV, Nr. 959 vom 23. Oktober 1900).

Sehr deutlich hatte der Katholikentag in Neisse 1899 den Beschluß formuliert: »Die Generalversammlung erkennt in den christlichen Gewerkschaften nicht einen Ersatz der konfessionellen Arbeitervereine, sondern eine notwendige Ergänzung derselben und hält die möglichst baldige Durchführung christlicher Gewerkschaften für ein wesentliches Mittel zum sozialen Frieden.« Vor allem *Hitze* warb auf den Katholikentagen unentwegt für die christliche Gewerkschaftsbewegung.

¹⁵ *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1973, 127.

¹⁶ Ebenda.

Im deutschen Katholizismus machten sich seit längerem zwei unterschiedliche Grundeinstellungen bemerkbar – die Literatur spricht von der »Berliner« und der »Kölner« bzw. »Mönchen-Gladbacher« Richtung, die im sogenannten »Gewerkschaftsstreit« aufeinander prallten. »Ein unerquicklicher Bruder-Streit, der jahrelang wie ein Alpdruck auf der christlichen Gewerkschaftsbewegung lag und ihre Entwicklung hemmte. Die katholische öffentliche Meinung war auf keinen einheitlichen Nenner zu bringen. Das dauerte so bis fast zum Weltkrieg. Immer wieder verschoben sich die Fragestellungen, Mißverständnisse trugen das Ihrige zur Verhärtung bei. ›Menschliches und allzu Menschliches‹ fehlte nicht.«¹⁷ In der 1900 erschienenen Broschüre »Arbeitervereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Encyclica ›Rerum novarum‹ von Franz von Savigny optierte ihr Autor für die katholischen Arbeitervereine, weil sie zweckentsprechend seien, die materielle Hebung des Arbeiters hinreichend garantierten und überdies die Präsiden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vermitteln könnten. Das religiöse, geistliche Moment bestimmte Savigny, sich so energisch für diese Einrichtungen auszusprechen. Mit dem Rundschreiben *Leos XIII.* von 1891 argumentierte er: »Die Religiosität der Mitglieder soll das wichtigste Ziel sein, und darum muß der christliche Glaube *die ganze Organisation* durchdringen. Andernfalls würde der Verein in Bälde sein ursprüngliches Gepräge einbüßen; *er würde auf gleiche Linie mit jenen Verbänden kommen, welche die Religion aus ihren Reihen ausschließen.*«¹⁸ Die interkonfessionellen Gewerkschaften lehnte Savigny unter anderem deshalb ab, weil sie sich »auf ganz überwiegend materiellem, wirtschaftlichem Gebiete« bewegten und der christliche Charakter in bedenklichem Maß verkürzt wurde. Seine Überlegungen faßte er in dem Ergebnis zusammen: »Bei ernster Arbeit sind die katholischen Arbeitervereine geeignet, dem Arbeiter *alles* das zu gewähren, was eine Vereinigung der Standesgenossen zu bieten vermag, und darüber hinaus das unendliche Wohl der christlichen Lebensauffassung und Lebensführung mit der Fülle ihres Segens; mit anderen Worten: bei ernster Arbeit entsprechen und genügen sie allen Anforderungen. Die ›christlichen Gewerkschaften‹ aber sind ganz einseitig, ungenügend, ja unter manchen Gesichtspunkten bedenklich und unter Umständen geradezu gefährlich.«¹⁹

¹⁷ Wilhelm Spael, Das katholische Deutschland, a. a. O., 44.

¹⁸ Franz von Savigny, Arbeitervereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Encyclica ›Rerum novarum‹, Berlin 1900, 3.

¹⁹ Ebenda, 24.

Mit dieser Ansicht kontrastierte eine andere Schrift, die ungefähr gleichzeitig erschien und im Verlag der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« herauskam. Sie enthielt eine Art Programm der christlichen Gewerkschaften²⁰. Nachdem die Gründe für die Trennung der christlichen von den sozialistischen Gewerkschaften dargelegt worden waren, hieß es darin weiter: »*Vorläufig* (Hervorhebung von Karl Josef Rivinius) ist eine Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsbewegungen ausgeschlossen. Damit haben wir schon angedeutet, daß als Ziel eine Zusammenfassung aller Arbeiter in »paritätischen Gewerkschaften« zu erstreben ist, d. h. in solchen Gewerkschaften, welche sämtliche Arbeiter des betr. Industriezweiges, einerlei welcher Partei oder welchem Bekenntnisse sie angehören, umfassen, und zwar umfassen auf dem neutralen Boden des Ausdem-Spiele-Lassens aller religiösen und politischen Anschauungen, selbstverständlich auf dem gegenwärtigen Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung . . . Die paritätischen Gewerkschaften werden, was ihre grundsätzliche Gestaltung betrifft, genauso beschaffen sein, wie heute die christlichen Gewerkschaften schon sind, nur mit dem Unterschied, daß dann das Wörtchen »christlich« in ihrem Namen wegfällt, weil man sie nicht mehr gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden zu unterscheiden braucht; geradeso wie man heute, da es keine sozialdemokratischen Innungen gibt, auch nicht von christlichen Innungen spricht, sondern einfach von Innungen.«²¹

An diesen zum Teil mißverständlichen und unpräzisen Äußerungen entzündete sich der Gewerkschaftsstreit, der in seinen einzelnen Phasen hier nicht näher abzuhandeln ist. Profilierteste Wortführer bei den jahrelangen Auseinandersetzungen mit einem Teil des deutschen Katholizismus waren auf seiten der »Berliner« Kardinal *Kopp* von Breslau²² und Bischof *Korum* von Trier²³.

²⁰ *Otto Müller*, Christliche Gewerksvereine. Ihre Aufgabe und Tätigkeit, Mönchengladbach 1900. Die Schrift erschien anonym.

²¹ Ebenda, 38f.

²² *Georg Kardinal Kopp*, 1906 geadelt (* 25. Juli 1837 Duderstadt, † 4. März 1914 Troppau), war von 1872 bis 1881 Domherr und Generalvikar in Hildesheim, von 1881 bis 1887 Bischof von Fulda, ab 1887 Fürstbischof von Breslau. Als Mitglied des preußischen Herrenhauses und des österreichisch-schlesischen Landtags besaß *Kopp* großen politischen Einfluß. Er hat sich um die Beilegung des Kulturkampfes verdient gemacht. Zu Person und Werk: *Rudolf Morsey*, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau (1887–1914). Kirchenfürst oder »Staatsbischof«? Ein Beitrag zur Geschichte des Fürstbistums Breslau, in: *Wichmann-Jahrbuch* 21–23 (1967/69) 42–65.

²³ Zu Bischof *Korum* siehe die bisher einzige, allerdings panegyrische Lebensbeschreibung: *Jakob Treitz*, Michael Felix Korum, Bischof von Trier 1840–1921. Ein Lebens- und Zeitbild, München, Rom 1925.

Die maßgebenden Persönlichkeiten innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung, herausgefordert durch die massive Verleumdungskampagne der »Berliner«, bemühten sich, den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften klarer darzulegen und mißverständliche Formulierungen präziser zu fassen. Bei den kontrovers geführten Diskussionen zwischen Vertretern beider Richtungen erwies sich recht bald die Hoffnung als illusorisch, die unterschiedlichen Grundpositionen einander näher zu bringen. Im Gegenteil: der Streit eskalierte, auf beiden Seiten verhärteten sich die Fronten zusehends.

In dieser aggressiven, vorurteilsbelasteten Situation, die eine sachliche Erörterung der in Frage stehenden Themen verhinderte, erschien am 23. August 1900 ein Hirten Schreiben der Fuldaer Bischofskonferenz mit der Aufforderung an die Geistlichen, die Arbeitervereine und deren Fachabteilungen tatkräftig zu unterstützen²⁴. Das »Pastorale«, das an die Enzyklika »Rerum novarum« anknüpfte, die aber zu einer Zeit erschienen war, als die eigentliche Gewerkschaftsbewegung noch gar nicht existierte, wollte auf Klerus und Volk beruhigend wirken. Diese Wirkung blieb dem oberhirtlichen Schreiben jedoch versagt. Die Berliner Richtung erhielt durch das Hirten Schreiben Auftrieb und sah sich in ihrer Auffassung bestätigt. Die gesamte integrale Presse interpretierte das bischöfliche Schreiben als Verurteilung der angeblich neutralen Gewerkschaften. Gestützt wurde diese Auslegung durch einen noch schärferen Erlaß des Freiburger Erzbischofs *Nörber*, den er jedoch bald abschwächte.

Die »Kölnische Volkszeitung«, das führende Zentrumsblatt im Rheinland, stand mit den ihr gleichgesinnten Presseorganen dezidiert auf seiten der christlichen Gewerkschaften. Im deutschen Episkopat herrschte Uneinigkeit. Kardinal *Kopp* und Bischof *Korum* sprachen sich im Verlauf der Auseinandersetzungen aus zum Teil unterschiedlichen Motivationen gegen die christlichen Gewerkschaften aus, die Bischöfe von Köln, Paderborn und Hildesheim unterstützten sie. Auch die Arbeitervereine waren in dieser Frage zerstritten. Der westdeutsche, der süddeutsche und der ostdeutsche Verband traten für sie ein, der katholische Arbeiterverein »Sitz Berlin« kämpfte kompromißlos für die mit dem Arbeiterverein verbundenen Fachabteilungen. Trotz dieser Erschwernisse verlief die Entwicklung zugunsten der christlichen Gewerkschaften. Während nämlich der »Sitz Berlin« auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen

²⁴ Zum Anlaß und zur Vorbereitung dieser Erklärung sowie zu den Meinungsverschiedenheiten der Bischöfe über die Interpretation des Fuldaer Hirten Schreibens: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a. a. O., 28–50.

1912 in den Fachabteilungen kaum mehr als 10 00 Anhänger zählte, waren etwa 350 000 Mitglieder in den konfessionell gemischten Gewerkschaften organisiert²⁵.

Die so notwendige Verständigung im Meinungskampf der katholischen Arbeiterschaft unterblieb. Vermittlungsversuche einzelner Personen oder kleinerer Gruppen scheiterten, so etwa das Bemühen des preußischen Episkopats auf der außerordentlichen Bischofskonferenz im Dezember 1910²⁶. Weitere Streitschriften, polemische Flugblätter und erbitterte Pressefehden verschärfte die Situation. Die »Berliner«, vom gegnerischen Lager als Friedensstörer und »Quertreiber« gebrandmarkt, fanden wirksame Unterstützung durch die »Correspondance de Rome« des intransigenten Kuralbeamten *Umberto Benigni*²⁷.

Zunehmend wurde auch der Vatikan, der aus Sorge vor einer Nivellierung der konfessionellen Unterschiede ernste Bedenken gegen die christliche Gewerkschaftsidee hatte, in den Konflikt eingeschaltet. Beide Richtungen bemühten sich, Papst *Pius X.*²⁸ und einflußreiche Persönlichkeiten an der römischen Kurie für sich zu gewinnen. Wiederholt nahm der Streit für die christlichen Gewerkschaften existenzbedrohende Formen an und es stand die kirchliche Zensurierung über den Verfechtern des paritätischen Gewerkschaftsgedankens zu befürchten²⁹. Die Parteinahme der meisten Bischöfe für die christlichen Gewerkschaften verhinderte das Schlimmste. Außerdem hatte Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* wiederholt beim

²⁵ Im Rückblick auf diese Tatsache schrieb *Adam Stegerwald*: »Die katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, brachten es zwar weder in organisatorischer noch in praktischer Hinsicht zu größeren gewerkschaftlichen Erfolgen. Dennoch wurden mit diesem Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager die christlichen Gewerkschaften einundeinhalb Jahrzehnte lang unausgesetzt beunruhigt und dadurch in ihrer praktischen Organisationsarbeit und in der Herausarbeitung ihres Eigenlebens auf den verschiedensten Gebieten außerordentlich gestört und aufgehalten.« Vgl. *Adam Stegerwald*, 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899–1924. Festschrift, Berlin-Wilmersdorf 1924, 213.

²⁶ Hierzu: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a. a. O., 193–203.

²⁷ Siehe zur Charakterisierung *Benignis* und seiner »Hetzzentrale« den Bericht des preußischen Gesandten am Vatikan, *Otto von Mühlberg*, an Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* vom 10. Februar 1914, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 2.

²⁸ *Giuseppe Sarto* (* 2. Juni 1835 Riese/Treviso, † 20. August 1914 Rom) wurde am 4. August 1903 zum Papst gewählt. Zuletzt war er Patriarch von Venedig gewesen. Während seines Pontifikats konzentrierte sich *Pius X.* auf rein kirchliche Probleme. Umstritten ist seine Haltung auf sozialem und wissenschaftlichem Gebiet (vgl. Modernismus). Auf pastoralem Gebiet traf er jedoch zahlreiche Entscheidungen und nahm Reformen vor, die sich auf das kirchliche Leben positiv auswirkten.

²⁹ Über diesen Konflikt urteilte Jahre später *Stegerwald*: »Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager hatte eine große innerpolitische Bedeutung. Ein Jahrzehnt lang war er einer der bedeutendsten Vorgänge im innerpolitischen Leben Deutschlands. Der Streit drehte sich letzten Endes um die Frage, ob in einem Lande mit überwiegend evangeli-

Apostolischen Stuhl zu ihren Gunsten interveniert: Das staatliche Interesse erfordere »ein friedliches Nebeneinander und ein ungestörtes Zusammenarbeiten des evangelischen und des katholischen Volksteils in Deutschland«³⁰. Überdies seien sie ein unverzichtbarer Faktor bei der »Bekämpfung der Sozialdemokratie«³¹; ihre »Zertrümmerung« mache aber »die sozialdemokratische Herrschaft zum Alleinherrscher«³².

Die Konfrontation zwischen den beiden Gruppen erreichte im Jahr 1912 einen traurigen Höhepunkt, so daß Rom einzugreifen sich genötigt sah, um Schlimmeres zu verhüten. In dem Rundschreiben »Singulari quadam« vom 24. September 1912 traf Papst *Pius X.* eine oberkirchenamtliche Entscheidung. Danach konnten die christlichen Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen geduldet werden. Die katholischen Arbeiter sollten zugleich den katholischen Vereinen angehören und die Gewerkschaften sich aller kirchenfeindlichen Anschauungen und Tendenzen enthalten. Zum Schluß äußerte der Papst den Wunsch, daß der Streit endlich beigelegt werde.

II. DIE KORRESPONDENZ ZWISCHEN BACHEM, RATHSCHECK UND DÖBBING

1. *Der Beitrag des Oberhirten von Sutri-Nepi zur Beilegung des Gewerkschaftsstreites*

Die Veröffentlichung der Enzyklika »Singulari quadam« beendete keineswegs die Diskussion über den Charakter der konfessionell gemischten Gewerkschaften. Wenngleich mit ihr ein gewisser Abschluß erreicht worden war, so setzten dennoch die Kontroversen mit unverminderter Schärfe erneut ein. Unter anderem mußte das päpstliche Rundschreiben genauer interpretiert und die Bedingungen näher untersucht werden, unter denen eine christliche Gewerkschaft »geduldet« werden konnte. In den der »Kölner Richtung« nahestehenden Presseorganen legte man die Enzyklika in dem Sinn aus, als akzeptiere *Pius X.* sowohl die katholischen Fachabteilungen als auch die christlichen Gewerkschaften. Die einzelnen

scher Bevölkerung in nicht rein religiösen Fragen Katholiken und Evangelische zusammenarbeiten können oder aber, ob der katholische Volksteil in allen bedeutsamen Fragen und Angelegenheiten ein Sonder- und Eigenleben führen soll.« Vgl. *Adam Stegerwald*, 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung, a. a. O., 16.

³⁰ *Bethmann-Hollweg* an *Mühlberg*, Berlin, 21. Februar 1912, in: Vatikan, Bd. 310.

³¹ *Bethmann-Hollweg* an *Mühlberg*, Berlin, 3. Juli 1912, in: ebenda.

³² *Bethmann-Hollweg* an *Mühlberg*, Berlin, 5. Juni 1912, in: ebenda.

Phasen und Ereignisse seit dem Erscheinen von »Singulari quadam« sind nicht näher darzustellen, da sie im angefügten Dokumentationsteil erörtert werden. Hier sollen lediglich einige Angaben zum abgedruckten Briefwechsel gemacht werden.

Vorliegende Korrespondenz aus der Spätphase des Gewerkschaftsstreites bietet einen informativen Überblick über das Bemühen von »Kölnern«, die Auseinandersetzungen beizulegen.

Vor Jahren hat der Franziskanerpater *Lothar Hardick* in einem Aufsatz die Intervention Bischof *Döbbings* zugunsten der christlichen Gewerkschaften näher untersucht³³. In ihm behandelt er ausschließlich die Zeit vor dem Erscheinen der Enzyklika »Singulari quadam«. Bloß aus den Briefen des Zentrumspolitikers *Carl Bachem* an *P. Pankrätius Rathscheck* vom 17. Dezember 1912 und vom 8. Februar 1913 zitiert er einige wenige Sätze. Aus *Bachems* Brief an Bischof *Döbbing* vom 17. April 1913 wird ein Satz angeführt.

Rudolf Brack hat sich in seiner Untersuchung ebenfalls mit der Rolle *Döbbings* im Gewerkschaftsstreit beschäftigt. Aber auch er bringt aus einigen hier edierten Briefen nur wenige Passagen; zudem sind ihm offensichtlich mehrere Schreiben unbekannt geblieben, wie die von ihm im *Bachem-Nachlaß* konsultierten Aktenbestände vermuten lassen. Insofern ist es gerechtfertigt, diese wertvollen Dokumente vollständig zu publizieren und der Forschung zugänglich zu machen. Sie bieten zu vielen Details aufschlußreiche Hintergrundinformationen und gewähren einen unmittelbaren Einblick in das Innere von durch den Gewerkschaftsstreit Betroffenen.

Erst verhältnismäßig spät wurde der aus Westfalen gebürtige Bischof *Döbbing*³⁴ für den christlichen Gewerkschaftsstreit interessiert, als er nämlich seinem Höhepunkt zusteuerte. Soweit die Quellen Auskunft erteilen, geschah dies um die Jahresmitte 1911. Der Bischof der Doppeldiözese Sutri-Nepi, von Rom nicht allzuweit entfernt gelegen, hatte wohl

³³ *Lothar Hardick*, Bischof Bernhard Döbbing (1855–1916). Ein deutscher Bischof in Italien. Seine innerkirchliche Reformtätigkeit und seine Interventionen zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften, in: *Westfälische Zeitschrift* 109 (1959) 143–195.

³⁴ *Bernhard Döbbing* (* 8. Juli 1855 Münster, † 14. März 1916 Rom) trat 1874 in den Franziskanerorden ein und machte sich um die Pflege des religiösen Lebens in Rom und in der näheren Umgebung von Sutri und Nepi verdient. Am 19. März 1900 wurde er zum Bischof der Doppeldiözese Sutri-Nepi ernannt. Während seiner fünfzehnjährigen Tätigkeit als Bischof arbeitete er mit Umsicht und Tatkraft daran, seine Diözese geistig und materiell umzugestalten. Er erwarb sich die aufrichtige Hochschätzung und Liebe der Bevölkerung. Papst *Pius X.* schätzte seine Verdienste hoch und bezeichnete ihn als eine »Perle des italienischen Episkopats«.

seit Jahren diese Vorgänge in seiner Heimat aufmerksam verfolgt, ohne jedoch aktiv in der Streitfrage tätig zu sein. Anlässlich der Krönung des Marien-Gnadenbildes kam er für den 15. August 1911 nach Werl. Dort traf er mit Kardinal *Fischer* von Köln und Bischof *Schulte* von Paderborn zusammen. Beide befürworteten die christlichen Gewerkschaften. Bei der Gelegenheit wurde *Döbbing* über Hintergründe, Zusammenhänge und Auswirkungen der seit über ein Jahrzehnt andauernden Kontroverse genauer informiert. Insbesondere der Paderborner Oberhirte teilte seinem Amtsbruder nähere Einzelheiten mit. Wer *Döbbing* letztlich gebeten hatte, sich positiv für die Sache der christlichen Gewerkschaften bei Papst *Pius X.*, mit dem er seit längerem eng befreundet war, zu verwenden, kann nicht eindeutig geklärt werden. Fest steht jedenfalls, daß er bei Aufenthalten in den Klöstern seiner sächsischen Heimatprovinz Paderborn und Rietberg von seinen Mitbrüdern, die dem Volksverein nahestanden, weitere Auskünfte einholte.

Vermutlich hatte er sich vor allem von P. *Pankratius Rathscheck*³⁵ informieren lassen, den er seit vielen Jahren persönlich kannte. Letzterer hatte als junger Ordensmann seine Ausbildung in S. Isidoro zu Rom unter *Döbbings* Leitung erhalten. Er war in der Arbeiterbewegung engagiert und später in Essen als Vereinsredner auf den sozialpolitischen Unterrichtsabenden des Volksvereins tätig. Bischof *Döbbing* bat darum, ihn fortan über den Gewerkschaftsstreit auf dem laufenden zu halten und ihm zu diesem Zweck entsprechende Unterlagen zukommen zu lassen. Ein Großteil dessen, was der Bischof dann an Materialien erhielt, hatte P. *Pankratius Rathscheck* an ihn weitergeleitet.

*Carl Bachem*³⁶, der die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von Anfang an aktiv mitgestaltet hatte und einer der Hauptakteure der »Kölner« war, versuchte mit seiner Berichterstattung über seinen Mittelsmann P. *Pankratius Rathscheck* – mit dem Franziskanerpater war er gut bekannt – auf Bischof *Döbbing* im Sinn der christlichen Gewerkschaften Einfluß zu nehmen. Nach einiger Zeit nahm *Bachem* direkten Briefkontakt mit *Döbbing* auf, der seinerseits mit dem Zentrumspolitiker in dieser Angelegenheit korrespondierte.

³⁵ Zur Biographie von P. *Pankratius Rathscheck*, der am 30. August 1939 im Alter von 76 Jahren im Castel Sant'Elia starb, siehe bei: *Lothar Hardick*, Bischof Bernhard Döbbing, a. a. O., 144 mit Anmerkung 2.

³⁶ *Carl Bachem* (* 22. September 1858 Köln, † 11. Dezember 1945 Burgsteinfurt) war Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Köln, seit 1889 Mitglied des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Wie die Quellen dokumentieren, ist Bischof *Döbbing*, der unmittelbaren Zutritt zu Papst *Pius X.* hatte, wiederholt für die christlichen Gewerkschaften eingetreten. Der abgedruckte Briefwechsel stellt ein beredtes Zeugnis dar. Seinem Einsatz ist es wesentlich zu verdanken, daß der Papst in der Enzyklika vom September 1912 die konfessionell gemischten Gewerkschaften nicht verboten hatte, daß sie vielmehr geduldet wurden. Auch in der Spätphase der Auseinandersetzungen hatten des Bischofs Interventionen bei *Pius X.* entscheidend dazu beigetragen, daß die integralistischen Wünsche und Forderungen der »Berliner« nicht hatten verwirklicht werden können.

2. Erklärungsversuche für das Verhalten von Kardinal Kopp und Graf Oppersdorff

Im vorliegenden Zeitraum waren an der Berliner Pressekampagne maßgebend beteiligt »Das Katholische Deutschland« des Pfarrers *Nieborowski*, die 1911 im ersten Jahrgang erschienenen Trierer »Petrus-Blätter. Wochenschrift zur Beurteilung unserer Zeit im Lichte des römisch-katholischen Glaubens« und das seit 1912 in Berlin beheimatete und von Graf *Oppersdorff*³⁷ herausgegebene Organ »Klarheit und Wahrheit. Katholische Wochenschrift für das öffentliche Leben«. Alle drei Zeitschriften haben nur wenige Jahre existiert. Da letztere Zeitschrift, wie der vorliegende Briefwechsel ausweist, eine besondere Scharfmacherei betrieb und ihr Herausgeber sich vor allem bemühte, Fürstbischof *Kopp* für seine Ideen zu vereinnahmen und ins Schlepptau zu nehmen, seien einige Bemerkungen zur Charakterisierung der beiden Hauptakteure für die Sache der »Berliner« abschließend angeführt, wie sie von der gegnerischen Seite vorgenommen worden waren. Die »Kölner« wollten nämlich Aufschluß gewinnen über die Motivationslage und die psychische Struktur von *Kopp* und *Oppersdorff*, um zu erkennen, warum sich beide so und nicht anders verhielten. Man hoffte mit Hilfe dieser Erkenntnis die Strategie der »Berliner« zu unterlaufen, indem man ihre Aktionen im voraus einkalkulierte. Auf diese Weise würde man nicht immer wieder mit allzu großen unangenehmen Überraschungen konfrontiert werden, außerdem könnte man sich selber gezielter auf ihre Aktionen und

³⁷ *Hans Georg Graf von Oppersdorff* (* 8. Oktober 1866 Oberglogau, † 21. März 1948 Lourdes) war erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses und von 1907 bis 1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum bzw. ab 1912 fraktionslos). Er gehörte der Zentrumsfraktion an, bis er wegen seiner Beteiligung am Streit um den Zentrumscharakter ausgeschlossen wurde.

Reaktionen vorbereiten. Diesem Zweck dienten zwei Studien. Die eine stellte den »Versuch einer psychologischen Erklärung der Haltung des Kardinals Kopp«³⁸ vom 29. Januar 1914 dar, die *Carl Bachem* verfaßt hatte, die andere stammte aus etwas früherer Zeit. Es ist eine »Schilderung Oppersdorffs«³⁹ von Graf *Praschma*, die *Bachem* im Februar 1914 von *Felix Porsch* erhielt.

In diesen Aufzeichnungen wird nachgewiesen, daß *Kopp* und *Oppersdorff* für die berechtigten sozial-politischen Interessen und Anliegen der Arbeiterschaft niemals Verständnis hatten aufbringen können. Zu sehr waren sie dem politisch-konservativen und obrigkeitstaatlichen Denken verhaftet. Allen demokratischen Bestrebungen standen sie fremd gegenüber. Sie hielten sie für Kirche, Staat und Gesellschaft in gleicher Weise für verderblich. Beide empfanden und verhielten sich wie »Grandseigneurs«.

Zu Kardinal *Kopp* heißt es wörtlich: »Aus allem ergibt sich, daß die kirchlichen Bestrebungen und die streng kirchliche Richtung des Kardinals Kopp nicht unvermischt sind mit persönlich-egoistischen Interessen des politischen Einflusses und einer autokratischen Auffassungsweise . . . Die Haltung des Kardinals gegenüber den christlichen Gewerkschaften dürfte sich folgendermaßen erklären: Er erkannte klar, daß vom kirchlichen Standpunkt aus und aus rein religiösen Beweggründen die christlichen Gewerkschaften nicht verboten werden könnten, und daß es für die Kirche zum größten Schaden ausschlagen würde, wenn man aus übertriebener pastoraler Ängstlichkeit und übertriebenem Abschließungsbestreben die christlichen Gewerkschaften verbieten wollte. Dagegen sind seinen politischen Gefühlen, die reaktionärer und autokratischer Art sind, die christlichen Gewerkschaften mit ihrem selbständigen Vorgehen und ihren selbstbewußten Führern im hohen Maße antipathisch. In seiner Diözese will er nur *eine* Organisation haben, und zwar eine solche, welche er unter seinem direkten Einfluß hat. Er nimmt also die »Berliner« so, wie sie sind, wenn sie ihm auch keineswegs nach allen Richtungen hin gefallen, und drängt die »M.-Gladbacher« nach Möglichkeit zurück, hält sie kurz und läßt sie nicht hochkommen . . . Als daher Erzbischof von Hartmann es nicht bei der »Duldung« der christlichen Gewerkschaften bewenden sein ließ, sondern auch zur »Pflege und Förderung« aufforderte, fühlte er dadurch sich in hohem Maße gereizt und ging gegen ihn vor.

³⁸ HASTK, 1006/981. Zu den kritischen Bemerkungen von *Porsch* an *Bachems* »Versuch« beachte des letzteren Aufzeichnungen vom 13. Februar 1914.

³⁹ HASTK, 1006/981.

Auch die Plötzlichkeit seiner Entschlüsse, welche mit den Jahren immer mehr zugenommen hat, dürfte mit eine Rolle gespielt haben.«
Mit dem Tod Kardinal *Kopps*, des mächtigen Fürsprechers und Förderers der »Berliner«, am 4. März 1914 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, durch den andere Probleme in den Vordergrund gerückt wurden, ebte der Streit ab, bis er schließlich 1920 endgültig beigelegt wurde. Der Berliner Verband wurde 1921 in den Kartellverband der übrigen Arbeitervereine Deutschlands aufgenommen.

III. DOKUMENTATION*

Dokument 1

Bachem an Rathscheck

Dikat - Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Berlin-Steglitz, den 23. November 1912

Hochverehrter P. Pankratius!

Ihren sehr freundlichen Brief vom 7. November¹ hätte ich natürlich gerne sofort beantwortet. Aber dann kam ja die Veröffentlichung der Enzyklika über die Gewerkschaftsfrage und nahm die geistige Arbeit so sehr in Anspruch, daß alles andere liegen blieb. Auch heute ist bei mir die innere Ruhe noch keineswegs völlig wiedergekehrt². Aber endlich muß ich Ihnen doch antworten, wenn ich nicht unhöflich werden will.

Also zunächst bitte ich gar sehr um Entschuldigung wegen der Verzögerung dieser Antwort und danke Ihnen verbindlichst für Ihre Mitteilungen. – Alles, was geschieht, um in Rom aufklärend zu wirken über unsere *tatsächliche* politische und wirtschaftliche Lage, wird von größtem Werte sein. Denn *da* liegt die *größte* Schwierigkeit für Rom, gebührende Rücksicht zu nehmen auf unsere Verhältnisse, und ebenso für uns, in Rom Verständnis für unsere Bedürfnisse zu finden: daß man nämlich von Rom aus unsere *tatsächlichen* Verhältnisse in einer starken Verschiebung sieht und daher zu Besorgnissen kommt, die ohne jede innere Begründung sind, und über die man in Deutschland nur den Kopf schütteln

* Die antiquierte Schreibweise und Interpunktion sind weitgehend modernisiert, Abkürzungen sind teilweise aufgelöst und offensichtliche Schreibfehler stillschweigend korrigiert worden. Zusätze in eckiger Klammer stammen vom Editor. Unterstrichungen und Sperrungen im Text werden *kursiv* kenntlich gemacht.

kann. Freilich ist diese natürliche Schwierigkeit noch gar sehr dadurch vergrößert, daß eben die »Berliner« fortwährend stark verzerrende Berichte nach Rom gesandt haben, ohne daß man in Deutschland von dem Inhalte dieser Berichte Kenntnis bekam, ohne daß man sie also kontrollieren und korrigieren konnte. – Die »Berliner« haben es dabei genauso gemacht wie Pascal, als er seine »Lettres provinciales« gegen die Jesuiten schrieb: den gesunden Kern der Jesuitenmoral hat er zurücktreten lassen, aber aus allerhand an der Peripherie liegenden verfehlten Einzeläußerungen minder bedeutender jesuitischer Schriftsteller hat er ein wahres Schreckbild der Jesuiten zusammengestellt. Ganz ähnlich haben es die »Berliner« in ihren bisherigen Publikationen auch gemacht: den an sich ganz berechtigten, kirchlich an sich gar nicht zu beanstandenden und auch für Glauben und Sitte unserer katholischen Arbeiter nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse ganz unbedenklichen Kerngedanken der christlichen Gewerkschaften haben sie niemals zu seinem Recht kommen lassen, dagegen stets allerhand mehr oder minder verfehlte Einzeläußerungen meist theologisch nicht geschulter Arbeiterführer tendenziös zusammengestellt, um die «religiöse Gefahr» der christlichen Gewerkschaften in schärfstem Lichte zu zeigen. So haben es ohne Zweifel die »Berliner« auch in ihren Berichten nach Rom und bei ihren zahlreichen Besuchen in Rom gemacht. Die Wirkung sieht man jetzt in der Enzyklika. Was die katholischen Grundsätze an sich anlangt, welche der hl. Vater ausspricht, so sind sie ja gewiß unanfechtbar; ich selbst, auch wenn ich nicht innerlich von ihrer Richtigkeit überzeugt wäre, was ich durchaus bin, würde sie ohne weiteres anerkennen, nachdem der hl. Vater sie proklamiert hat. Sie bringen ja auch gar nichts Neues. Aber die Anwendung dieser Grundsätze auf unsere tatsächlichen Verhältnisse ist doch ganz unverständlich. Wie kann nur gleich zu Anfang der hl. Vater in Bezug auf die deutschen Katholiken reden von einem »periculum ne paullatim et quasi imprudenter in vago quodam nec definito genere christianae religionis acquiescant, quae interconfessionalis dici solet etc.«. Ich bin fest überzeugt, daß kein deutscher Bischof von einem ersten derartigen periculum etwas weiß und daran glaubt. Nur die paar »Berliner« haben diese Gefahr immer künstlich konstruiert, um sich für ihren Verband das kirchliche Monopol zu verschaffen. Ich selbst habe doch von vorne herein stets in engster Fühlung auch mit der ganzen Bewegung der christlichen Gewerkschaften gestanden³. Niemals ist mir auch nur die Spur eines derartigen periculum begegnet. Was die »Berliner« in ihren Publikationen als Beweise anführten, waren stets nur böswillig mißdeutete, so wie sie lagen, allerdings anfechtbare, aber im Kern durchaus nicht

böse gemeinte vereinzelte Äußerungen von Arbeitersekretären und einige wenige unklare und mißverständliche, aber auch im Kern durchaus nicht unkirchlich gedachte Formulierungen aus Mönchen-Gladbach aus der ersten Zeit der Diskussion, als die theoretische Grundlegung noch nicht klar herausgearbeitet war. Das alles ist längst überstanden, und heute ein derartiges »periculum« zu sehen, ist ganz unmöglich. Es besteht nur für das Agitationsbedürfnis der Berliner, und es ist tieftraurig, daß es diesen gelungen ist, den hl. Vater zur Annahme eines ernsthaften derartigen periculum zu bringen.

Sodann das schreckliche Mißtrauen, welches den katholischen Arbeitern und ihrer Glaubensfestigkeit gerade in den christlichen Gewerkschaften entgegengebracht wird! Ist denn die Gefahr für den Glauben der katholischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften größer als wie in den ebenso »christlichen« Bauernvereinen, den ebenso »interkonfessionellen« Handwerkervereinigungen, Konsumvereinen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften und schließlich in den genau ebenso konstruierten Gewerkschaften der Arbeitgeber, welche sich Syndikate, Trusts etc. nennen? Diese Gefahr ist nicht größer als diejenige, in welcher der größte Teil der Katholiken Deutschlands durch ihre ganze Umgebung sich fortwährend befindet, und sie ist heute minimal gegenüber der wirklichen großen Gefahr, welche im täglichen Zusammenarbeiten katholischer und sozialdemokratischer Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben liegt, wo die katholischen Arbeiter fortwährend in atheistischem, revolutionärem und fanatisch religionsfeindlichem Sinne, oft unter Anwendung des schärfsten Terrorismus bedrängt werden. *Diese Gefahr kann niemand ändern. Wer aber in dieser Gefahr besteht wie gerade die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, läuft doch wahrhaftig keine Gefahr mehr bei der Mitgliedschaft in diesen christlichen Gewerkschaften, wo er mit Protestanten zusammenarbeitet, welche grundsätzlich jede konfessionelle Anfeindung unterlassen.*

Und dann die übergroße Besorgnis, daß die christlichen Gewerkschaften nur nichts tun, was »mit den Lehren und Geboten der Kirche nicht im Einklang steht«. Bisher haben bestimmte belastende Tatsachen nach dieser Richtung hin von keinem beigebracht werden können. Wer will und soll entscheiden, ob es unkatholisch ist, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2,50 Mark auf 3 Mark oder eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9½ Stunden verlangen? Niemals hat die Kirche ihre Stimme erhoben, wenn das Kohlensyndikat ganz willkürlich den Preis der Kohlen, oder das Eisensyndikat den Preis des Eisenzeugs, oder der Petroleumtrust den Preis des Petroleums etc. in die Höhe gesetzt hat.

Wenn aber die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung eine Lohnerhöhung von 5 oder 10% verlangen, so soll das eine Gefahr der Verletzung des christlichen Sittengesetzes sein? Und die Bischöfe sollen darüber die schärfste Aufsicht führen!

Kurz, auf jeden katholischen Arbeiter, der ruhig die Enzyklika studiert, muß sie den Eindruck machen, daß der hl. Vater die armen Arbeiter mit einem anderen Maßstab mißt wie die wohlhabenden Handwerker, die gutstehenden Bauern und erst recht die Gewerkschaften der reichen Industriellen. Es ist ja ganz undenkbar, daß der hl. Vater das gewollt hat. Aber der objektive Eindruck wird überall so sein, und es ist das schlimmste an der jetzt geschaffenen Lage, daß niemand weiß, was man dagegen sagen soll. Was lediglich aus ungenügender Kenntnis unserer wirtschaftlichen Lage und falscher Information über sie entstanden ist, wird der katholische Arbeiter empfinden als fehlendes soziales Verständnis, als mangelndes Mitgefühl für das berechtigte Streben des Arbeiterstandes, eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage auch über das Niveau des Existenzminimums hinaus zu erreichen. Er wird fragen: Welchem anderen Stande wird das verübelt? Jeder andere Stand hat eine wirksame Standesorganisation; soll nur der Arbeiterstand eine solche nicht haben dürfen? Der deutsche katholische Arbeiter sieht, daß in England und Nordamerika die katholischen Arbeiter ebenso Mitglieder der »interkonfessionellen« Gewerkschaften sind und daß dort niemand von kirchlicher Seite ihnen Schwierigkeiten macht. Die Enzyklika spricht nur von den deutschen Arbeitern und läßt die englischen und amerikanischen Verhältnisse ganz außer Betracht. Die Arbeiterverhältnisse haben aber heute durchweg internationalen Charakter und können nicht in dem einen Lande anders behandelt werden wie in dem andern.

Der hl. Vater scheint die Berliner Fachabteilungen für eine solche Standesorganisation zu halten, welche geeignet ist, »daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann«. Wer diese Fachabteilungen, ihre Einrichtungen und ihr Leben kennt, weiß, daß sie nicht im entferntesten geeignet sind, diesen Zweck zu erfüllen, sobald man zugibt, daß unter Umständen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu den »Bedürfnissen« der modernen industriellen Arbeiter gehören⁴. Auch die vom Berliner Verband in diesen katholischen Arbeitervereinen erzogenen Arbeiter sind derselben Meinung: bekanntlich hat der Berliner Verband heute 112 000 Mitglieder und hat trotz aller Mühe bisher von diesen nur zwischen 10 000 und 12 000 in seine Fachabteilungen hineindrängen können. Keiner der 330 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche wirkliche

gute gewerkschaftliche Arbeit kennengelernt haben, wird ohne tiefes Kopfschütteln diese Auffassung des hl. Vaters vernehmen. Was soll man da entgegnen?

In der Zukunft wird der Arbeiterstand für die Kirche ebenso der wichtigste Stand sein wie für den Staat. Wir tun darum alles, was in unseren Kräften steht, um ihn in Deutschland dem Glauben und der Kirche zu erhalten. Aber dieses Bemühen kann nur Erfolg haben, wenn der Arbeiter überall sieht, daß seine Gleichberechtigung mit allen anderen Ständen vorbehaltlos anerkannt und dem Streben nach Besserung seiner wirtschaftlichen Lage, solange er sich innerhalb der Schranken des christlichen Sittengesetzes hält, kein anderes Hindernis bereitet wird als dem gleichartigen Streben aller anderen Stände. Diesen Boden sucht der katholische Arbeiter auch in der Enzyklika und findet ihn nicht. Daher die große Aufregung in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeiter, von der auch Sie gehört haben werden. Alle Bemühungen, sie zu beruhigen, waren vergebens. Sie werden gelesen haben, daß sie am Dienstag in Essen eine große Versammlung zur Besprechung der Enzyklika halten werden⁵. Ich fürchte sehr, daß es ihnen bei ihrer Aufregung nicht gelingen wird, dort die gebotenen Grenzen des Respektes vor der päpstlichen Autorität überall inne zu halten. Wie schwer sie schon durch »Das katholische Deutschland« des Pfarrers Dr. Nieborowsky⁶ gereizt worden sind, werden sie gelesen haben. (Ich lege der Sicherheit halber die betreffende Nummer – Beilage zu Nr. 39 vom 17. November – bei). Wenn nun auf dessen Provokationen in gleichem Tone geantwortet wird, was dann? Wohin kommen wir dann? Und wie soll man dem Unheil steuern? Ich gestehe, daß ich als Katholik und als Deutscher noch nie von solchen Besorgnissen ergriffen war wie in dieser Zeit. Wenn der hl. Vater weiterhin mehr auf die kleine Gruppe der »Berliner« hört wie auf die Bischöfe, welche in ihrer überwältigenden Mehrheit die Stellung der christlichen Gewerkschaften nicht geschädigt sehen wollten und wollen, dann kommen wir in Deutschland zu äußerst schwierigen Zuständen, wo alle Bemühungen, unsere katholischen Arbeiter von der Sozialdemokratie fern zu halten und mit Begeisterung für speziell katholisches Wirken zu erfüllen, ohne nennenswerten Erfolg bleiben müssen. Der einzige Trost, den ich mir so oft wieder vergegenwärtigen muß, ist schließlich, daß Christus seiner Kirche den Beistand des hl. Geistes versprochen hat bis ans Ende der Zeiten. Aber wieviele Prüfungen und Schicksale sind trotzdem schon über die Kirche gekommen, und nicht zum wenigsten in Deutschland! Das Arbeiten für die katholische Sache wird immer schwerer und die sozialdemokratische

Gefahr wird immer größer! Diese Enzyklika wird uns bei der nächsten Reichstagswahl vielleicht 100 000 Stimmen von katholischen Arbeitern kosten, die aus Verärgerung nicht mehr zu bewegen sein werden, für die Zentrumsparlei zu stimmen, und der sozialdemokratischen Agitation, welche an die Enzyklika anknüpfen wird, erliegen. Dabei hat sich die völlige politische Leistungsunfähigkeit der Berliner Fachabteilungen überall ebenso *luce clarius* gezeigt wie ihre gewerkschaftliche Leistungsunfähigkeit. Wenn aber bei der nächsten Wahl noch einmal eine Verschiebung von nur 20 Mandaten nach links eintritt, haben wir im Reichstag eine ausgesprochen liberal-sozialdemokratische Mehrheit. Und was dann? Das kann sich doch jeder denken, welcher die furchtbare Wut der Kirchenfeinde in Deutschland kennt.

Sie wissen, wie ungemein seit 8 Jahren die Stellung der Zentrumsparleien sich verschlechtert hat. Ich fürchte, daß diese Verschlechterung auch bei der demnächstigen Verhandlung des Jesuitengesetzes im Reichstag⁷ sich zeigen wird. Wenn die Anzeichen mich nicht trügen, ist der Antrag diesmal in großer Gefahr, und es ist fraglich, ob es noch einmal gelingen wird, ihn zur Annahme zu bringen. Was es zu bedeuten haben würde, wenn der Antrag durchfiele, werden Sie sich ja selbst ausmalen können. Wenn der Antrag fallen sollte, so wäre wiederum eine erhoffte Frucht langjähriger angestrebter Bemühungen für unsere hl. katholische Kirche dahin. Vielleicht wäre es, wenn diese Gefahr augenscheinlich droht, dann besser, den Antrag nicht erst wieder zur Verhandlung zu bringen. Aber diese Entmutigung für unsere Zentrumswähler und alle guten Katholiken!

Entschuldigen Sie gütigst, hochverehrter P. Pankrätius, daß ich Ihnen mein Herz ausgeschüttet habe. Wohin soll ich mich sonst wenden? Sie glauben gar nicht, welche Verständnislosigkeit für alle diese Fragen die »Berliner« Hetzerei gegen die christlichen Gewerkschaften hier bei der großen Mehrzahl der Geistlichen herbeigeführt hat. Die gebildeten Laien aber, voran die hohen katholischen Beamten, deren Stellung immer schwieriger wird, sind aus ihrer Erregung über die Enzyklika rasch zu einer tiefen Verwirrung und Niedergeschlagenheit gekommen, welche derjenigen der katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften ganz ähnlich ist. Ich für meinen Teil darf mir das Zeugnis geben, daß ich alles getan habe, was in meinen Kräften stand, um den »Berliner« Einflüssen entgegen zu wirken. So darf ich mich freuen, daß ich keine Verantwortung trage, wenn jetzt aus der Enzyklika große Schwierigkeiten entstehen. Aber für einen Katholiken, welcher seine Kirche liebt, ist das ein schlechter Trost. Nur das Gebet kann mir hinüberhelfen über diese Zeit

schwerster ahnungsvoller Besorgnisse für unsere katholische Sache in Deutschland.

Mit hochachtungsvoller Verehrung verbleibe ich Ew. Hochwürden ganz ergebenster

Carl Bachem

[PS:]

Ich denke doch, daß wir uns im missionswissenschaftlichen Institut am 1. Dezember wiedersehen!

Berlin-Steglitz, den 23. November 1912

¹ Das handschriftliche Schreiben befindet sich: HASTK, 1006/328. In ihm ist unter anderem die Rede von P. *Giuseppe Ercole* OFM, Pfarrer von S. Francesco ad Ripas in Rom und Kustos der Römischen Ordensprovinz der Franziskaner. Da er als »persona gratissima« ohne offizielle Meldung Zugang zum hl. Vater hatte, bemühte sich P. *Pankrätius* sehr um P. *Giuseppe*, der Mitte August des Jahres 1912 in Düsseldorf am Provinzialkapitel teilnahm, ihn als Bundesgenossen zu gewinnen, damit er zusammen mit Bischof *Döbbing* für die »westdeutsche Sache« tätig werden sollte, was in der Folgezeit auch geschah. Welchen Erfolg seine Bemühungen hatten, läßt sich anhand der Quellen allerdings nicht ausmachen.

² Wie stark *Bachem* dadurch innerlich betroffen war, verdeutlicht ebenfalls ein Brief, den er einen Tag später an *Josef Froberger* schrieb: »Meine Erregung über die Enzyklika war so groß, daß ich kaum mehr Herr meiner Gedanken war. Auch jetzt ist die Erregung noch immer nicht geschwunden. Aber es bleibt uns doch nichts anderes übrig, als uns allmählich zu beruhigen. Ich bin froh, daß ich nicht nach Köln gerufen worden bin, um auf die Arbeiterführer beruhigend einzuwirken. Dazu wäre ich wenig geeignet gewesen. Wenn man so behandelt wird, hat man das Recht, sich zu wehren, und ich würde es wohl nicht über mich gebracht haben, den Arbeiterführern dabei in den Arm zu fallen« (*Bachem* an *Froberger*, Steglitz, 24. November 1912; Kopialbrief, in: HASTK, 1006/328).

³ Diese Aussage dokumentiert eindrucksvoll der Nachlaß von *Carl Bachem*. Von Anfang an hat er sich mit diesem Komplex eingehend beschäftigt, wie seine vielfältige Korrespondenz, seine Gutachten, Gedächtnisprotokolle, Exzerpte, Notizen u. a. m. belegen.

⁴ Hierzu siehe den Überblick: *Joseph Becker*, Der Verband der Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), in: KV vom 13. Juni 1912 (Nummer nicht zu eruieren).

⁵ Am 26. November 1912 fand in Essen ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß statt.

⁶ Das vom oberschlesischen Priester *Paul Waldemar Nieborowski*, geb. am 9. Februar 1873 in Ornontowitz, herausgegebene Organ verfocht einen extrem intransigenten Standpunkt.

⁷ Hierzu siehe: *Bernhard Duhr*, Die Jesuitenfrage im Jahre 1912. Aktenstücke und Materialien, in: Magazin für volkstümliche Apologetik 11 (1912) 257ff.; ders., Das Jesuitengesetz. Sein Abbau und seine Aufhebung. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Neuzeit, Freiburg i. Br. 1919.

Dokument 2

Rathscheck an Bachem

Eigenhändiger Originalbrief; HASTK, 1006/328

Paderborn, den 28. November 1912

Hochverehrter Herr Justizrat!

Wohl ganz entgegengesetzte Stimmung darf ich heute bei Ihnen annehmen als am 23. November. Wer hätte vor wenigen Tagen an solchen Verlauf des Essener Kongresses gedacht? Wer würde die Kühnheit gehabt haben, solch eine Interpretation der Enzyklika zu erwarten und mit absolut vollständiger Gutheißung des hochw. Episkopates!⁸ Dem lieben Gott muß man von Herzen danken für diese Wendung. Wenn man die Vorgänge kennt – und ich kenne sie genau bis ins Einzelste, die zu dieser Lösung geführt haben –, so muß man tatsächlich sagen: hier hat die göttliche Vorsehung die Seufzer der Gerechtigkeit aus den Herzen vieler Tausende von Katholiken Deutschlands erhört. Interessieren wird Sie, wenn ich Ihnen, natürlich vorläufig im Vertrauen mitteile, daß gerade einer der in Rom ansässigen Deutschen ein Werk in die Presse gegeben hat, das an Hand der Enzyklika – alla [!] »Berliner« den christlichen Gewerkschaften noch einen gehörigen Fußtritt versetzen sollte⁹. Das wurde blitzschnell bekannt. Ebenso schnell setzte dann jene Tätigkeit ein, die jene glücklichen Vorgänge zuwege brachte. Wie bereits durchleuchtet, haben die christlichen Gewerkschaften ohne Zweifel diesen Ausgang der Einsicht, dem Weitblick und der Hirtensorge unseres hochwürdigen Herrn Bischof Dr. Schulte¹⁰ zu verdanken. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß es gerade seinem klaren und überzeugenden Eingreifen an erster Stelle zu danken ist, wenn nun Beruhigung erhofft und auch ziemlich garantiert wird.

Ich habe von Ihren Erörterungen, mit Weglassung der mich betreffenden Zeilen, Herrn Bischof Döbbing bereits Kopien zugesandt. Die Stücke »Das katholische Deutschland« habe ich samt der Nr. »Kölnische Volkszeitung« beigelegt, die den Artikel über den Essener Kongreß mit Stegerwald's Rede enthält¹¹.

Nach wie vor halte ich es für zweckmäßig, H. Bischof Döbbing gut informiert zu halten, so lange in Rom noch jene unzuverlässigen, weil sachunkundigen oder gar auch direkt böswilligen Elemente an der Arbeit sind. Hoffen wir, daß diesen allgemach doch ihre verhängnisvollen Pläne verleidet und wirksam durchkreuzt werden.

Zum »missionswissenschaftlichen Institut« kann ich diesmal leider nicht kommen. Ich bin zu sehr in Anspruch genommen. Es kommt diesmal unser Historiker P. Patritius Schlager¹², der zugleich die Fuldaer Franziskaner zu vertreten hat.

Der Tagung wünsche ich allerbesten Verlauf und Erfolg.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ew. Hochwohlgeboren
ergebenster

P. Pankratus Rathscheck O.F.M.

⁸ Beachte den Bericht darüber in: WAZ, Nr. 49 vom 7. Dezember 1912; zum Zustandekommen der Essener Erklärung der Bischöfe siehe die am 10. Dezember 1912 diktierten Aufzeichnungen von *Carl Bachem*: HAStK, 1006/329. Die Reden, Aktenstücke und die verabschiedete Resolution der Versammlung in Essen vom 26. November 1912 liegen gedruckt vor: Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln 1912.

⁹ Es handelte sich um *Franz Xaver Heiner* (* 28. August 1849 Atteln, † 13. Juli 1919 Buldern). Von 1887 bis 1889 war er Professor für Kirchenrecht in Paderborn und in Freiburg i. Br. von 1889 bis 1908. Ab 1908 versah er in Rom die Stelle eines Auditors an der Rota Romana. Der deutsche Privatgelehrte *Paul Maria Baumgarten* hatte am 14. November 1912 Kardinal *Schulte* aus Rom folgende telegraphische Mitteilung zukommen lassen: »Heiner opusculum de ultimis litteris papae praeparat. Impressio hebdomada intrante incipiet apud Kirchheim. Periculum in mora« (EBRK, Gen. 23.61/II). *Heiners* Broschüre richtete sich hauptsächlich gegen einen Artikel in der »Kölnischen Volkszeitung«, der das päpstliche Schreiben zugunsten der christlichen Gewerkschaften interpretiert hatte (vgl. KV, Nr. 979 vom 9. November 1912). Dem Bericht des bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl zufolge war es der Initiative *Hertlings* zu verdanken, daß der Vatikan *Heiner* veranlaßte, seine Schrift zurückzuziehen (*Ritter an Hertling*, Rom, 27. November 1912, in: BayHStA, MA 929). Demgegenüber schrieb der preußische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl nach Berlin: »Der Uditore Heiner beabsichtigte eine Broschüre unter dem Titel ›Die Enzyklika Singulari Quadam Pius' X. über den deutschen Gewerkschaftsstreit besprochen von Dr. Franz Heiner‹ bei der Verlagsbuchhandlung Kirchheim & Co. in Mainz herauszugeben. Man trug mir zu, daß voraussichtlich das Erscheinen der Broschüre, die im Buchhandel schon angekündigt war, der Fehde neue Nahrung zuführen würde, da Heiner entgegen seiner früheren Haltung in seiner Arbeit sich auf die Seite der Berliner Richtung stellte. Nach dieser mir vertraulich zuteilgewordenen Mitteilung äußerte ich zu einem hohen Würdenträger in der Kurie, dessen ruhige, moderne Auffassung der Gewerkschaftsfrage mir bekannt ist, Besorgnisse über das Vorhaben des Heiner, das doch den friedensstiftenden Absichten des Papstes wenig entspreche und nur Öl in das Feuer gießen würde. Es ist wohl auf diese Unterhaltung zurückzuführen, daß dem Heiner die Veröffentlichung seiner Broschüre vom Vatikan verboten worden ist. Wie Heiner mir selbst sagte, habe er seine Broschüre aus dem Druck zurückgezogen« (*Mühlberg an Bethmann-Hollweg*, Rom, 29. November 1912, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 2).

¹⁰ *Carl Joseph Schulte* (* 14. September 1871 in Haus Valbert/Oedingen, † 10. März 1941 Köln) war von 1905 bis 1910 Professor für Apologetik und Kirchenrecht in Paderborn. Am 30. November 1910 wurde er zum Bischof gewählt. Das Domkapitel von Köln wählte ihn 1920 zum Erzbischof.

¹¹ »Außerordentlicher Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands«, in: KV, Nr. 1031 vom 26. November 1912. In einem ausführlichen Bericht informierte P. *Pankratius* Bischof *Döbbing* über diesen Gewerkschaftskongreß und teilte ihm außerdem die wichtigsten Passagen aus der letzten Berichterstattung von *Carl Bachem* mit (*Rathscheck an Döbbing*, Paderborn, 17. Dezember 1912, in: AFW, Nb, Bischof Bernhard Döbbing, Nr. 15).

¹² *Patritius Schlager* (* 7. Mai 1864 Nonnenweiher, † 17. Februar 1930 Garnstock bei Eupen), ursprünglich Protestant, konvertierte in Soest am 16. November 1889; er war als Lehrer in verschiedenen franziskanischen Kollegien tätig; ein erfolgreicher Schriftsteller.

Dokument 3

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Justizrat Dr. iur.

Carl Bachem

Steglitz, den 30. November 1912

Sr. Hochwürden Herrn P. Pankratius Rathscheck O.F.M., Paderborn,
Westernstraße 19

Hochwürdiger P. Rathscheck!

Eben erhalte ich Ihren Brief. Sie haben ganz Recht, daß meine Stimmung heute anders ist als am 23. November. Ich gestehe, daß ich es damals allerdings nicht für möglich gehalten hätte, daß jetzt in Essen von Stegerwald formell eine solche Erklärung von Kardinal Kopp und Bischof Schulte verlesen worden wäre. Nachdem die Bischöfe in Fulda die Enzyklika veröffentlicht hatten mit Begleitworten¹³, die keinerlei materielle Gesichtspunkte enthielten, hatte ich gefürchtet, sie würden sich auch fernerhin der Enzyklika gegenüber passiv verhalten. Es hat mich ganz außerordentlich gefreut, daß Herr Bischof Schulte aus dieser Passivität herausgetreten ist und daß es seiner kraftvollen Initiative gelungen ist, die jetzige Erklärung des Kardinals Kopp herbeizuführen, welche wenigstens für den Augenblick Luft schafft. Es würde mich außerordentlich interessieren, die Details, wie das zustande gekommen ist, von Ihnen zu hören¹⁴. Ich wage kaum, an Sie die Bitte zu richten, mir diese Details zu schreiben, da ich weiß, daß auch Sie mit Arbeiten überhäuft sind. Sollten Sie aber eine Stunde Zeit dafür finden, so würde ich Ihnen sehr dankbar sein.

Im übrigen bin ich noch keineswegs über den Verlauf der Sache beruhigt. Mit dieser Erklärung der beiden Bischöfe ist ja nun zunächst für die

Gewerkschaften Luft gemacht; aber daß sie damit dauernd gesichert wären, wage ich nicht zu hoffen. Dafür kenne ich doch meinen lieben Freund Franz von Savigny¹⁵ zu gut, dessen unglaubliche Hartnäckigkeit nur von denen richtig beurteilt werden kann, welche ihn wie ich aus langjährigem intimen Verkehr genau kennen. Dieser Mann wird nicht ruhen und nicht rasten, alles aufzubieten, um den heiligen Vater weiter gegen die christlichen Gewerkschaften einzunehmen und wird dabei am allerwenigsten zurückscheuen vor der Autorität der deutschen Bischöfe. Wenn in Rom nicht alles geschieht, um dort nach allen Richtungen hin die nötigen Informationen über die wirkliche Lage zur Geltung zu bringen, um den heiligen Vater vor weiteren derartigen Mißgriffen, wie die jetzige Gewerkschaftsenzyklika [es] ist, zu bewahren, so haben wir ohne Zweifel weiteres Unheil zu erwarten.

Sie machen sich gar keinen Begriff von der Erbitterung und Niedergeschlagenheit, welche vor der Essener Tagung in den Kreisen der Katholiken herrschte. Übrigens nicht nur in den Kreisen der christlichen Gewerkschafter und der sonstigen katholischen Arbeiter, sondern auch in allen anderen katholischen Gesellschaftskreisen mit alleiniger Ausnahme der kleinen Gruppe, welche besinnungslos auf die Gefolgschaft des Herrn Franz von Savigny eingeschworen ist. In den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, soweit es sich um politisch denkende Köpfe handelt, ist übrigens noch keinerlei Beruhigung eingetreten und wird auch so bald nicht eintreten. Trotz der Essener Tagung ist die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften gehemmt. Die »Berliner« werden schon dafür sorgen, daß die Geistlichkeit im Westen und im Süden, vor allem aber in Schlesien und im Ermland nicht wagen wird, wie früher die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu unterstützen. Auf der anderen Seite aber ist der Fortschritt der christlichen Gewerkschaften unter den evangelischen Arbeitern von jetzt an nahezu völlig aussichtslos. Wie die konservativen Abgeordneten erzählen, ist bei der jüngsten Reichstagsnachwahl in Anklam-Demmin von den Sozialdemokraten und Freisinnigen fast ausschließlich mit der Enzyklika »Singulari [quadam]« operiert worden. In diesem Wahlkreis gibt es höchstens 2% Katholiken, alles andere ist protestantisch. Man hat aber die Enzyklika benutzt, um die Konservativen als die Schleppenträger des Zentrums darzustellen und zu zeigen, wie der Papst nicht nur die katholischen, sondern auch die protestantischen Arbeiter behandelt. Das mußte natürlich in den bornierten Wählermassen jenes pommerschen Wahlkreises seine volle Wirkung tun.

Schlimmer noch ist, daß durch die Enzyklika die Gereiztheit in den Kreisen der Reichsregierung und des Bundesrats auf das höchste gesteigert worden ist. Sie haben den Beschluß des Bundesrates in Sachen des Jesuitengesetzes gelesen. Er ist nach Form und Inhalt so schroff ablehnend gegen die katholischen Bestrebungen wie nur irgend möglich. Ein wahrer Faustschlag in das Gesicht der Katholiken¹⁶. Herr von Hertling¹⁷ hat sich ebenso nachdrücklich wie geschickt gewehrt, aber es hat alles nichts geholfen. Ich hatte gestern Gelegenheit, mit ihm persönlich über die Sache zu sprechen. Er erzählte mir, allen seinen politischen Gründen sei in den *Kreisen des Bundesrats immer die Haltung Roms entgegeng gehalten worden*. Der Reichskanzler¹⁸ habe ihm entgegnet: »*Sie müssen es doch verstehen, daß diese Enzyklika und die ganze Haltung Roms nicht ohne Einfluß bleiben kann auf unsere Beschlußfassung in der Jesuitensache*« [Unterstreichung von Rathscheck]. So ist wohl in diesem Augenblick dieser Beschluß ein Beschluß ab irato, aber wir werden trotzdem Jahrzehnte an ihm zu beißen haben. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als auf den lieben Gott zu vertrauen und im übrigen zu tun, was unsere Pflicht ist. Aber trotzdem ist heute mehr wie je in den Kreisen der Zentrumsfraktion die Ansicht verbreitet, daß wir sehr schweren Zeiten entgegensehen. Einstweilen hält ja die internationale Lage den Ausbruch feindseliger Maßregeln gegen die katholische Kirche zurück. Wenn aber die gegenwärtigen internationalen Schwierigkeiten hinter uns liegen, haben wir uns ganz sicher auf den erneuten Versuch gefaßt zu machen, die katholische Kirche in Deutschland zu schädigen oder zu fesseln. Wir werden uns gewiß durch diese Aussicht nicht abhalten lassen, mit aller Kraft Widerstand zu leisten; aber mehr wie je ist auch in unser aller Herzen der Wunsch rege, daß dieser Widerstand nicht weiter erschwert werden möge durch Maßregeln des heiligen Vaters, welche auf diese unsere höchst prekäre Lage nicht die nötige Rücksicht nehmen.

Bischof Schulte hat nunmehr die Rolle des verstorbenen Kardinals Fischer¹⁹ angetreten, als Schutzherr der christlichen Gewerkschaften zu fungieren. Von allen Seiten, wo ich hinkam, ist das mit der größten Freude begrüßt worden. Nun richten sich alle Augen dauernd auf Bischof Schulte und erwarten von ihm, daß er nun die neu angenommene Rolle auch mit derselben Konsequenz und Beharrlichkeit durchführt, wie Kardinal Fischer das getan hat. Für unsere gesamte Entwicklung wäre nichts wichtiger, als daß das katholische Deutschland wieder einen geistigen Führer gewinnt, welcher in dieser schwierigen Zeit ihm die richtigen Wege zeigt und welcher die richtige Mittellinie zu finden weiß zwischen der ja nie aus dem Auge zu lassenden Schonung der Autorität

des heiligen Vaters und der unbedingt notwendigen Berücksichtigung unserer deutschen Verhältnisse.

Ich gestehe, daß ich die Hoffnung, daß wir wieder einen solchen Führer haben würden, aufgegeben hatte, als die päpstliche Enzyklika von den Fuldaer Bischöfen veröffentlicht wurde, ohne daß vorher der Versuch gemacht wurde, durch sehr ernste Vorstellungen den heiligen Vater zu bewegen, von der Veröffentlichung dieser Enzyklika Abstand zu nehmen und dem deutschen Episkopate die Regelung der Frage überlassen zu wollen. Nachdem aber jetzt Bischof Schulte in ebenso glücklicher wie energischer Weise vorgegangen ist, hoffe ich jetzt mit so vielen anderen darauf, daß Bischof Schulte auch in Zukunft den richtigen Weg zeigen werde, denn so kann es nicht weiter gehen.

Die ganze »Berliner« Bewegung besteht aus dem Gerichtsassessor a. D. Franz von Savigny, dem Herrn Lic. Fournelle²⁰ und dem Verbandssekretär Fleischer²¹, also aus zwei Laien und einem luxemburgischen Priester, den jeder, der ihn persönlich kennt, in geistiger Beziehung nur für einen Mann dritten oder vierten Ranges einschätzen kann. Das ist der Kern der »Berliner« Bewegung. Die übrigen Geistlichen, welche in dieser Bewegung hervortreten, sowohl Herr Kuratus Windolf wie Herr Kuratus Baron²², Herr Pfarrer Beyer²³, Herr Pfarrer Nieborowsky u. s. w. sind einfach im Banne jener drei Herren. Und der wirkliche Träger und Drahtzieher der ganzen Sache ist ausschließlich Herr Franz von Savigny. Dieser Gruppe steht gegenüber die ganz überwiegende Mehrheit der deutschen Bischöfe; wenn ich recht unterrichtet bin, alle Bischöfe mit alleiniger Ausnahme von Bischof Korum²⁴ und Kardinal Kopp. Von Kardinal Kopp aber hat man schon längere Zeit gesagt, daß er nur noch zur Hälfte auf der Seite der »Berliner« stände, und nachdem er sich jetzt dem Vorgehen des Herrn Bischofs Schulte angeschlossen hat, dürfte das ganz offenkundig sein. Wenn jetzt die deutschen Bischöfe es nicht verstehen, dem heiligen Vater gegenüber ihre Autorität mit voller Entschiedenheit geltend zu machen und den Einfluß jener drei »Berliner« zurückzudrängen, wird es nicht zu vermeiden sein, daß auch ihre eigene Autorität in Deutschland in hohem Maße leidet.

Mit aller Hochachtung und Verehrung verbleibe ich

Ew. Hochwürden
ganz ergebenster
Carl Bachem

[PS:]

Es tut mir herzlich leid, daß Ew. Hochwürden nicht zur Generalversammlung des missionswissenschaftlichen Instituts kommen. Über alle

diese Dinge läßt sich doch besser reden wie schreiben, zumal beim Schreiben die Formulierung immer höchst ungenügend überlegt werden kann, wenn man mit so vielen anderen Dingen überhäuft ist, wie ich es leider bin. Legen Sie also nicht so viel Gewicht auf meine Worte und diesen oder jenen Ausdruck, wie auf den ganzen Geist, in dem ich geglaubt habe, Ihnen diese Bemerkungen machen zu dürfen.

Carl Bachem

- ¹³ »Ausschreiben der zu Fulda am Grabe des hl. Bonifatius versammelten Bischöfe an die hochw. Geistlichkeit ihrer Diözesen«. Es findet sich unter anderem als Anhang abgedruckt zum »Rundschreiben . . . Pius X. durch göttliche Vorsehung Papst über katholische und gemischte Arbeiter-Vereinigungen«, Freiburg i. Br. 1916, 15–17 und ist datiert vom 5. November 1912.
- ¹⁴ Nähere Einzelheiten über Hintergründe und Zusammenhänge der in Essen vorgenommenen Interpretation von »Singulari quadam« bei: *Rudolf Brack*, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914*, Köln, Wien 1976, 302–317.
- ¹⁵ *Franz Maria von Savigny* (* 4. September 1859 Berlin, † 10. Oktober 1917 Köln) war Königlich preußischer Kammergerichts-Assessor. Seit 1899 fungierte er als maßgeblicher Führer der integralistischen Antigewerkschaftsbewegung.
- ¹⁶ Im Schreiben an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl urteilte Kardinal *Kopp* darüber: »Gewiß ist man sehr verstimmt über die Jesuitenhetze; man hat auch dazu allen Grund. Ungeschickter hätte man den Bundesratsbeschluß nicht fassen können, und daher allein kommt die Aufregung in katholischen Kreisen. Man hat das ja auch eingesehen und darum die Ausführung inhibiert. Ich glaube, die Aufregung auf katholischer Seite wird sich bald legen, und die Drohungen im Zentrum nimmt eigentlich niemand tragisch. Das Zentrum hat die Regierung viel zu nötig für sein liebes Kind, die christlichen Gewerkschaften, und gegen Kaufmann, Oppersdorff und andere Widersacher« (*Kopp an Mühlberg*, Breslau, 26. Dezember 1912, in: AA, Vatikan 1053).
- ¹⁷ *Georg Freiherr von Hertling*, ab 1914 Graf (* 31. August 1843 Darmstadt, † 4. Januar 1919 Ruhpolding/Obb.). Nach Studien an den Universitäten Münster, München und Berlin 1867 Privatdozent für Philosophie in Bonn; 1882 o. Professor der Philosophie in München; von 1875 bis 1890 Mitglied des Reichstags; 1890 Niederlegung seines Mandats, um sich seinen wissenschaftlichen Studien zu widmen; wiedergewählt zum Reichstag von 1896 bis 1912; 1891 Berufung in die Bayerische Kammer der Reichsräte; von 1876 bis zu seinem Tod war er Präsident der Görres-Gesellschaft; von 1909 bis 1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag; 10. Februar 1912 Berufung zum bayerischen Ministerpräsidenten durch den Prinz-Regenten Ludwig von Bayern. Am 1. November 1917 übernahm er mit 74 Jahren das Amt des Reichskanzlers, von dem er am 30. September 1918 zurücktrat. Er hat sich sehr verdient gemacht um die kulturelle Förderung des katholischen Deutschlands und um die Sozialpolitik.
- ¹⁸ *Theobald von Bethmann-Hollweg* (* 29. November 1856 Hohenfinow bei Eberswalde, † 2. Januar 1921 ebd.), 1899 Oberpräsident von Brandenburg, 1905 preußischer Minister des Innern, 1907 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Stellvertreter des Reichskanzlers und zugleich Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums. Von 1909 bis 1917 war er Reichskanzler. Seine politischen Fähigkeiten werden als nicht überragend bewertet.
- ¹⁹ *Antonius Fischer* (* 30. Mai 1840 Jülich, † 30. Juli 1912 Bad Neuenahr) war von 1864 bis 1888 Religionslehrer am Gymnasium in Essen; in dieser Eigenschaft zeitweilig als Geheimdelegat des exilierten Kölner Erzbischofs *Paulus Melchers* tätig; 1888 Domkapi-

tular, 1889 Weihbischof in Köln; seit 1903 Erzbischof von Köln; 1903 Kardinal. *Fischer* machte sich verdient um das katholische Vereinsleben.

²⁰ *Heinrich Fournelle* (* 4. Juli 1869 Götzingen, † 1923 Berlin), ein aus Luxemburg stammender Geistlicher, war ein entschiedener Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

²¹ *Paul Fleischer* (* 6. Januar 1874 Leipzig, † 20. Januar 1960 Freiburg), von 1901 bis 1909 Verbandssekretär der katholischen Arbeitervereine in Berlin; von 1907 bis 1912 und von 1919 bis 1924 Mitglied der Zentrumsfraktion im Reichstag.

²² *Josef Baron* (* 24. Oktober 1874 Vogtsdorf bei Oppeln, † 1953 Berlin), Diözesanpräses der katholischen Jugendvereine im Bistum Breslau; war seit 1908 Pfarrer an St. Antonius in Berlin.

²³ *Max Beyer*, geb. am 17. April 1872 in Greiffenberg/Schlesien, seit 1906 Pfarrer in Berlin-Großlichterfelde, versah das Amt des ersten geistlichen Beisitzers im Verbandsvorstand der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin).

²⁴ *Michael Felix Korum* (* 2. November 1840 Wickersweiler, † 4. Dezember 1921 Trier), 1869 Professor der Theologie am Priesterseminar in Straßburg; von 1869 bis 1872 französischer Domprediger; 1880 Münsterpfarrer; von 1881 bis 1921 Bischof von Trier. Er erwarb sich nach Aufhebung der Kulturkampfgesetze große Verdienste um den Wiederaufbau seiner Diözese.

Dokument 4

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Dr. iur. Carl Bachem
Justizrat

Steglitz, den 2. Dezember 1912

Sr. Hochwürden

Herrn P. Pankratius Rathscheck, Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

Ich darf nicht verfehlen, Ihnen die beifolgende Notiz sofort zur Kenntnis zu bringen, welche ich in der »Täglichen Rundschau« fand²⁵. Wer der Zentrumsführer ist, zu welchem Herr von Bethmann-Hollweg die angeführten Worte gesprochen haben soll, weiß ich noch nicht²⁶. Jedenfalls ist diese Notiz aber wieder so eines der Zeichen der Zeit, welche beachtet werden wollen. Augenscheinlich ist sie, da sie in der Frankfurter Zeitung erschienen ist, durch Herrn von Bethmann-Hollweg selbst oder die Reichskanzlei in die Öffentlichkeit gebracht worden. Morgen oder übermorgen wird der Reichskanzler von liberaler Seite angeredet werden wegen der jüngsten Gewerkschaftsenzyklika. Das ist natürlich bestellte Arbeit. Daraufhin wird Herr von Bethmann-Hollweg sehr scharf gegen die Gewerkschaftsenzyklika reden. In der Zentrumsfraktion ist man in

großer Verlegenheit, was man darauf antworten soll, da man nicht weiß, in welcher Weise der Herr von Bethmann bei seinem Angriff vorgehen wird. Es ist außerordentlich schwer, zu einem derartigen überaus schwierigen Fall sofort und ohne Zeit zu näherer Überlegung zu antworten. Und doch wird es geschehen müssen. Tun Sie doch, was Sie können, daß man in Rom diese Vorgänge nicht unbeachtet läßt oder leicht nimmt. Im Vatikan scheint man noch nicht daran zu glauben, daß bei uns die Zustände aufs äußerste zugespitzt sind und daß nur noch die allervorsichtigste Gebarung den Ausbruch eines neuen Kulturkampfes hintanhalten kann. Herr von Bethmann hat schon früher damit gedroht, die preußische Gesandtschaft beim Vatikan zurückziehen zu wollen²⁷. Jetzt also droht er damit zum zweiten Mal, und zwar peremptorisch. Ich erinnere daran, daß auch der Kulturkampf der Siebziger Jahre damit begonnen wurde, daß die Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle gestrichen wurde. Das geschah damals ohne jeden vernünftigen Grund. Wenn es jetzt wieder geschehen sollte wegen weiterer Erschwerung der Lage der christlichen Gewerkschaften, so könnte man nicht sagen, daß der Streit durch den Staat vom Zaun gebrochen sei. Die christlichen Gewerkschaften sind nun einmal das letzte Mittel, mit denen versucht werden kann, der rapide anschwellenden Sozialdemokratie einen Damm entgegen zu setzen. Wenn der heilige Vater die christlichen Gewerkschaften vernichtet, so liefert er Deutschland einer Situation aus, in welcher es keine Mittel mehr hat, sich vor den Sozialdemokraten zu retten. Sie werden gesehen haben, daß das »Katholische Deutschland« des Pfarrers Nieborowsky jetzt wieder damit droht, man werde dafür sorgen, daß gegen das Zentrum vorgegangen werde wegen seines interkonfessionellen Charakters. Ich zweifle gar nicht daran, daß die Träger der »Berliner« Bewegung im Sinne dieser Drohung alles mögliche versuchen werden. Auch hier wird es unbedingt notwendig sein, alles zu tun, damit der heilige Vater nicht einseitig und in so verzerrender Weise aufgeklärt wird, wie das fortgesetzt durch die »Berliner« geschehen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich

Ew. Hochwürden
ganz ergebenster
Carl Bachem

²⁵ Sie hatte folgende Nachricht gebracht: »Schwerer Konflikt zwischen Regierung und Vatikan. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat, wie die »Frankfurter Zeitung« aus guter Quelle erfährt, am 27. November einen bekannten Führer des Reichstagszentrums zu sich gebeten und ihm mit voller Bestimmtheit erklärt, daß die jüngste Enzyklika über die Arbeiterorganisationen das Letzte sei, was sich die preußische Regierung von

der Kurie an Eingriffen in die Rechte des Staates und in die Selbständigkeit der nichtkonfessionellen Arbeiter- und sonstigen Verbände habe bieten lassen. Sollte wieder derartiges vorkommen, werde sie unbedingt die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan einstellen« (TR, Nr. 564 vom 1. Dezember 1912). Vgl. damit die Rubrik »Der Reichskanzler und der Vatikan«, in: KV, Nr. 1066 vom 5. Dezember 1912.

²⁶ Wie *Bachem* zehn Tage später erfuhr, handelte es sich um *Karl Trimborn*, der ihn am 12. Dezember in Steglitz mit *Franz Hitze* besuchte. Bei der Gelegenheit erhielt er Informationen über die näheren Umstände und Zusammenhänge, weswegen der Reichskanzler *Trimborn* hatte kommen lassen (ausführliches Diktat *Carl Bachems* darüber vom 13. Dezember 1912, in: HASTK, 1006/329).

²⁷ Das geschah aus Anlaß der Enzyklika »*Editae saepe Dei ore sententiae*« vom 26. Mai 1910. Zum Ganzen: *Gisbert Kopp*. Die »Borromäusenzyklika« Pius' X. als Ursache einer kirchenpolitischen Auseinandersetzung in Preußen, in: *Aufbruch ins 20. Jahrhundert*. Zum Streit um Reformkatholizismus und Modernismus, hrsg. von *Georg Schwaiger*, Göttingen 1976, 66–89. Im Schreiben an *Otto von Mühlberg* notierte Kardinal *Kopp*: »Die Enzyklika ›*Singulari caritate*‹ ging die staatlichen Kreise in Berlin nichts an; es war eine rein innerliche Angelegenheit. Darum waren die Urteile und Drohungen, die dann C. Trimborn ausgesprochen und in der ›Frankfurter Zeitung‹ zunächst abgelagert wurden, sehr deplaziert und für einen preußischen Diplomaten unerhört. Ich habe sofort darauf hingewiesen, und sie wurden dementiert. . . Ich habe in Berlin wiederholt gesagt, sie möchten doch nicht immer die Gesandtschaft ausspielen, an ihr hätte weiter niemand Interesse als die preußische Regierung, und wenn sie dieselbe jetzt aufhebe, würde sie dieselbe bald wiederherstellen. Es ist aber alles umsonst!« (*Kopp an Mühlberg*, Breslau, 26. Dezember 1912, in: AA, Vatikan 1053).

Dokument 5

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Justizrat Dr. iur. Carl Bachem

Steglitz, den 13. Dezember 1912

Sr. Hochwürden

Herrn P. Pankratius Rathscheck O.F.M.

Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

Es wird Sie interessieren, über zwei Punkte noch nähere Auskunft zu erhalten. Was zunächst die Mitteilung der Frankfurter Zeitung anlangt, der Reichskanzler habe in schroffem Tone gedroht mit der Zurückziehung der preußischen Gesandtschaft beim römischen Stuhle, so kann ich Ihnen darüber folgendes mitteilen: Die betreffende Unterredung hat stattgefunden mit dem Abgeordneten *Trimborn*²⁸. Herr von Bethmann-Hollweg war sehr erregt und empört über die Enzyklika und namentlich darüber, daß er, obgleich er vorher eingehend seine Bemerkungen über

die Sache dem römischen Stuhle habe mitteilen lassen, in keiner Weise vorher von dem Inhalt verständigt worden sei, und daß man auf seine Vorstellungen keine Rücksicht genommen habe. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Herr von Bethmann zu Trimborn wörtlich: »Sie werden es verstehen, daß mir unter diesen Umständen einen Augenblick der Gedanke kommen konnte, die Gesandtschaft beim römischen Stuhle zurückzuziehen.« Die Bemerkung, wie sie in der Frankfurter Zeitung stand, ist nicht gefallen. Als Trimborn später die betreffende Bemerkung in der Frankfurter Zeitung fand, hatte er den Eindruck, daß sie vom Reichskanzler in die Frankfurter Zeitung hinein lanciert worden sei, um so mehr, als tatsächlich ihm gegenüber diese Äußerung nicht gefallen war. Später hatte Trimborn noch einmal über die Sache eine Unterredung mit Herrn von Bethmann-Hollweg. In dieser Unterredung stellte Trimborn fest, daß der Reichskanzler ihm gegenüber jene Bemerkung nicht gemacht habe, und daß jene Bemerkung durch ihn, Trimborn, in keiner Weise in die Öffentlichkeit gebracht worden sei. Daraufhin wurde das Dementi vereinbart, welches Sie später in der »Kölnischen Volkszeitung«²⁹ gelesen haben. Wie die betreffende Bemerkung in die Frankfurter Zeitung hineingekommen ist, ist also einstweilen eine völlig unaufgeklärte Sache. Es ist möglich, daß andere Mitglieder der Regierung oder der Reichskanzlei mit bewußter Absicht jene Nachricht in die Frankfurter Zeitung lanciert haben, um den Reichskanzler weiter zu treiben, als er damals zu gehen gedachte. Es ist aber auch möglich, daß der Reichskanzler wie Fürst Bismarck es früher so oft getan hat, selbst jene Bemerkung in die Frankfurter Zeitung lanciert hat, um sie später, nachdem sie ihre Wirkung getan, abzuleugnen. Doch wie gesagt, über diesen Punkt ist bisher noch nichts festgestellt. Vielleicht erfahre ich aber doch später näheres darüber. Tatsächlich hat in der Unterredung mit Trimborn der Reichskanzler selbst in der von der Frankfurter Zeitung mitgeteilten schroffen Weise nicht gedroht, wohl aber in vorsichtiger Weise gewinkt mit der Möglichkeit der Abberufung der preußischen Gesandtschaft.

Sie werden wohl ebenso wie alle anderen überrascht gewesen sein über die höchst zurückhaltende und schonende Äußerung des Staatssekretärs des Innern, Herrn von Delbrück³⁰, gegenüber der Enzyklika »Singulari quadam« bei Beratung der Interpellation der Freisinnigen am Mittwoch, dem 11. Dezember³¹. Der Interpellant, der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinigen, hatte ja in möglichst rüder und brutaler Weise über die Enzyklika gesprochen³². Man wußte, daß der Reichskanzler in hohem Maße erregt über die Enzyklika war. Alles war daher in höchstem Maße erstaunt, als Delbrück seine äußerst schonende Erklärung abgab. Die

Sache beruht auf zwei Gründen. Einmal hat der Abgeordnete *Behrens*³³, bekanntlich einer *der protestantischen Führer der christlichen Gewerkschaften* [Unterstreichung von Rathscheck], dem Reichskanzler auseinandergesetzt: wenn er jetzt in erregter Weise gegen die Enzyklika loslege, sei es nicht mehr möglich, die christlichen Gewerkschaften zusammenzuhalten; wenn der Reichskanzler also die christlichen Gewerkschaften als wirkungsvolle Einrichtung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie betrachte, müsse er jetzt den Papst in Ruhe lassen. Der zweite Grund ist folgender: Das scharfe Vorgehen des Zentrums in der Jesuitensache hat den Reichskanzler stutzig gemacht. Es ist im Reichskanzleramt erwogen worden, daß der völlige Bruch mit dem Zentrum nicht mehr aufzuhalten sein werde, wenn jetzt noch Öl in die Flammen gegossen würde dadurch, daß der Reichskanzler oder sein Vertreter scharf gegen den Papst wegen der Enzyklika sich ausspreche. Ein vollständiger Bruch mit dem Zentrum würde aber in diesem Augenblicke noch der Regierung sehr unbequem sein, was sich ganz natürlich aus den augenblicklichen internationalen Verhältnissen erklärt, und darum ist Delbrück vom Reichskanzler angewiesen worden, in der Weise zu antworten, wie es geschehen ist. Delbrück hat sogar die Vorsicht gebraucht, dem Abgeordneten Trimborn den Inhalt seiner Antwort mitzuteilen, um von ihm zu hören, wie diese Antwort vom Zentrum aufgenommen werden würde. Trimborn hat selbstredend den Herrn von Delbrück bestärkt, so zu antworten, wie es geschehen ist.

Sie werden gelesen haben, daß auch die »Berliner« auf ihrer Versammlung am Dienstag, dem 10. cr., sich sehr ruhig über die Enzyklika ausgesprochen haben. Das beruht natürlich auf dem Einflusse des Kardinals Kopp³⁴. Dieser ruhige Verlauf ist aber von den christlichen Gewerkschaften und dem ganzen Zentrum mit großer Freude begrüßt worden. Nachdem jetzt aber in Essen die christlichen Gewerkschaften getagt haben, und dabei die Erklärung der Bischöfe kundgegeben worden ist, nachdem die »Berliner« sich menagiert haben, und auch die Reichsregierung in ruhiger Weise die Diskussion über die Enzyklika im Reichstag erledigt hat, sind jetzt allerdings die Voraussetzungen vorhanden, daß endlich Ruhe und Frieden wird. Aus den Kreisen des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften wird alles geschehen, um nach dieser Richtung hin der Intention des heiligen Vaters und der deutschen Bischöfe zu entsprechen. Es wäre nur erwünscht, daß jetzt die maßlosen Hetzereien vom »Katholischem Deutschland« des Pfarrers Nieborowsky und von »Österreichs Katholischem Sonntagsblatt« aufhörten, weil, solange diese weiter toben, immer die Gefahr besteht, daß auch wieder einmal ein Vertreter der christlichen

Gewerkschaften in leidenschaftlicher Weise antworte und die Sache wieder von vorne angeht.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
verbleibe ich

Ew. Hochwürden
ganz ergebenster
Carl Bachem

²⁸ Siehe auch Anmerkung 26. *Karl Trimborn* (* 2. Dezember 1854 Köln, † 25. Juli 1921 Bonn), nach Jurastudium von 1882 bis 1904 Rechtsanwalt in Köln, reorganisierte und leitete die Zentrumspartei in Köln und im Rheinland; von 1894 bis 1914 Stadtverordneter in Köln; von 1896 bis 1912 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; von 1914 bis 1917 tätig bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien; Oktober/November 1918 Staatssekretär im Reichsamt des Innern; von 1890 bis 1914 zweiter Vorsitzender, von 1915 bis 1921 Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1919 wurde er Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag und 1920 Vorsitzender der Zentrumspartei.

²⁹ KV, Nr. 1056 vom 3. Dezember 1912.

³⁰ *Clemens Delbrück* (* 19. Januar 1856 Halle a. d. S., † 17. Dezember 1921 Jena) war von 1909 bis 1916 Staatssekretär im Reichsamt des Innern (Vizekanzler). Große Verdienste hat er sich erworben um die Reichsversicherungsordnung von 1911. Kardinal *Kopp* zeigte sich über das Verhalten des Staatssekretärs – wenige Jahre davor zählte er noch zu den Sozialdemokraten – den christlichen Gewerkschaften gegenüber irritiert und verärgert (*Kopp an Mühlberg*, Breslau, 26. Dezember 1912, in: AA, Vatikan 1053).

³¹ *Carl Bachem* irrt im Datum. Die Reichstagssitzung fand bereits am 10. Dezember statt.

³² *Ernst Müller-Meiningen* (* 11. August 1866 Mühlhof, † 1. Juni 1944 München), von 1898 bis 1918 Mitglied des Reichstags (FVP); von 1905 bis 1918 Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten.

Am 10. Dezember 1912 hatte *Müller-Meiningen* im Reichstag behauptet, die Reichsleitung habe es unterlassen, gegen die Enzyklika einzuschreiten, obwohl sie einen schweren Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter enthalte. Wörtlich führte er aus: »In der Gewerkschafts-Enzyklika und in der Erklärung der Bischöfe mit der dreimaligen Unterstreichung der ›sittlichen Gefahren‹ für Andersgläubige ist nicht bloß den Protestanten, sondern allen Andersgläubigen der Vorwurf ins Gesicht geschleudert, daß Katholiken im Verkehr mit ihnen – sei es auch nur in Verbindung zur Behandlung sozialpolitisch-wirtschaftlicher Fragen – sittlich verdorben werden können, vor denen sie daher die allergrößte Vorsicht anwenden. Wir weisen diesen geradezu ungeheuerlichen Vorwurf, der zeigt, daß man in Rom noch in den Anschauungen des 15. und 16. Jahrhunderts lebt, geradezu als eine Beleidigung des ganzen Kultur-niveaus des deutschen Volkes hiermit zurück . . . In unseren liberalen fortschrittlichen Arbeitervereinen, vor allen Dingen Süddeutschlands, sind Tausende katholischer Arbeiter, die sich durch diese Art beleidigender Kuratel des Verkehrs zwischen den Konfessionen auf das allertiefste in ihrer Gesinnung verletzt fühlen. Auch wir protestieren gegen die fortgesetzten Versuche, das ganze politische, wirtschaftliche und soziale Leben eines wesentlichen Bestandteils unseres deutschen Volkes, mit dem wir in religiösen Dingen in Frieden zusammenleben wollen, konfessionell zu zerreißen!« (Sten. Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 13. Legislaturperiode, 1. Session, Bd. 286, Berlin 1913, 2694–2707; hier: 2706). Siehe ebenfalls dazu: KV, Nr. 1084 vom 11. Dezember 1912; KZ, Nr. 1380 vom 11. Dezember 1912; TR, Nr. 584 vom 13. Dezember 1912. Die Reichsregierung sah sich veranlaßt, ihren Standpunkt zu dieser Frage erneut in der »Norddeutschen Allgemeinen

Zeitung« (Nr. 292 vom 13. Dezember 1912) zu unterstreichen (vgl. »Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands«, Nr. 26 vom 23. Dezember 1912, 414).

³³ *Franz Behrens* (* 2. Februar 1872 Marienhof/Mecklenburg-Strelitz, † 14. September 1943 Alt-Landsberg), bis 1905 in den Evangelischen Arbeitervereinen Berlins tätig, dann in der christlichen Gewerkschaftsbewegung; Vorstandsmitglied der freien kirchlich-sozialen Konferenz. Von 1907 bis 1918 gehörte er dem Reichstag an.

³⁴ Hierzu beachte die Aktennotiz *Carl Bachems* vom 10. Dezember 1912 (HASTK, 1006/329) und den Artikel »Der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin)«, in: Beilage zum 1. Blatt der *Germania*, Nr. 285 vom 12. Dezember 1912.

Dokument 6

Rathscheck an Bachem

Eigenhändiger Originalbrief; HASTK, 1006/329

Paderborn, den 15. Dezember 1912

Herrn Justizrat Dr. iur. Carl Bachem,
Hochwohlgeboren, Berlin, Steglitz

Sehr geehrter Herr Justizrat!

Schon einigemal sollten Ihre letzten drei Zuschriften beantwortet werden. Heute gelingt's, obwohl ich nach einer Stunde schon wieder auf den Rädern sitze.

Ihr Ersuchen um Mitteilung von Details machte mir einige Besorgnis, solange ich annehmen mußte, daß von denselben noch nirgends etwas durchgesickert sein könnte. Jetzt wo auch die Zeit der bangen Spannungen vorüber ist, werde ich Ew. Hochwohlgeboren vertraulich Einiges sagen dürfen. Als nach Veröffentlichung der Enzyklika die größte Beunruhigung und Befürchtung herrschte, soll H. *Kuckhoff*³⁵ [Unterstreichung von Bachem] sich direkt an Herrn Bischof Schulte mit der dringenden Bitte gewandt haben, doch alles zu tun, daß die Geister zur Ruhe kämen. Der Bischof mußte gerade zu einer Kirchenkonsekration bei Bochum. Er bestellte sich dorthin H. *Stegerwald*³⁶ [Unterstreichung von Bachem], der ihm eingehend darlegte, welche Punkte der Enzyklika den Gewerkschaftlern am gefährlichsten erschienen. Der hochwürdigste Herr fand dann aus dem Gedankengang und Zusammenhang derselben jene Interpretation in ihren Grundzügen, die nun allbekannt ist. Stegerwald hielt dieselbe für hinreichend und zufriedenstellend. Derselbe hatte auch Kopien einer Korrespondenz zwischen S. E. Kardinal *Kopp* [Unterstreichung von Bachem] und Herrn Justizrat Dr. *Porsch*³⁷ [Unterstreichung von Bachem], die nicht ungünstig lautete. H. Bischof Schulte teilte

seine mit Stegerwald verabredete Interpretation alsbald Sr. Eminenz mit, ohne aber gerade um Zustimmung zu ersuchen³⁸. Bald traf die *Antwort* [Unterstreichung von Bachem] [ein], es scheine diese Interpretation wohl der Natur und Tendenz der Enzyklika gerecht zu werden. Vertraulich könne das Stegerwald wissen³⁹. Stegerwald wollte mit vertraulichen Informationen natürlich sich nicht zufrieden geben. Ehe aber noch weiteres geschehen war, traf schon von Breslau die *zweite Antwort* [Unterstreichung von Bachem] ein, die Interpretation sei bei genauem Eindringen in Sinn und Zusammenhang durchaus die richtige und H. Kardinal Kopp werde dafür die übrigen H. H. Bischöfe gewinnen. Seine Ansicht dürfe Stegerwald auch beim Kongreß verwenden⁴⁰. Soweit glaube ich mich des Herganges, wie er mir erzählt worden, zu erinnern. Vorläufig wird es geraten sein, keinen Gebrauch von diesen Mitteilungen zu machen.

»Vertraulich« schrieb mir jüngst auch *Bischof Döbbing*⁴¹ [Unterstreichung von Bachem], und ich muß bitten, seine Äußerungen so zu behandeln. Er betont zunächst: »Sicher sei in der Vergangenheit der Fehler gemacht, daß man nicht über Berliner Verstöße gegen Wahrheit und Liebe (das beste Zeichen des Katholizismus) fleißig an das Sekretariat Roms berichtet habe, während daselbst ein depositum contrarium aufgehäuft wurde.« Ich habe ihm erwidert, gerne hätte man aufgeklärt, wenn nur von Rom ein Wunsch nach Aufklärung mit Angabe der Denunziationen gekommen wäre. Stegerwalds Mitteilung im Sinne der Regierung ist auch nicht gut verstanden⁴². Ich habe das rechte Verständnis zu geben versucht. Vor allem ist bemerkenswert der Satz: »Gelehrte, fromme und der Religion ganz ergebene Herren urteilen hier aus den Zeitungsberichten der Gewerkschaften selber und behaupten, daß leider die Stellung selbst dem Verhältnisse zum Papste Hindernisse lege, wie der Redner selbst bekannt hat: »er sei in Verlegenheit, weil er sich auch vor Protestanten befinde; daher die Kälte zum Papste, welche die ganze Gesellschaft kund gibt – der Dreh zum Kaiser und Deutschland!« – Eingehend habe ich diese Gedanken zurückgeführt auf Unkenntnis und Mangel an Unterscheidung zwischen wirtschaftlich-sozial gerichteter Gewerkschaft und religiös und kirchlich determiniertem Arbeiterverein. Mit der Enzyklika war der Gewerkschaft auf einmal etwas geboten, was sonst nicht in ihr, sondern im konfessionellen Arbeiterverein geleistet wird – Stellung zu Befugnissen der Kirche und ihrer Autorität. Das muß Verlegenheit bereiten, zumal da 330000 christliche Gewerkschafter hangen und bangen. Viel natürlicher lag das Verhältnis zu Kaiser und Deutschland – nicht

als wenn Katholiken religiös den Papst zurücktreten ließen, sondern einfach wegen der ihrer Natur nach zunächst Thron und Vaterland stützenden Gewerkschaft gegenüber dem Umsturzstrom der Sozialdemokratie. So dem Sinne nach. Bischof Döbbing meint dann ferner, »man solle um Gottes willen das goldene Schweigen beobachten, die Tätigkeit selbst wird mit der Zeit Klärung geben. Den Berlinern hätte die geistliche Autorität damals Schweigen aufliegen sollen, jetzt sollte jeder Katholik sich dazu getrieben fühlen, nachdem der Papst gesprochen hat und die Bischöfe interpretiert haben. Die Sache kommt von selbst ins Geleise, wenn man nur nicht weiter agiert . . . Wo ich kann, lege ich ein Wort ein für unsere guten Arbeiter und Katholiken.«

Anscheinend legen sich allgemach die Wogen. Wenn nur die Berliner nicht anfangen zu wildern! Jüngst wurde hier erzählt, es sei so ein Jagdfrevler bereits hier in unsere Bischofsstadt gekommen und habe 80 Stück zur Strecke gebracht. Obs nicht auf den Oberförster abgesehen war, dem der Schlingel Schlingen legen gewollt? – So viel heute, Herr Justizrat. Für Ihre interessanten Einzelheiten sage ich noch besten Dank und verbleibe mit dem Ausdruck vorzüglicher

Hochachtung

ergebenst

P. Pankrätius O. F. M.

³⁵ *Karl Joseph Kuckhoff* (* 16. September 1878 Köln, † 2. Oktober 1944 Hildesheim), Pädagoge und Kulturhistoriker, war von 1912 bis 1918 Mitglied des Reichstags. Nachdem der Zentrumspolitiker erfolglos zur Ruhe gemahnt hatte, und da er zweifelte, ob es *Otto Müller* und *August Pieper* gelingen würde, eine negative Erklärung gegenüber *Pius X.* zu unterbinden, wandte er sich an *Schulte*, der das ungeteilte Vertrauen der christlichen Arbeiter besaß, mit der Bitte, einen Ausweg aus der Sackgasse zu suchen. *Kuckhoff* schrieb: »Nach einer übereilten Erklärung fallen die Gewerkschaften auseinander. Es wird wenig gedacht in diesen Tagen, mehr handelt man nach dem Gefühl, und das ist zum äußersten gereizt: (*Kuckhoff* an *Schulte*, 13. November 1912, in: EBRK, Gen. 23.61/III).

³⁶ *Adam Stegerwald* (* 14. Dezember 1874 Greußenheim bei Würzburg, † 4. Dezember 1945 Würzburg), von Beruf Schreiner, avancierte 1902 zum Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und wurde 1919 zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes gewählt. Beachtlich ist seine politische Karriere: von 1917 bis 1918 Mitglied des preußischen Herrenhauses; von 1919 bis 1921 Zentrumsabgeordneter in der preußischen Landesversammlung und im Reichstag von 1920 bis 1933; in den Jahren 1919 bis 1921 Minister für Volkswohlfahrt, 1921 preußischer Ministerpräsident; von 1929 bis 1930 Reichsverkehrsminister und von 1930 bis 1932 Reichsarbeitsminister. *Stegerwald* hatte sich große Verdienste um die interkonfessionelle Arbeiterbewegung erworben. Das Gespräch fand am 15. November in Eickel statt.

³⁷ *Felix Porsch* (* 30. April 1853 Ratibor, † 8. Dezember 1930 Breslau), Rechtsanwalt und ein führender Zentrumspolitiker; von 1884 bis 1930 Mitglied des preußischen Landtags; von 1903 bis 1929 Vorsitzender der Zentrumsfraktion und erster Vizepräsident des

preußischen Landtags. Seit 1882 war er Fürstbischöflicher Konsistorialrat in Breslau; 1914 trat er von diesem Amt zurück. Es handelt sich um den Brief von *Kopp an Porsch*, Breslau, 10. November 1912, und um den von *Porsch an Kopp*, 17. November 1912. Abschriften davon liegen vor, in: HASTK, 1006/329 und EBRK, Gen. 23.61/III. Vgl. zu diesem Sachverhalt: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a. a. O., 308–313.

³⁸ *Schulte an Kopp*, 20. November 1912; das handschriftliche Konzept, in: EBRK, Gen. 23.61/III.

³⁹ *Kopp an Schulte*, 21. November 1912: EBRK, Gen. 23.61/III. Für die Publikation in Essen wurde das Schreiben unerheblich verändert. Siehe *Schultes* Brief an *Stegerwald* vom 22. November 1912 als Abschrift, in: EBRK, Gen. 23.61/III.

⁴⁰ *Kopp an Schulte*, 22. November 1912: EBRK, Gen. 23.61/III. In diesem Schreiben wünschte der Kardinal einige redaktionelle Änderungen und inhaltliche Präzisierungen, die man auch sogleich vornahm. Bereits am folgenden Tag wurde die Überarbeitung *Kopp* zugeschickt.

⁴¹ Der Brief ist datiert: Nepi, 3. Dezember 1912 (AFW, Nb, Bischof Bernhard Döbbing).

⁴² Anknüpfend an die etwas ungeschickte Formulierung von P. *Pankratius* bezüglich *Stegerwalds* Äußerung bemerkte Bischof *Döbbing*: »Die Enzyklika hat vor ihrem Erscheinen der Staatsregierung nicht vorgelegen! Das fehlt auch noch, daß der Papst, nachdem er von *jedem Bischof* Erklärungen eingeholt hat, und wie diese selbst erklären, seines Hirtenamtes waltet, erst Berlin fragen soll, eine Regierung, die sich ja wieder bei der Jesuitenfrage gezeigt hat, was sie immer gewesen ist und sein wird« (ebenda).

Dokument 7

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Justizrat Dr. iur.

Carl Bachem

Steglitz, den 17. Dezember 1912

Sr. Hochwürden

Herrn P. Pankratius Rathscheck O.F.M.

Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

Ich beehre mich, Ew. Hochwürden ganz ergebenst den Empfang Ihres sehr gefälligen Schreibens vom 15. Dezember zu bestätigen und knüpfe daran meinen verbindlichsten Dank für Ihre Mitteilungen. Sie stimmen durchaus zu anderen Mitteilungen, die ich vereinzelt von anderen Seiten erhalten habe, so daß ich jetzt den Zusammenhang vollständig klar habe.

Was Ihren Wunsch angeht, daß nun Ruhe eintreten möchte, so wird dieser von allen Seiten geteilt. Ich höre hier von Trimborn, Hitze⁴³,

Porsch u.s.w., daß von seiten der Zentrumsfraktionen alles geschieht, damit nun Ruhe gehalten wird, und man sich bei der Entscheidung des hl. Vaters und der Essener Interpellation der Bischöfe beruhigt. Am Sonntag war mein Bruder Franz bei mir und bestätigte mir dasselbe bezüglich der »Kölnischen Volkszeitung«. Daß mein Bruder Franz vorher bei Ihrem Herrn Bischof war, und was er mit ihm verhandelt hat, werden Sie ja wohl dort erfahren haben“. Die Hauptschwierigkeit liegt meines Erachtens in der ungünstigen finanziellen Lage des Berliner Verbandes. Diese soll zur Zeit so schlimm sein, daß möglicherweise die »Berliner« noch nach jedem Strohalm greifen, um sich über Wasser zu halten, woraus dann neue Komplikationen entstehen können. Da jedoch die christlichen Gewerkschaften, Zentrumsfraktionen und Zentrumspresse durchaus einig sind, sich auf keinerlei Diskussionen mit den »Berlinern« mehr einzulassen, wird es wohl gelingen, größeren Schaden abzuwehren. Dann wird ohne Zweifel mit der Zeit der ganze Streit sich auswachsen. Wenn nur jetzt die christlichen Gewerkschaften wieder zu neuem, frischem Leben kommen! Seit Jahren hat ja ihre Entwicklung infolge der »Berlinererei« stagniert, so daß der Vorsprung der Sozialdemokratie immer stärker wurde. Leider kommt jetzt wieder der Streik im Saarrevier dazwischen. Es ist ja wohl zweifellos richtig, daß die Saarbergleute von den ausschließlich protestantischen staatlichen Bürokraten noch viel schlechter behandelt werden wie die Ruhrbergleute von ihren kapitalistischen Direktoren, so daß der Streik wohl innerlich verständlich ist; aber trotzdem kommt er jetzt so ungelegen wie möglich. Hoffentlich kommen wir aber auch über diese Schwierigkeiten hinüber.

Von großem Werte waren mir Ihre Mitteilungen über die Anschauungen des Herrn Bischofs Döbbing. Daß ich sie streng vertraulich behandle, brauche ich ja nicht erst zu versichern. Es ist zweifellos richtig, daß manches anders gekommen wäre, wenn man die Agitation der Berliner in Rom rücksichtsloser gekennzeichnet hätte. Aber wie schwer war das, und wer konnte das unternehmen? Man konnte ja wohl ahnen, in welcher Weise die »Berliner« in Rom denunzierten, und zwar indem man die betreffenden Schlüsse aus ihrer Agitation in Deutschland zog. Aber irgend etwas Bestimmtes ist darüber niemals verlautet. Hätte die Staatssekretarie des hl. Vaters die Denunziationsschriften der »Berliner« vertraulich an deutsche Bischöfe geschickt, so wären diese imstande gewesen, aufklärend zu berichten. Aber weder die christlichen Gewerkschaften, noch die »Kölnische Volkszeitung«, noch der »Volkverein«, noch die Abgeordneten haben jemals etwas Näheres über die Denunziationen erfahren. Da war es natürlich gar nicht möglich, diese Denunziation ins

richtige Licht zu stellen und danach den Spieß umzudrehen. Aber selbst wenn man das gekonnt hätte, wäre es bei der durch und durch unwahren und unehrlichen Kampfesart der »Berliner« immer sehr schwer gewesen, auf diesem Gebiete mit ihnen in einen Wettlauf einzutreten. Das Schlimme ist eben, daß in dieser Angelegenheit die »Berliner« in Rom stellenweise mehr Gehör und Vertrauen gefunden haben wie die deutschen Bischöfe, welche berufsmäßig diese Dinge im Auge zu behalten hatten. Und dabei wußte man doch in Rom, daß diese »Berliner« Bewegung nicht von hervorragenden Geistlichen, sondern von ganz unberufenen Laien getragen würde. Der einzige wirkliche Träger der »Berliner Bewegung« in Berlin ist eben der Gerichtsassessor a. D. Franz von Savigny, und der Träger der »Berlinerei« in Trier ist die Mutter Gertrud, geb. Gräfin Schaffgotsch, die Oberin der Josephsschwestern⁴⁵. An dieser Tatsache ist nun einmal nicht zu rütteln. Wenn die Herren in Rom die Haltung Stegerwalds gegenüber dem hl. Vater beim Essener Kongreß nicht recht verstehen, so wundert mich das gar nicht. Diese Dinge sind eben für einen, der unsere interkonfessionellen Verhältnisse nicht ganz genau kennt, nur sehr schwer verständlich, während sie uns in Deutschland geläufig sind. Ich kann es verstehen, daß man in Rom von Stegerwald den Ausdruck einer herzlichen Dankbarkeit gegen den hl. Vater erwartet hätte.

Aber wie hätte Stegerwald diesen Dank in Essen zum Ausdruck bringen können, ohne die protestantischen Mitglieder der Gewerkschaften vor den Kopf zu stoßen? Wenn die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften sich begeisterte Reden über Luther, das protestantische Prinzip und schließlich den Evangelischen Bund verbitten müssen, so dürfen sich die protestantischen Mitglieder ebenso begeisterte Reden über die katholische Kirche und das Papsttum verbitten. Da ist ja nun einmal nicht gegen anzukommen. Die Stellung zum Kaiser dagegen ist viel einfacher. Katholische und protestantische Mitglieder der Gewerkschaften stehen zum Kaiser ganz in gleicher Weise, während die katholischen Mitglieder jeden protestantischen kirchlichen Einfluß unbedingt für sich ablehnen, und umgekehrt die protestantischen Mitglieder jede katholische kirchliche Beeinflussung für sich vermieden sehen wollen. Dabei bleibt aber doch wahr, daß außerhalb der Gewerkschaften die katholischen Gewerkschaftsführer durchaus zuverlässige Katholiken sind und daß sie sich auch innerhalb des Gewerkschaftslebens durchaus an die religiös-sittlichen Vorschriften der katholischen Kirche gebunden halten. Ich verkehre ja doch seit langen Jahren ganz regelmäßig mit diesen katholischen Führern, mit Giesberts⁴⁶, Becker-Arnberg⁴⁷, Gronowsky⁴⁸ u. s. w. Ich treffe sie

regelmäßig in der Kirche und rede oft mit ihnen über religiöse Dinge. Es sind so treue, zuverlässige und opferbereite Katholiken wie nur irgend einer. Diese Leute haben in den Fabriken gegenüber der Sozialdemokratie in der Behauptung ihrer katholischen Überzeugung weit mehr geleistet und weit höhere Opfer gebracht, als sie heute in Deutschland irgend einem anderen zugemutet werden. Es sind nach dieser Richtung hin geradezu Märtyrer und Musterkatholiken, die das vollste Vertrauen verdienen; aber innerhalb der Gewerkschaften können sie diese Eigenschaft natürlich nicht ostentativ herauskehren, wenn sie die protestantischen Mitglieder nicht vor den Kopf stoßen wollen. Ich denke, daß in Rom auch allmählich das Verständnis für diese Schwierigkeiten innerhalb der Gewerkschaften um sich greift, namentlich wenn man sich frei macht von den hinterlistigen und tendenziösen Einflüsterungen der »Berliner«. Ich weiß ja von Ihnen, daß Herr Bischof Döbbing dauernd in dieser Richtung tätig ist, und er darf versichert sein, daß alle verständigen Katholiken Deutschlands ihm dafür den höchsten Dank wissen. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und bestem Gruß verbleibe ich

Ew. Hochwürden
ganz ergebenster
Carl Bachem

⁴³ *Franz Hitze* (* 16. März 1851 Hanemicke/Krs. Olpe, † 20. Juli 1921 Bad Nauheim), von 1882 bis 1893 und von 1898 bis 1912 Zentrumsabgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus und von 1884 bis 1918 Mitglied des Reichstags. Er gehörte zu den Mitbegründern des »Volksvereins für das katholische Deutschland«. Sein intensives Bemühen galt der Entproletarisierung der Arbeiterschaft. Seit 1893 hatte er eine Professur für Christliche Gesellschaftslehre in Münster inne.

⁴⁴ Am 15. Dezember stattete *Franz Xaver Bachem* seinem Bruder *Carl* einen Besuch in Steglitz ab. Bei der Gelegenheit informierte er ihn ausführlich über seine Unterredung mit Bischof *Schulte*, wie die Aktennotiz *Carl Bachems* vom 16. Dezember 1912 belegt (HASTK, 1006/329). In ihr findet sich folgender Passus: »Bischof Schulte meinte, man solle in der »Kölnischen Volkszeitung« und sonst die »Berliner« und die sonstigen Quertreiber fortan völlig in Ruhe lassen. Sie seien wirtschaftlich am Ende, und ohne Zweifel werde jetzt die ganze »Berliner« langsam zerfließen. Vor allem solle man sich auf keinerlei Polemik mehr mit ihnen einlassen.«

⁴⁵ Schwester *Gertrud von Schaffgotsch* (Taufname *Josephine Hedwig*), geb. am 22. August 1850 in Bonn, war eine Cousine *Franz von Savignys*.

⁴⁶ *Johannes Giesberts* (* 3. Februar 1865 Straelen/Geldern, † 7. August 1938 Mönchengladbach), Sohn eines Bäckermeisters, war nach seiner Bäckerlehre seit 1893 in der katholischen Arbeiterbewegung tätig. Er übernahm 1899 die Schriftleitung der WAZ. Als erster Arbeitervertreter im Zentrum kam er 1905 in den Reichstag und im Jahr darauf in den preußischen Landtag. Der Mitbegründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung war von 1919 bis 1922 Reichspostminister und wurde durch seine vermittelnde Tätigkeit angesichts divergierender sozialpolitischer Zielvorstellungen im Zentrum bekannt.

⁴⁷ *Johannes Becker-Arnsberg* (* 8. Februar 1875 Elspe/Westf., † 24. Mai 1955), Sohn eines Schneidermeisters, zuerst Fabrikarbeiter, wurde 1902 Arbeitersekretär in Hagen, 1906 Redakteur der WAZ, 1913 Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands; von 1907 bis 1933 Zentrumsmitglied des Reichstags (bzw. 1919/20 der Weimarer Nationalversammlung); von 1919 bis 1925 Beirat im Reichsarbeitsministerium. Er ist der Schöpfer der Reichsversicherungsordnung vom 24. Mai 1925.

⁴⁸ *Johannes Gronowsky* (* 4. Februar 1874 Graudenz/Westpr., † August 1958 Paderborn), Maschinenschlosser, Autodidakt; von 1902 bis 1908 Arbeitersekretär der christlichen Gewerkschaft für den Bezirk Dortmund-Hörde; von 1906 bis 1922 Stadtverordneter in Dortmund; von 1908 bis 1922 Geschäftsführer der Zentrumsparlei im Wahlkreis Dortmund-Hörde; von 1908 bis 1933 Mitglied im preußischen Landtag; von 1922 bis 1933 Oberpräsident von Westfalen; von 1948 bis 1951 Landesvorsitzender der CDU von Westfalen und Lippe; von 1947 bis 1950 Mitglied des Landtags von NRW.

Dokument 8

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Justizrat Dr. iur.

Carl Bachem

Steglitz, den 30. Dezember 1912

Sr. Hochwürden

Herrn P. Pankratius Rathscheck O. F. M.

Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

Freundlichen Dank für Ihre Mitteilungen vom 28. Dezember⁴⁹. Auch ich hoffe, daß der Einfluß der Quertreiber in Rom jetzt nicht mehr so groß sein wird wie früher. Daß er vollständig gebrochen sei, wage ich noch nicht zu hoffen. Einstweilen ist für uns doch die Lage schwer erträglich. »Petrusblätter« und Oppersdorffs »Klarheit und Wahrheit« – ganz abgesehen von dem »Katholischen Deutschland« des Pfarrers Nieborowsky – gehen ganz in derselben Art weiter wie früher und stören sich absolut nicht an das Schweigegebot. Die »Kölnische Volkszeitung« aber schweigt und wird jetzt gerade deshalb wiederum verketzert: »Gewiß, katholisch ist sie ja wohl, man kann ihr direkt nichts Unkatholisches nachweisen, aber sie ist doch sehr wenig warm katholisch!« Dazu kommt jetzt die jüngste Flugschrift von *Schopen*⁵⁰ [Unterstreichung von Rathscheck], von der Sie wohl gehört haben werden. Ich habe sie gestern bekommen⁵¹. 15 Seiten kleinen Drucks in Folioformat, worin das ganze

alte Register der verlogenen und verdrehten Vorwürfe wieder erhoben wird. Dort heißt es wieder: »Was wir bekämpfen, ist das Prinzip, die *grundsätzliche Interkonfessionalität um ihrer selbst willen*, ist der Interkonfessionalismus . . . Wir lehnen ab die *innere Gleichstellung der Konfessionen* und deren Konsequenz im politischen Leben; wir lehnen ab die Beschränkung ausgesprochen katholischer Grundsätze und des ausgesprochen katholischen Charakters auf das rein religiöse Gebiet und die *Auslieferung alles anderen an den prinzipiellen Interkonfessionalismus*. . . Der dogmatische Gedanke des echten, in der Kirche inkarnierten katholischen Christentums [. . .] wick dem anderen: das Christentum als höhere Einheit, als Gattungsbegriff aufzufassen, dem die verschiedenen Konfessionen subsumiert sind als *ebenso viele Zweige echten Christentums*.« Ich verstehe gar nicht die Gewissenlosigkeit solcher Geistlichen, die derartige Anklagen gegen die »Kölner« Richtung erheben, ohne daß sie in der Lage sind, auch nur ein Fünkchen von Beweis für solche horrende Anklagen anzuführen. Dann geht es natürlich wieder weiter. Herr Schopen verspricht »die weitgehendste praktische und bürgerliche Toleranz gegen Andersgläubige«; ein paar Seiten weiter aber kommt dann der wirkliche Zweck: »*Sprengen wir heute das künstliche [. . .] Zwangsgebilde der christlichen [bei Schopen: interkonfessionellen] Gewerkschaften und gründen bzw. teilen wir die bestehende Organisation in konfessionelle Gewerkschaften.*«³² Was soll es denn da nun nützen, wenn die »Kölner« Richtung dauernd schweigt, und die Quertreiber ihre hinterlistige und verlogene Wühlarbeit unausgesetzt fortführen? Die »Kölner« Richtung fügt sich ehrlich dem Schweigegebot des heiligen Vaters und der Bischöfe. Damit ist sie außer Verantwortung für die Schäden, die aus der Wühlarbeit der Quertreiber ganz zweifellos hervorgehen müssen. Ein Pfarrer nach dem anderen wird irre gemacht, und die Zentrumspartei leidet immer mehr Schaden.

Wie weit der Terrorismus und Fanatismus dieser Leute geht, dafür zwei kleine Genrebildchen. Sie haben den Abdruck meiner Rede erhalten, die ich hier in Berlin gegen das Jesuitengesetz gehalten habe³³. In der betreffenden großen Versammlung war nicht ein einziger Geistlicher zu sehen. Nachträglich wurde allerdings berichtet, daß drei Kapläne anwesend gewesen seien – in Zivil und unten vorsichtig unter dem Publikum sitzend –! Herr Kaplan *Windolf* [Unterstreichung von Rathscheck] war zu Anfang anwesend als Lauerposten für »Sitz Berlin«. Als ich aber meine Rede begann, war er bereits verschwunden. Von »Sitz Berlin« war die Parole ausgegeben, nichts für die Versammlung zu tun, und der ganze Berliner Pfarrklerus hatte es für klug gehalten, sich diesem Terrorismus

einfach zu fügen. Auch keiner der in Berlin anwesenden Jesuiten ist in der Versammlung gesehen worden. Anscheinend haben auch diese es für klüger gehalten, nicht gegen die von »Sitz Berlin« ausgegebene Parole zu verstoßen.

Nun ein zweites: Am 9. Dezember wurde hier das 25jährige Priesterjubiläum unseres Pfarrers Deitmer gefeiert. Ich war von dem ältesten Kaplan gebeten worden, namens der Gemeinde die Begrüßung des Pfarrers zu übernehmen. Auch in dieser großen Versammlung war außer der Steglitzer Pfarrgeistlichkeit nicht ein einziger anderer Geistlicher anwesend. Herr *Pfarrer Beyer* [Unterstreichung von Rathscheck] – Lichterfelde, dessen Pfarrei vor etwa zehn Jahren von Steglitz abgetrennt worden ist, war auch nicht einmal zugegen und hat später meinem Nachbarn, Herrn Geheimrat Menzel, erklärt: »Ich kann mich in keiner öffentlichen Versammlung zeigen, wo ein Bachem die Festrede übernommen hat.« Sie können sich denken, in welcher angenehmer Atmosphäre ich hier lebe; und ich halte gewiß aus, so gut es geht; aber ich denke doch daran, allmählich hier in Berlin den Staub von meinen Schuhen zu schütteln.

Nochmals beste Wünsche zu einem glückseligen neuen Jahre, das erfreulicher werden möge wie das abgelaufene.

In treuer Verehrung

Ew. Hochwürden

ganz ergebenster

Carl Bachem

⁴⁹ Die Mitteilungen waren nicht auffindbar.

⁵⁰ *Edmund Schopen*, geb. am 25. Mai 1882 in Düsseldorf, katholischer Geistlicher von 1906 bis 1920; extremer Verfechter intransigentier Ideen, zog sich 1918 vom amtlichen Kirchendienst zurück. Nach Aussage von *August Pieper* sei er »später« vom Glauben abgefallen (vgl. *Horstwalter Heitzer*, *Krisen des Volksvereins im Kaiserreich*, in: HJ 99 (1979) 219, vgl. auch Anmerkung 29). *Schopen* hatte im Dezember 1912 eine Flugschrift herausgebracht mit der Überschrift »Zur fortlaufenden Orientierung für gebildete Kreise«. Es handelte sich dabei um das Manuskript eines Vortrags, das die Gläubigen, Priester und Laien über die wesentlichen Aussagen der Enzyklika »Singulari quadam« in zutreffender Weise belehren wollte, und das er vor katholischen Kreisen, »Gladbacher katholischen Kreisen . . . zu freundlichst privater Kenntnisnahme ergebenst« überreichte. In ihr polemisierte er gegen die Vorstellungen und Zielsetzungen, wie sie von den christlichen Gewerkschaften vertreten wurden.

Die »Schlesische Volkszeitung« übernahm in ihrer Ausgabe Nr. 593 vom 27. Dezember 1912 von der »Frankfurter Zeitung« folgende Notiz: »Kaplan Schopen, ein Vertreter der Berliner Richtung, griff anlässlich der Gewerkschafts-Enzyklika zwei geistliche Führer des katholischen Volksvereins an, indem er deren Papsttreue verdächtigte. Nach heftiger Polemik wurde Schopen nunmehr vom erzbischöflichen Generalvikariat strafweise in ein kleines Eifeldorf versetzt.«

⁵¹ *Carl Bachem* hatte sich bereits am 15. Dezember von *Max Roeder*, Chefredakteur des Aachener »Volksfreundes«, ein Exemplar der Schrift von *Schopen* ausgeliehen, das er

Anfang Januar 1913 dankend zurückschickte (*Bachem an Roeder*, Steglitz, 9. Januar 1913, in: HASTK, 1006/980). *Bachem* war äußerst interessiert daran, ein eigenes Stück davon zu erhalten. Seine diesbezügliche Bitte an die Volksvereinszentrale in Mönchengladbach (*Bachem an Brauns*, Steglitz, 28. Dezember 1912, in: HASTK, 1006/329) konnte nicht erfüllt werden (*Brauns an Bachem*, Mönchengladbach, 2. Januar 1913, in: ebenda). Daraufhin wandte sich *Bachem* mit derselben Bitte an *Josef Jörg* im Kölner Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei (*Bachem an Jörg*, Steglitz, 2. Januar 1913, in: ebenda), der ihm am 8. Januar das »gewünschte Exemplar des neuesten Schopen'schen Elaborats« zusandte.

⁵² Die Sperrungen befinden sich in der Broschüre, die Unterstreichungen, kursiv gedruckt, stammen von *Carl Bachem*.

⁵³ Vermutlich ist sie enthalten in: »Zwei Reden über das Jesuitengesetz. Ein offenes Wort über eine sehr ernste Sache vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes«, Warendorf 1912. Mir selbst war es nicht möglich, dieses Schriftchen einzusehen.

Dokument 9

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing, Gewerkschaftsfrage II

Dr. iur. Carl Bachem

Justizrat

Steglitz, den 8. Februar 1913

Sr. Hochwürden

Herrn P. Pankratius Rathscheck O. F. M.

Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

In der Anlage sende ich Ihnen mit verbindlichstem Dank die Denkschrift des hochwürdigsten Herrn Bischofs Döbbing zurück⁵⁴. Wir müssen dem Herrn Bischof Döbbing zu größtem Danke verpflichtet sein, daß er in dieser entschiedenen und klaren Weise Stellung genommen und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht hat. Hätten wir doch mehr solcher Deutschen in Rom, welche nicht nur der Kirche und dem heiligen Vater vollkommen ergeben sind, sondern auch die deutschen Verhältnisse richtig erkennen und ihnen Rechnung zu tragen verstehen!

Es wird Sie interessieren zu hören, wie meine Verhandlungen mit dem Herrn Bischof Schulte ausgegangen sind. Der Schluß war, daß die Denkschrift in Sachen der Katholizität der Kölnischen Volkszeitung ad acta gelegt und nicht weiter verfolgt wird⁵⁵. Die Bedenken des Herrn Bischofs waren eben derart, daß wir sie unmöglich beiseite schieben können. Ich komme allmählich überhaupt zu der Ansicht, daß in diesen

äußerst schwierigen Fragen mit Prinzipien überhaupt nicht durchzukommen ist. Man muß eben von Fall zu Fall in vollständigem Einverständnis mit der bischöflichen Autorität einen praktischen Weg suchen, um durchzukommen. Wenn das in der ersten Zeit unserem neuen Erzbischof von Hartmann⁵⁶ gegenüber hier und da zu Schwierigkeiten führen sollte, so wird ganz gewiß Bischof Schulte bereit sein zu vermitteln, und dann wird ganz sicher ein gangbarer Mittelweg sich finden lassen.

In alter Verehrung und mit nochmaligem herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme, die Sie mir bereitet haben, verbleibe ich

Euer Hochwürden
ganz ergebenster
Carl Bachem

⁵⁴ Eine Abschrift der Denkschrift, die Bischof *Döbbing* am 17. Juni 1912 bei einer Audienz *Pius' X.* übergeben hat, liegt, in: AFW Bischof *Döbbing*. Gewerkschaftsfrage; das Memorandum findet sich auch gedruckt: *Lothar Hardick*, Bischof Bernhard *Döbbing*, in: Westfälische Zeitschrift 109 (1959) 188–192. In einem vertraulichen Brief schrieb der Bischof seinem Freund Professor *Ernst Maximilian Roloff*, den er zur katholischen Kirche geführt hatte: »*Inter nos!* habe ich vor vierzehn Tagen dem hl. Vater eigenhändig ein langes Votum in Latein überreicht . . . Hoffen wir, daß ein glückliches Endresultat schließlich die Sache festlege und den Streit beilege. Auch habe ich dazu beigetragen, daß gewisse Persönlichkeiten, die auch Dir nicht fremd sind, ins richtige Licht gestellt worden sind, daß, wenn sie auch in Zeitungen doppelte Seiten vertreten, wenigstens beim Vatikan nicht ins Gewicht fallen. Bitte, daß diese meine Notizen nicht bekannt werden, um weiteren Einfluß nicht zu paralysieren. So kann auch aus dem stillen Sutri hier und da ein Lichtstrahl sich Bahn brechen« (*Döbbing an Roloff*, Sutri, 29. Juni 1912, in: AFW, Nb, Bischof Bernhard *Döbbing*). *Carl Bachem* schrieb im Frühjahr 1913 dem Bischof, wobei er sich auf diese Vorgänge bezog: »Euer bischöflichen Gnaden haben durch Ihr jüngstes Eingreifen in der Gewerkschaftsfrage . . . nach meiner festen Überzeugung dem deutschen Katholizismus und der ganzen katholischen Entwicklung einen so großen Dienst getan, daß jeder, welcher die Tragweite dieser Dinge überschauen kann, Ihnen den größten Dank wissen muß« (*Bachem an Döbbing*, 17. April 1913, in: AFW, Nb, Bischof Bernhard *Döbbing*). Der Oberhirte der Doppeldiözese Sutri-Nepi drückte im Antwortschreiben seine Freude aus, »daß der liebe Gott mir vergönnte, in meiner ganz italienischen Tätigkeit bei einer wichtigen Gelegenheit ein Schärflin für mein teures Vaterland beitragen zu dürfen« (*Döbbing an Bachem*, 1. Mai 1913, in: HASTK, 1006/980).

Der offiziöse Zentrumschronist äußerte die Vermutung, *Döbbings* Gutachten habe den Papst bewogen, die christlichen Gewerkschaften nicht zu verbieten, vielmehr zu tolerieren, wie es dann auch von der Enzyklika »*Singulari quadam*« verkündigt worden ist (*Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, VII, Köln 1930, 214).

⁵⁵ Von Seiten der Integralisten, der sogenannten »*Quertreiber*«, hielt man der »*Kölnischen Volkszeitung*« vor, sie stünde nicht mehr auf dem Boden der katholischen Weltanschauung, sie untergrübe die Grundlagen des Katholizismus und der kirchlichen Autorität, ja sie strebe nach Loslösung des deutschen Katholizismus vom Apostolischen Stuhl. Gegen diese bössartigen Unterstellungen, Verleumdungen und gehässigen Verdächtigungen

wehrte sich *Carl Bachem* in der Schrift »Zentrum, katholische Weltanschauung und praktische Politik«, Krefeld 1914. In ihr heißt es: »Jeder, der die ›Kölnische Volkszeitung‹ liest, weiß, daß sie nicht nur auf politischem Gebiet ein treues Zentrumsblatt ist, sondern auch, wo religiöse und kirchliche Fragen zu behandeln sind, ein treues katholisches Blatt zu sein sich bemüht« (23).

⁵⁶ *Felix von Hartmann* (* 15. Dezember 1851 Münster, † 11. November 1919 Köln), wurde 1899 Geheimsekretär und Bischöflicher Kaplan in Münster, 1903 Domkapitular, 1905 Generalvikar; 1910 Domdechant und 1911 Bischof von Münster. Seine Wahl zum Erzbischof von Köln fand am 29. Oktober 1912 statt, seine Inthronisation am 9. April 1913. Im Jahr 1914 wurde er zum Kardinal kreiert. Seit dem Tod von Kardinal *Fischer* und der Einsetzung *Hartmanns* auf dem Kölner Bischofsstuhl hatten sich die Beziehungen der christlichen Arbeiterschaft zum Episkopat zusehends verschlechtert.

Dokument 10

Bachem an Rathscheck

Diktat-Original; AFW, Bischof Döbbing. Gewerkschaftsfrage II

Justizrat Dr. iur.

Carl Bachem

Steglitz, den 28. Juli 1913

Sr. Hochwürden

dem P. Pankratius Rathscheck O.F.M.

Paderborn, Westernstr. 19

Hochverehrter P. Pankratius!

Ich kann mir nicht anders helfen, als indem ich mich nunmehr nochmals an Sie wende. Ich tue vielleicht etwas außerordentlich Überflüssiges, aber trotzdem möchte ich es der Sicherheit halber auf keinen Fall versäumen. Sie werden in des Grafen Oppersdorff »Klarheit und Wahrheit« sowie in den »Petrusblättern« seit den letzten Wochen den erneuten systematischen Feldzug gegen die christlichen Gewerkschaften gesehen haben, der mit den alten Argumenten augenscheinlich die bevorstehende Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Metz⁵⁷ zwingen will, gegen die christlichen Gewerkschaften Stellung zu nehmen. In der am Samstagabend angekommenen Nummer der Petrusblätter (Nr. 43 vom 25. Juli) finden Sie nun an leitender Stelle den Artikel: »Eine wichtige Aufgabe des Metzger Katholikentages«, in dem wieder ein Anonymus, der sich Dr. Friedhold nennt, ganz offen dieses Ziel aufstellt. Die Tendenz des Artikels ist ganz augenscheinlich, den Katholikentag aufzurufen gegen die deutschen Bischöfe, welche bisher die christlichen Gewerkschaften unbehelligt gelassen haben, in erster Linie also gegen Bischof Schulte und

Kardinal Kopp, welche ja durch ihre Erklärung, die auf dem Essener Gewerkschaftstage verlesen worden ist, versucht haben, den christlichen Gewerkschaften Ruhe zu verschaffen. Die Berliner beziehen sich für dieses konzentrierte Vorgehen selbstredend auf die Enzyklika »Singulari quadam« und verlangen jetzt die »Durchführung« dieser Enzyklika durch den Katholikentag, nachdem in ihren Augen die Bischöfe diese Enzyklika nicht genügend »durchgeführt« haben. Das gibt für den Metzger Katholikentag eine überaus schwierige Situation.

Noch viel peinlicher wird die Lage gegenüber Bischof Schulte und Kardinal Kopp. Ich nehme an, daß Bischof Schulte auch schon längst dieses Treiben bemerkt hat und daß er auch sofort von dem letzten Artikel der Petrusblätter Kenntnis genommen hat. Aber wie gesagt, auf alle Fälle und der Sicherheit halber wollte ich nicht unterlassen, Sie auf diese Dinge aufmerksam zu machen, damit Sie Bischof Schulte aufmerksam machen können und eventuell auch, wenn Sie es für geraten halten, Bischof Döbbing über die Lage informieren können. Wie man aus dieser Schwierigkeit herauskommen soll, weiß ich ehrlich gestanden nicht. Der einzige Gedanke, der mir kommt, ist der, ob vielleicht die Bischöfe ein energisches Wort sprechen, daß die Durchführung der Enzyklika und das richtige Verständnis derselben Sache der Bischöfe sei, nicht aber Sache des Trisoliums Savigny-Fleischer-Oppersdorff, und daß es nicht angemessen sei, daß der Katholikentag in diesen Streit eingreife, nachdem der heilige Vater selbst in der Enzyklika »Singulari quadam« Schluß der Diskussion verlangt habe. Ob dieser Gedanke sich bei näherem Zusehen als brauchbar erweist, wage ich in diesem Augenblick nicht zu entscheiden. Jedenfalls scheint es mir aber, daß die Bischöfe auf die eine oder andere Weise Vorsorge treffen müssen. Würde nicht Bischof Schulte, der sich vor dem Essener Gewerkschaftstage das große Verdienst erworben hat, die Initiative zu ergreifen, auch jetzt der richtige Mann sein, um die gegebenen Schritte in die Wege zu leiten? Sie stehen ja persönlich in einem so guten Vertrauensverhältnis zu ihm, daß Sie es vielleicht wagen dürfen, ihm diese Gedanken nahe zu legen. Ich muß gestehen, daß mich lange nichts so bekümmert hat wie die jetzige Zuspitzung der Lage. Gebe Gott, daß die Bischöfe einen Weg finden, der uns aus diesem Wirrsal herausführt und der es vermeidet, daß es auf dem Metzger Katholikentage zu einem schweren Eklat kommt!⁵⁸

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung verbleibe ich

Ew. Hochwürden ganz ergebenster
Carl Bachem

⁵⁷ Der Katholikentag fand vom 17. bis 21. August 1913 statt.

⁵⁸ Fürst *Alois zu Löwenstein*, Präsident der Generalversammlung, plädierte am 18. August in der ersten öffentlichen Versammlung dafür, den Streit nach der Entscheidung des Papstes endlich beizulegen. »Möge von der 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands gesagt werden, daß sie dem unseligen Gewerkschaftsstreit ein für allemal ein Ende gemacht hat. Das wäre zu dem diamantenen Jubiläum der Generalversammlung die herrlichste Krönung. Und in der Geschichte des deutschen Volkes müßte ihm dann ein Denkmal gesetzt werden: »Dem Frieden von Metz.« (60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Metz, Metz 1913, 177–185; hier: 183). *Löwenstein* hatte *Bachem* gebeten, er möge sein Redekonzept vorher durchsehen und notfalls Korrekturen sowie ergänzende Zusätze anbringen (vgl. *Löwensteins* Brief an *Bachem*, Kleinheubach/Bayern, 14. August 1913, in: HASTK, 1006/314g). Der bei *Brack* angegebene Vorname von *Löwenstein* ist zu korrigieren (*Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a.a.O., 330, Anmerkung 123). *Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg* (1834–1921) trat 1907, nachdem er zum zweiten Mal verwitwet war, in Venlo als *Raymund Maria* in den Dominikanerorden ein. Zur kritischen Rezeption der Ergebnisse und zur Resonanz auf den Verlauf des Metzzer Katholikentags in der Presse seien auswahlweise aus der Fülle der Berichterstattung herausgegriffen: »Der Metzzer Katholikentag. Ist der Gewerkschaftsstreit zu Ende?« In: KZ, Nr. 941 vom 19. August; »Die Heerschau von Metz«, in: NZZ, Nr. 232 vom 22. August; »Nach den Tagen von Metz«, in: Vaterland, Nr. 226 vom 22. August.

Dokument 11

Bachem an Döbbing

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 27. Januar 1914

Dem hochwürdigsten Herrn
Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Nepi bei Rom

Euer Bischöflichen Gnaden

wollen gütigst verzeihen, daß ich es schon wieder wage, mich an Sie zu wenden. Aber die Angelegenheit der *christlichen Gewerkschaften* spitzt sich in den letzten Wochen so zu, daß wir zu einer Katastrophe kommen müssen, wenn es so weiter geht. Die Verwirrung unter den besten Katholiken nimmt einen hohen Grad an, und es ist nicht zu leugnen, daß die Autorität der geistlichen Instanzen schweren Schaden leidet.

Euer Bischöflichen Gnaden wissen, daß trotz der Mahnungen der Enzyklika »*Singulari quadam caritate*«, der Kampf der »Berliner«, also im wesentlichen der Kampf des Gerichtsassessors a. D. Franz von Savigny und des Großgrundbesitzers Graf Hans von Oppersdorff gegen die

christlichen Gewerkschaften keinen Augenblick geruht hat, was dann schließlich die Lage der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie bis zur Unerträglichkeit steigerte. So wurden die christlichen Gewerkschaften zu dem bekannten *Prozeß in Köln* vom 19. bis 23. Dezember 1913³⁹ gegen die katholikenfeindliche »Wartburg« und sozialdemokratischen Blätter getrieben. In diesem Prozeß, in welchem die Führer der christlichen Gewerkschaften durch die gegnerischen Rechtsanwälte in der raffiniertesten Weise vor die schwierigsten Fragen gestellt wurden, ist von deren Seite manches Wort gefallen, was hart und schroff klingt, weil natürlich diese Gewerkschaftsführer, welche als frühere einfache Arbeiter von selbst nicht über die Sicherheit und Gewandtheit eines geschulten Theologen verfügen, gar keine Zeit hatten, ihre Antwort nach Form und Inhalt reiflich zu überlegen. Dazu kamen entstellende Berichte der Presse, welche in kurzer Zusammenfassung und teilweise direkt tendenziöser Zuspitzung jene Äußerungen noch schroffer erscheinen ließen. Das wurde dann von den »Berlinern« zu einer neuen Hetze gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt.

Es ist festzustellen, daß die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften in jenem Prozeß nichts haben sagen wollen und auch, wenn man ihre Worte nicht tendenziös auslegt, nichts gesagt haben wie dieses: daß sie in den rein wirtschaftlichen Angelegenheiten der gewerkschaftlichen Arbeit dieselbe Freiheit in Anspruch nehmen, welche allen andern wirtschaftlichen Organisationen – christlichen Bauernvereinen, Handwerksinnungen, gewerblichen Genossenschaften, Standesvereinen der Akademiker etc. – anstandslos gewährt ist und welche auch die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften in England und Nordamerika unangefochten genießen. Sie haben mit keinem Worte geleugnet, daß sobald Beziehungen religiöser Art, Beziehungen zur Lehre der Kirche eintreten, die Kirche, also Papst und Bischöfe, das Recht haben einzugreifen; daß diese also immer dann eingreifen können, wenn die Gewerkschaften in ihrem gewerkschaftlichen Vorgehen die Grenze des sittlich Erlaubten überschreiten, und daß dann die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften als Katholiken verpflichtet sind, zu gehorchen. Nimmt man die Äußerungen der Gewerkschaftsführer als ganzes, ohne einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang zu reißen, so ist das und nur das der Sinn ihrer Haltung.

Unmittelbar vor diesem Kölner Gewerkschaftsprozesse hatte der hochwürdigste Herr *Erzbischof von Köln* in einer General-Versammlung der Präsidens der katholischen Arbeiter-Vereine am 18. Dezember 1913 sich dahin ausgesprochen, daß gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr

die christlichen Gewerkschaften nicht zu entbehren [seien] und daher »wir die Pflicht haben, unter unsern Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen«⁶⁰.

Danach setzte in des Grafen Oppersdorff Berliner Wochenschrift »Klarheit und Wahrheit« eine überaus heftige Agitation gegen den Herrn Erzbischof von Köln ein. Die Nummer vom 11. Januar 1914 brachte eine ganze Reihe der heftigsten Äußerungen gegen diese Stellungnahme; an ihrer Spitze erschien ein Artikel »von hoher geistlicher Stelle«, welcher in sehr scharfer Sprache auseinandersetzte, der Erzbischof von Köln habe sich in Gegensatz zur Enzyklika »Singulari quadam« gestellt⁶¹.

Nun erscheint in der gestern herausgekommenen Nummer (also vom 25. Januar 1914) von »Klarheit und Wahrheit« ein unterzeichneter Brief Seiner Eminenz des Herrn Kardinal Kopp, in welchem *Kardinal Kopp* von der bekannten Essener Erklärung zurücktritt⁶². Doch der Inhalt dieses Briefes ist eine Sache für sich. In den Kreisen der Zentrumsfraktion hat es ein wahres Entsetzen erregt, daß Kardinal Kopp seinen Brief einem Blatte wie »Klarheit und Wahrheit« zur Veröffentlichung übergeben hat, welches seit seinem ersten Auftreten sich nicht genug darin tun konnte, nicht nur die christlichen Gewerkschaften zu befehlen, sondern auch das Zentrum und fast alle angesehenen Zentrumsführer in der nichtswürdigsten Weise zu bekämpfen. Wichtiger jedoch noch ist folgendes: Unmittelbar nach dem erwähnten Briefe des Herrn Kardinal Kopp folgt ein kurzer Artikel folgenden Wortlautes:

»Schlußwort zum 18. Dezember 1913.

Die »Kölnische Volkszeitung« hat nun die Sprache verloren. Auch wir können jetzt schweigen, nachdem wir genug gesagt haben. Freilich bleibt eine Gefahr bestehen: *Diejenigen Geistlichen, welche sich nach der Weisung vom 18. Dezember vorigen Jahres richten, kommen mit der päpstlichen Enzyklika und so mit ihrem Gewissen in Konflikt.*«

Jedermann erscheint es ganz selbstverständlich, daß dieses »Schlußwort« in direktem Zusammenhang steht mit dem vorangegangenen Briefe des Herrn Kardinal Kopp und ebenfalls von diesem herrührt. Ebenso liegt jetzt der Schluß auf der Hand, daß auch der Artikel »von hoher geistlicher Stelle« in »Klarheit und Wahrheit« vom 11. Januar von Kardinal Kopp herrührt. In der Tat wird mir das heute schon von sehr wohl unterrichteter Seite als feststehend bezeichnet⁶³.

Wir stehen also vor einem offenen Kampfe des Herrn Kardinal Kopp gegen den Herrn Erzbischof von Köln (zugleich dem Herrn Bischof von Paderborn). Was soll daraus werden? Das alles, weil, wie Kardinal Kopp ausführt, der Erzbischof von Köln nach der Enzyklika »Singulari [qua-

dam]« nur das Recht gehabt habe, die christlichen Gewerkschaften zu »dulden«, nicht aber das Recht zu der Aufforderung, sie zu »pflegen und zu fördern«.

Das Schlimmste ist die Art, wie dieser Zwiespalt von »Klarheit und Wahrheit« und den sonstigen »Berlinern« ausgenutzt wird. Offenbar ist der Zweck, den hl. Vater zu zwingen, in der Frage der christlichen Gewerkschaften nochmals das Wort zu ergreifen, indem man hofft, daß dann der hl. Vater die »Duldung« der Enzyklika »Singulari quadam« zurücknehmen und die christlichen Gewerkschaften verurteilen werde.

Darin liegt nun eine große Gefahr. Ich glaube nicht, daß der hl. Vater, nachdem er einmal ausgesprochen hat, daß die christlichen Gewerkschaften geduldet werden könnten, jetzt zu einem Verbote kommen wird, weil einige Führer der christlichen Gewerkschaften in der überaus schwierigen Lage eines gerichtlichen Verhörs ungenügend überlegte, schroff klingende Äußerungen getan haben. Noch weniger würde das wohl geschehen wegen der Stellungnahme des Herrn Erzbischofs von Köln. Denn wenn die christlichen Gewerkschaften vom kirchlichen Standpunkt aus geduldet werden können, und wenn der Erzbischof von Köln aus den Verhältnissen seiner Diözese heraus diese christlichen Gewerkschaften im Kampf gegen die Sozialdemokratie für unentbehrlich hält – welche Meinung mit ihm weitaus die meisten deutschen Bischöfe teilen –, so ist nicht abzusehen, warum er sie nicht auch fördern darf. Wohl aber wäre es möglich, daß von anderer deutscher Seite in Rom jetzt irgendwelche Maßregeln gegen die christlichen Gewerkschaften in Vorschlag gebracht und betrieben werden, daß darüber Verhandlungen stattfinden und dann aus diesen Verhandlungen heraus Mitteilungen nach Deutschland lanciert werden, welche das Verbot der christlichen Gewerkschaften wieder einmal als unmittelbar bevorstehend bezeichnen. Das würde dann natürlich unter den deutschen katholischen Arbeitern sofort wieder eine ungeheuere Aufregung hervorrufen, weil diese dadurch in einer Freiheit sich beschränkt fühlen würden, welche keinem andern Stande vorenthalten wird.

Worauf es – unter Beiseitelassung von allem theoretischen Beiwerk – in der Praxis allein ankommt, ist doch dieses: Müssen die katholischen Arbeiter, wenn sie eine Lohnerhöhung oder eine Verkürzung der Arbeitszeit durch einen Streik durchsetzen wollen, *vorher* bei der kirchlichen Behörde anfragen, ob sie mit diesem Streik in concreto kein Sittengesetz der katholischen Kirche verletzen, oder dürfen sie, wie alle andern Stände, ruhig streiken und abwarten, ob die kirchliche Behörde

bei diesem Streik in concreto findet, daß sie die Grenze des christlichen Sittengesetzes überschritten haben und sie dann zurechtweist? Das erstere wollen die »Berliner«, das letztere die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Wenn die christlichen Gewerkschaften streiken, um eine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen für die Stunde durchzusetzen, so ist das moralisch doch ganz dasselbe, als wenn das Kohlensyndikat den Preis der Kohlen hinaufsetzt, oder der Getreidehandel den Preis des Getreides steigert, oder die christlichen Bauernvereine Maßregeln ergreifen, um die Fleischpreise zu erhöhen. Niemals ist die Kirche dagegen in der Weise eingeschritten, daß sie verlangt hat, daß *vor* jeder derartigen Maßregel ihr Urteil eingeholt werden müsse. In dem Kölner Gewerkschaftsprozess hat der Generalsekretär [Stegerwald] den christlichen Gewerkschaften mitgeteilt: bisher hätten die christlichen Gewerkschaften schon im ganzen mehr wie 10 000 Streiks durchgeführt, seit Erscheinen der Enzyklika »Singulari [quadam]« mehr wie 1 000, und noch niemals sei eine kirchliche Instanz eingeschritten, weil sie die Grenzen des vom katholisch-moralischen Standpunkt aus Zulässigen als überschritten erkannt hätte. Trotzdem wollen die »Berliner« keinen Streik zulassen, wenn nicht *vorher* die geistlichen Leiter der katholischen Fachabteilungen ihr Placet gegeben haben. Was aber unsere katholischen Arbeiter am meisten aufregt, ist dieses: daß *nur in Deutschland* die Bestrebungen im Gange sind, den freien gewerkschaftlichen Betrieb unter direkten Einfluß der katholischen Geistlichkeit zu stellen, während in allen andern konfessionell-gemischten Ländern, in England und Nordamerika, auch in Kanada, die katholischen Arbeiter ganz gleichen Gewerkschaften angehören, ohne im mindesten deshalb behelligt zu werden.

Auch in Deutschland ist ganz Süddeutschland völlig frei von diesem Bestreben⁶⁴. Alle süddeutschen Bischöfe ohne Ausnahme sind nach wie vor einig darin, die christlichen Gewerkschaften zu dulden und ihnen in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit freie Hand zu lassen – solange selbstredend, als sie die Grenze des katholischen Sittengesetzes nicht überschreiten. Auch in Norddeutschland sind alle Bischöfe einig in dieser Haltung mit einziger Ausnahme des Herrn Kardinal-Fürstbischof von Breslau und des Herrn Bischof von Trier. Alle andern Bischöfe sehen ein, daß die Berliner »Fachabteilungen« eine wirksame gewerkschaftliche Organisation nicht sind und niemals werden können, daß sie im Existenz- und Konkurrenzkampf der Arbeiter wirkungslos und darum völlig wertlos sind, und daß es hieße, die katholischen Arbeiter entrechteten, wenn man sie zwingen wollte, ausschließlich der katholischen Fachabteilungen nach dem System der »Berliner« sich zu bedienen.

Und nun wollen sich Euer Bischöflichen Gnaden vorstellen, wie es auf unsere armen katholischen Arbeiter wirkt, wenn jetzt vor der Öffentlichkeit zwischen Kardinal Kopp und Erzbischof von Hartmann ein Streit geführt wird, weil Erzbischof von Hartmann die christlichen Gewerkschaften nicht nur dulden, sondern auch gepflegt und gefördert wissen will? Wie auch soll dieser Streit auf alle Geistlichen und Laien wirken, welche direkt oder indirekt an der Sache interessiert sind? Soll die Kirche denn wirklich gezwungen werden, ein heute in unsern Verhältnissen völlig unmögliches klerikal-autoritäres System in rein wirtschaftlichen Dingen sich aufdrängen zu lassen, und die aufstrebende Arbeiterklasse dadurch ohne jede Not heillos abzustoßen? Das ist die Tendenz des Kampfes, den die »Berliner« führen und in den Kardinal Kopp jetzt offen eingetreten ist. Wenn wir in dem Kampf gegen Sozialdemokratie und atheistischen Laienstaat die katholischen Arbeiter verlieren, ist für den deutschen Katholizismus die Aussicht auf dauernde Erhaltung seiner Stellung aufs schwerste geschädigt.

Kann denn von Rom aus nichts geschehen, damit diese unseligen »Berliner« Treibereien endlich zur Ruhe gebracht werden? Von Tag zu Tag verschlechtert sich unsere Lage gegenüber der Sozialdemokratie. Alle Kräfte und alle Mittel müssen aufgeboten werden, um ihr Widerstand zu leisten! Die »Berliner« aber kennen kein Sinnen und Trachten als die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften, um für ihre unbrauchbaren »katholischen Fachabteilungen« das unbestrittene kirchliche Monopolrecht zu erzwingen. Sie machen sich gar keinen Begriff von dem Unmut, der Verärgerung und dem Pessimismus unter den Katholiken, welcher sich infolge der unablässigen »Berliner« Treibereien entwickelt hat. Und jetzt kommt noch das hinzu! Sollen wir denn nie mehr Ruhe bekommen für fruchtbare positive und praktische katholische Arbeit? Täglich beten wir zum hl. Geist, daß er diese Prüfung abkürzen möge. Euer Bischöflichen Gnaden aber flehe ich auf das inständigste an, doch zu tun, was in Ihren Kräften steht, damit diese »Berliner« Treibereien wenigstens nicht weiterhin in dieser oder jener Weise von Rom aus ermutigt und gestützt werden.

Mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung und Ehrerbietung habe ich die Ehre zu zeichnen als

Euer Bischöflichen Gnaden
ehrfurchtsvollst ergebener
Carl Bachem

[PS:]

Die beiden Nummern 2 und 4 von »Klarheit und Wahrheit« erlaube ich mir, gleichzeitig als Drucksachen Euer Bischöflichen Gnaden zu übersenden.

⁵⁹ Hier irrt *Carl Bachem* im Datum. Der Prozeß fand in Köln bzw. Paderborn statt, und zwar am 18., 19., 20. und 22. Dezember 1913 (vgl. die gedruckten Prozeßakten: Der Kölner Gewerkschaftsprozesse. Die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften in gerichtlicher Beleuchtung, Köln 1914, 3). Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften hatte gegen elf Zeitungsredakteure Beleidigungsklage erhoben. In der liberalen und sozialdemokratischen Presse sowie in der vom protestantischen Pfarrer *Mix* redigierten Zeitschrift »Die Wartburg« (Leipzig), ermuntert durch integralistische Presseberichte, war behauptet worden, die christlichen Gewerkschaften hätten sich dem Episkopat unterworfen und würden seinen Weisungen fortan unbedingten Gehorsam leisten. Wegen unrichtiger Behauptungen in allen Punkten verurteilte das Kölner Gericht die angeklagten Redakteure zu Geldstrafen. Zum Ganzen siehe etwa: KV, Nr. 16 vom 6. Januar 1914 und Nr. 50 vom 17. Januar 1914.

⁶⁰ Dazu siehe: »Der Kölner Erzbischof über die Gewerkschaftsfrage«, in: *Germania*, Nr. 589 vom 20. Dezember 1913. Gegenüber Falschmeldungen in der Presse bezüglich seiner Rede vom 18. Dezember 1913 verdeutlichte Erzbischof *Hartmann* seinen Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage im Schreiben vom 1. Januar 1914 an den Diözesanpräses der Arbeiter- und Knappenvereine des Erzbistums Köln, *Otto Müller* (Abdruck, in: KV, Nr. 4 vom 2. Januar 1914). Fürstbischof *Kopp* hielt *Hartmanns* Äußerungen vom 18. Dezember für einen »Fehlgriff«, die nicht nur beim Vatikan, sondern auch bei den Deutschen und anderwärts beträchtliche Aufregung verursacht hätten: »Ich bedauere«, schrieb er nach Rom, »das ungeschickte Vorgehen in Köln lebhaft; man konnte dasselbe in völlig einwandfreier Weise sagen. Leider hat dieser Vorfall dem Herrn Kardinalstaatssekretär Veranlassung gegeben, an mich Zumutungen zu stellen, die den Draht zwischen uns wohl auf längere Zeit zerrissen haben« (*Kopp* an *Mühlberg*, Breslau, 25. Januar 1914, in: AA, Vatikan 1053). Im selben Brief erwähnte *Kopp* seine Stellungnahme in Nr. 4 (1914) von »Klarheit und Wahrheit«, weil er sich hätte öffentlich verteidigen müssen.

⁶¹ In diesem Beitrag setzte sich der Verfasser mit dem Schreiben *Hartmanns* an den Diözesanpräses Dr. *Otto Müller* vom 1. Januar kritisch auseinander (Klarheit und Wahrheit, Nr. 2 vom 11. Januar 1914).

⁶² Der Brief Kardinal *Kopps* an Graf *Oppersdorff* hatte eine große Erregung in Zentrumskreisen, im deutschen Episkopat und unter den Anhängern der christlichen Gewerkschaften hervorgerufen, außerdem eine rege diplomatische Aktivität ausgelöst. Der Reichsregierung war sehr daran gelegen zu verhindern, daß der Vatikan Stellung für *Kopp* bezog, und sie wies ihren Gesandten beim Päpstlichen Stuhl telegrafisch an, gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen umgehend vorzuschlagen (*Bethmann-Hollweg* an *Mühlberg*, Berlin, 30. Januar 1914, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 2). *Mühlberg* konnte noch am selben Tag in seinem telegrafischen Bericht den Reichskanzler beruhigen. In einem Gespräch über den *Kopp*-Brief hatte er vom Kardinalstaatssekretär *Merry del Val* erfahren, »daß die Kurie für den Augenblick nicht beabsichtige, nach irgendeiner Seite hin einzugreifen. Sie wolle vorläufig abwarten und den Beteiligten die Austragung der Differenz überlassen ... Insbesondere schien dem Kardinalstaatssekretär die Verbindung *Kopps* mit *Oppersdorff* unsympathisch, und er bedauerte die unangenehme Situation, in die das Vorgehen *Kopps* die Bischöfe und vor allem *Hartmann* versetze. Wie immer die sachliche Stellung der Kurie zu der Gewerkschaftsfrage sein mag, aus den Unterhaltungen mit *Merry del Val* und mit dem die Materie bearbeitenden Unterstaatssekretär *Pacelli* darf ich feststellen, daß die Kurie den *Kopp*-Brief nicht inspiriert hat,

sondern im Gegenteil wünscht, neues Ärgernis in der Gewerkschaftsfrage zu vermeiden. Als mitbestimmendes Motiv für die friedsame Stimmung kann der Wunsch gelten, dem schonungsbedürftigen Papst neue Sorgen zu ersparen« (*Mühlberg an Bethmann-Hollweg*, Rom, 30. Januar 1914, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 2). Beachte ebenfalls den Schriftwechsel zwischen dem preußischen Kultusminister *Trott zu Solz* und Kardinal *Kopp* im Anschluß an des letzteren Brief vom 21. Januar 1914 an *Graf Oppersdorff: Trott zu Solz* an *Kopp*, Berlin, 31. Januar 1914; *Kopp an Trott zu Solz*, Breslau, 1. Februar 1914; Abschriften, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 2. Zu *Kopps* Rechtfertigung vgl. Dokumentation, Anmerkung 60.

⁶³ Aufschlußreich für diese Feststellung ist die Aktennotiz *Bachems* vom 23. Januar 1914, die er im Anschluß an eine Besprechung mit dem schlesischen Zentrumspolitiker Konsistorialrat *Felix Porsch* am 18. Januar 1914 vorgenommen hat (HASTK, 1006/328).

⁶⁴ Dazu siehe jetzt: *Hans-Michael Körner*, Staat und Kirche in Bayern 1866–1918, Mainz 1977, 185–195; *Hans Dieter Denk*, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980.

Dokument 12

Bachem an Döbbing

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 29. Januar 1914

Seiner bischöflichen Gnaden,
dem hochwürdigsten Herrn Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Nepi bei Rom

Euerer bischöflichen Gnaden

habe ich mir erlaubt, unter dem vorgestrigen Datum eine längere Auseinandersetzung zu den neuen Ereignissen in Sachen der Gewerkschaftsfrage ehrerbietigst zu unterbreiten, indem ich die Nummern 2 und 4 der *Oppersdorff'schen Zeitschrift »Klarheit und Wahrheit«* beifügte.

Ich darf nicht verfehlen, gleichzeitig mit diesem Briefe Euer bischöflichen Gnaden eine Reihe von Nummern der *Kölnischen Volkszeitung* (Nr. 75, 79, 81, 84) zu übersenden, welche Material zu dieser Sache enthalten und Ihnen ein Bild geben werden über die außerordentliche Schwierigkeit der Lage, in die wir hineingebracht worden sind⁶⁵.

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen als Euer bischöflichen Gnaden

ehrfurchtsvollst ergebener
Carl Bachem

⁶⁵ Es handelt sich hierbei vor allem um folgende Artikel: »Kardinal Kopp zur Gewerkschaftsfrage«, in: KV, Nr. 75 vom 26. Januar 1914; »Ein Wort über Achtung vor der

kirchlichen Autorität«, in: ebenda, Nr. 79 vom 27. Januar (in beiden Beiträgen – sie stammen, wie das Korrespondenzenzeichen ausweist, von *Franz Xaver Bachem*, dem Bruder von *Carl Bachem* – geht es um kritische Auseinandersetzungen mit dem Brief *Kopps* an *Oppersdorff* vom 21. Januar 1914); *Karl Hoeber*, Klarheit und Wahrheit!, in: ebenda, Nr. 81 vom 28. Januar (in diesem Aufsatz wendet sich der Schreiber gegen die in den integralen Blättern gegen die »Kölner Richtung« betriebene Pressehetze); »Zur Gewerkschaftsfrage«, in: ebenda, Nr. 84 vom 29. Januar (dieser Artikel – er ist laut Korrespondenzenzeichen wieder von *Franz Xaver Bachem* – stellt eine Pressemitteilung der KZ richtig, die sich ebenfalls auf den erwähnten Brief von Kardinal *Kopp* bezogen hat). Zur Vorgeschichte des *Kopp*-Briefes siehe den »ganz vertraulichen« telegrafischen Bericht des preußischen Gesandten beim Vatikan: *Müblberg* an das AA, Rom, 17. Februar 1914 (AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 3); vgl. auch: *Lerchenfeld* an *Hertling*, Berlin, 30. Januar 1914, in: Briefwechsel Hertling - Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, I, hrsg. und eingeleitet von *Ernst Deuerlein*, Boppard 1973, 269–272.

Dokument 13

Bachem an *Döbbing*

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 31. Januar 1914

Seiner bischöflichen Gnaden,
dem hochwürdigsten Herrn Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Nepi bei Rom

Euerer bischöflichen Gnaden

beehre ich mich, den Empfang Ihrer sehr freundlichen Karte aus Sutri ehrerbietigst zu bestätigen⁶⁶. Die deutschen Katholiken werden Ihnen für alles im höchsten Maße dankbar sein, was Sie in dieser schweren Krisis für sie tun.

Die »Berliner« sind allmählich in eine Verfassung gekommen, in welcher sie zu jeder Tollheit fähig sind. Einer ihrer Führer, der bekannte Pfarrer Beyer aus Berlin-Groß-Lichterfelde, derselbe, welcher in der Angelegenheit der Pfingsttelegramme des Herrn Kardinal-Staatssekretärs die bekannte Rolle spielte⁶⁷, hat als Religionslehrer am Gymnasium zu Groß-Lichterfelde vor noch nicht 14 Tagen seinen jugendlichen Schülern unter anderem folgendes wörtlich vorgetragen: »In Deutschland bereitet sich ein Abfall von der katholischen Kirche so groß vor, wie er noch nie gewesen ist, gegen den die Reformation des 16. Jahrhunderts das reine Kinderspiel war. Fast das ganze katholische Deutschland will dem Papste

nicht mehr gehorchen und sich von Rom losreißen. Das zeigt sich klar in der Frage der christlichen Gewerkschaften.«⁶⁸ In dieser Art ging es dann noch weiter, [so] daß die Schüler entsetzt zu ihren Eltern kamen und frugen, ob denn das wahr sei. In demselben Sinne haben die »Berliner« ja auch früher schon an den verschiedensten Stellen Aufregung zu verursachen und für ihre Bestrebungen Nutzen herauszuschlagen versucht. Das rücksichtslose und gehässige Vorgehen von »Klarheit und Wahrheit« soll ebenso motiviert werden mit der ungeheuren religiösen Gefahr in Deutschland, mit dem furchtbaren Abgrunde, vor dem der deutsche Katholizismus stehen soll.

Es ist ohne weiteres zu vermuten, daß die »Berliner« in demselben Stile auch jetzt wieder Berichte nach Rom schicken oder geschickt haben und dort aus Anlaß des Kölner Gewerkschaftsprozesses und der Stellungnahme des Herrn Erzbischofs von Köln gegen die christlichen Gewerkschaften weiter wühlen. Herr Geheimrat Porsch zeigte mit einem Brief des Herrn Kardinal Kopp an ihn, der folgenden Passus enthält: »Eine recht unangenehme Folge hat für mich der eben beendigte – oder vielmehr noch nicht beendete Gewerkschaftsprozeß. Die Zeugenaussagen wie auch die scharfen Äußerungen von Stegerwald u. a. haben *in Rom* große Aufregung verursacht. *Mir wird aufgegeben*, mich zu den 5 Erläuterungen des Bischofs Schulte öffentlich zu äußern und sie zurückzunehmen, d. h. meine Zustimmung.«⁶⁹ Nach dem Wortlaut dieser Stelle wäre zu schließen, daß vielleicht auf Berichte der »Berliner« hin, Kardinal Kopp von seiten des Herrn Kardinal-Staatssekretärs aufgefordert worden wäre zu seiner Veröffentlichung in »Klarheit und Wahrheit« gegen Herrn Bischof Schulte von Paderborn. Ob das richtig ist, muß ich dahingestellt sein lassen. Es wäre ja auch möglich, daß die Worte »Mir wird aufgegeben« nicht auf eine Instanz in Rom zu beziehen wären, welche ihm solches »aufgegeben« habe, sondern auf eine andere Instanz, obwohl es schwer zu erkennen wäre, welche andere Instanz in der Lage hätte sein können, dem Herrn Kardinal Kopp etwas »aufzugeben«.

Seit Jahren liegt die größte Schwierigkeit unserer Situation in der Haltung des Herrn Kardinal Kopp, der sich Porsch und anderen gegenüber als ein, wenn auch nur relativer Freund und Beschützer der christlichen Gewerkschaften aufspielte und nach der anderen Richtung hin wieder die »Berliner« nicht nur in »Klarheit und Wahrheit« und im »Katholischen Deutschland« frei handeln ließ, sondern auch direkt ermutigte. Was schon lange allen Eingeweihten klar war, ist jetzt der ganz großen deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden: daß die Treibereien von »Klarheit und Wahrheit« mit ihren boshaften, hinterlistigen und ewig

verleumderischen Angriffen auf das Zentrum, auf Geheimrat Porsch, auf Präsident Spahn⁷⁰, auf die »Bachemiten« usw. nur möglich waren, weil Kardinal Kopp ihnen nicht nur »Duldung«, sondern auch »Pflege und Förderung« angedeihen ließ. Kardinal Kopp's so oft unklare und zweideutige Haltung ist Schuld daran, daß wir weder innerhalb der Zentrumspar-
tei noch innerhalb des deutschen Katholizismus zur Ruhe und zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung kommen⁷¹. Seine schwere Gereiztheit gegen den Herrn Erzbischof von Köln ist wohl nur daraus zu erklären, daß in den Gewerkschaftsfragen der Herr Erzbischof von Köln sich seinen Direktiven entzogen und sich erlaubt hat, eine selbständige Haltung einzunehmen, wie sie ihm sein katholisches Gewissen und die Verhältnisse seiner Diözese auferlegten. Seine Gereiztheit gegen den Herrn Bischof von Paderborn kommt ebenso wohl nur daher, daß der Herr Bischof von Paderborn mehrfach in Sachen der Gewerkschaft sich erlaubt hat, durch eigene Initiative dem Herrn Kardinal Kopp vorzugreifen. Bischof Schulte von Paderborn und Erzbischof von Hartmann von Köln stehen persönlich auf einem sehr guten Fuße miteinander und in einem vortrefflichen gegenseitigen Vertrauensverhältnis. So kommt es, daß die Katholiken des Westens wie früher in Kardinal Fischer, so jetzt in Erzbischof von Hartmann und Bischof Schulte für das öffentliche Leben ihre geistigen Führer sehen und nicht in Kardinal Kopp. Das ist ohne Zweifel die psychologische Erklärung für so manche Schritte des Herrn Kardinal Kopp, welche in den jüngsten Jahren bei denjenigen, welche sie erfuhren, Aufsehen erregt haben. Nunmehr ist durch die Publikation des Herrn Kardinal in »Klarheit und Wahrheit« dieser Gegensatz vor aller Welt, leider auch sogar vor allen Feinden der katholischen Kirche offenbar geworden.

Es tut mir in der Seele weh, daß ich Ihnen diese Schilderung senden muß, umso mehr, als ich zu denjenigen gehöre, welche aus eigener Beobachtung hier in Berlin die überaus großen Verdienste zu würdigen verstehe, welche Kardinal Kopp durch seine langjährigen Bemühungen für die katholische Sache sich erworben hat. Aber ich muß fürchten, daß Rom, wenn es in diesen Dingen nicht klar sieht, falsche Schritte tun und nicht in der Lage sein wird, die richtigen Mittel zu ergreifen, um heilend auf diese unseligen Verhältnisse einzuwirken. Wir müssen endlich aus der unheilvollen Situation der letzten zehn Jahre heraus. Sonst sind wir rettungslos verloren. Die christlichen Gewerkschaften gehen zurück, der Volksverein für das katholische Deutschland kommt nur mehr langsam und in den östlichen Diözesen gar nicht mehr voran. Das Vertrauen zum Zentrum ist in der fühlbarsten Weise durch die ewigen Verleumdungen der »Berliner«

untergraben. Wir erleiden einen Rückgang und einen Verlust nach dem anderen. Im Reichstage sind die Parteien der Rechten schon in die Minderheit gedrängt⁷². Wenn die Mehrheit der Linken bei der nächsten Reichstagswahl sich vergrößert, ist kein Halten mehr: Dann werden wir unfehlbar auf die Bahn gedrängt, welche die französische Gesetzgebung gegangen ist, wenn es bei uns auch vielleicht etwas langsamer gehen würde wie in Frankreich. Aller Schwung, alle Begeisterung in den katholischen Angelegenheiten wie in dem politischen Arbeiten der Zentrumspartei ist gedämpft und gedrückt. Die alten Führer sind müde und mißmutig über die Maßen und in Deutschland ist niemand, der diesem Unheil steuern könnte. So hoffen die deutschen Katholiken, daß endlich von Rom aus Wandel geschaffen werde. Das kann nur geschehen, wenn, wie die Enzyklika »Singulari quadam« es schon getan hat, klar und bestimmt daran festgehalten wird, daß die christlichen Gewerkschaften ein Recht haben zu existieren und vom kirchlichen Standpunkt aus an sich nicht beanstandet werden können, und wenn nun mit voller Entschiedenheit diejenigen, welche trotzdem noch immer die christlichen Gewerkschaften angreifen, zur Ruhe verwiesen werden. Man muß doch in Rom Verständnis haben für die furchtbare Erregung und Erbitterung in unseren katholischen Arbeiterkreisen, welche ebenso ein Recht auf Verbesserung ihrer Lage haben wie alle anderen Stände und welche allein von allen Ständen in der Verfolgung dieses Rechtes beeinträchtigt werden. Weder die Bauern noch die Handwerker, noch die Gewerbetreibenden, noch die Rechtsanwälte, noch die Ärzte, noch die Beamten, noch sonst irgend ein Stand findet die geringste Hinderung, wenn er in interkonfessionellen wirtschaftlichen Vereinigungen die materielle Hebung seines Standes erstrebt. Nur und ausschließlich gerade der unterste und gedrückteste Stand, der aber heute kräftig und gesund in die Höhe strebt, der Stand der industriellen Arbeiter, sieht, daß ihm von der bekannten katholischen Seite dauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, wenn er dasselbe tut wie alle anderen Stände⁷³. Die Gereiztheit der Führer der christlichen Gewerkschaften hat dadurch einen steigend hohen Grad erreicht, so daß es doch menschlich verständlich ist, wenn sie sich hier und da scharf und schroff ausdrücken. Doch darauf nehmen die »Berliner« nicht die mindeste Rücksicht. Oft hat es direkt den Anschein, als ob die katholischen Gewerkschaftsführer systematisch so gereizt werden sollten, daß sie sich zu unbedachten und unklugen Worten und Handlungen fortreißen lassen, um sie dann besser in Rom verklagen zu können. In diesem Wirrnis kann wie gesagt nur Ruhe und Klarheit kommen, wenn der hl. Stuhl an der durch die Enzyklika »Singulari quadam« ausgespro-

chenen Duldung der christlichen Gewerkschaften unentwegt festhält und den »Berlinern« jede Hoffnung nimmt, daß er sich noch zu einer Verwerfung derselben bestimmen lassen könne.

Ich wage es, alle diese Gedanken vertrauensvoll Eurer bischöflichen Gnaden zu unterbreiten, indem ich mich der Hoffnung hingeben darf, daß Sie es nicht ablehnen wollen, sie zu prüfen und gegebenenfalls das Ihrige dazu beitragen werden, eine Besserung in diesen Verhältnissen anzubahnen.

Ich erlaube mir, gleichzeitig als Drucksachen wiederum die neuesten Zeitungen zur Orientierung Eurer bischöflichen Gnaden anzufügen⁶⁶.

Mit dem Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen als Eurer bischöflichen Gnaden ehrfurchtsvollst ergebener

Carl Bachem

⁶⁶ Am 30. Januar erhielt *Bachem* den kurzen handschriftlichen Kartengruß: »Dank, Gruß und Mut! Spreche, wo ich kann, in Ihrem Sinn, den ich ganz entschieden billige« (HASTK, 1006/981).

⁶⁷ Ein informativer Überblick über diese Vorgänge bei: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a.a.O., 258–276.

⁶⁸ *Carl Bachem* hatte das vom Geheimen Oberregierungsrat *Albert Tilmann* erfahren. Das im Brief angeführte Zitat findet sich in der Aktennotiz *Bachems* vom 30. Januar 1914 (HASTK, 1006/328).

⁶⁹ *Kopp* an *Porsch*, Breslau, 20. Januar 1914; Abschrift, in: HASTK, 1006/328. In diesem Brief hieß es weiter: »Ich kann nun kein andres Blatt für die Aufnahme einer solchen Auseinandersetzung finden als ›Klarheit und Wahrheit‹. Ich will mich nicht von andren abweisen lassen« (siehe die rechtfertigenden Erklärungen des Fürstbischofs für sein Verhalten in dieser Sache: *Kopp* an *Trott zu Solz*, Breslau, 1. Februar 1914; Abschrift, in: AA, Vatikan Bd. 310; außerdem: *Kopp* an *Mühlberg*, Troppau, 5. Februar 1914, in: AA, Vatikan 1053). Im Antwortschreiben bemerkte der Geheimrat: »Die ›Schlesische Volkszeitung‹ wird ebenso wie die ›Germania‹ zweifellos jede von Ew. Eminenz gezeichnete Erklärung veröffentlichen. Sie einem Mann wie Graf Oppersdorff für sein Blatt, das im ganzen katholischen Deutschland andauernd die größte Entrüstung steigend hervorruft, zu überlassen, davon kann ich nur ebenso ehrerbietig wie dringendst abraten. Das halte ich für vollständig unmöglich. Denn das würde eine Situation schaffen, deren Folgen für die katholische Sache nicht abzusehen sind. Es könnte das nur als Sanktionierung der Bestrebungen der Herren Graf Oppersdorff, Nieborowsky und Genossen aufgefaßt werden« (*Porsch* an *Kopp*, 21. Januar 1914; Abschrift, in: HASTK, 1006/328).

⁷⁰ *Peter Spahn* (* 22. Mai 1846 Winkel/Rheingau, † 1. September 1925 Bad Wildungen), von 1882 bis 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, von 1884 bis 1917 Mitglied des Reichstags, von 1912 bis 1917 erster Vorsitzender des Zentrums, von August 1917 bis November 1918 preußischer Justizminister; 1919 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und von 1920 bis 1925 des Reichstags; 1905 war er Oberlandesgerichtspräsident in Kiel und von 1910 bis 1917 in Frankfurt.

⁷¹ Im Konzept hatte *Bachem* wiederholt Passagen gestrichen, die Kardinal *Kopp* zu stark negativ zeichneten. Eine sei hier zitiert, da sie Auskünfte gibt über die angeblichen Beweggründe des Fürstbischofs: »Die Motive für seine Haltung liegen für den Einge-

weichten auf der Hand: er will im deutschen Katholizismus nichts dulden, was nicht durch seine Hand geht. Er will keine selbständige Zentrumsparterie, keine selbständigen christlichen Gewerkschaften, keinen selbständigen Volksverein für das katholische Deutschland, auch keine selbständigen Bischöfe, die sich seinem Einfluß entziehen. Alle sollen lediglich nur so vorgehen, wie er es für richtig hält, anerkennt und je nachdem aufoktroiert« (HASTK, 1006/981).

⁷² Nach dem ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts stagnierte die Zentrumswählerschaft. Bei der Reichstagswahl 1912 verlor das Zentrum, wohl auch wegen der internen Querelen, etwa 183000 Wähler, was neben anderen Gründen die Parteiführung zwang, die Organisation auf Reichsebene zu straffen. In einem eigenhändigen Schreiben des Reichskanzlers *Bethmann-Hollweg* vom 16. Februar 1914 nach Rom wurde der Gesandte von *Mühlberg* angewiesen, dem Kardinalstaatssekretär mitzuteilen, »daß wir eine Zertrümmerung der christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen zulassen können. Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß die Kurie in bezug auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit uns übereinstimmt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die christlichen Gewerkschaften die wirksamste Waffe gegenüber der sozialdemokratischen Organisation bilden. Die Kurie sollte einsehen, daß sie deshalb an dem ruhigen Fortbestehen und Erstarken der christlichen Gewerkschaften das gleiche Interesse hat wie der Staat. Euere Exzellenz wollen hinzufügen, die immer wiederkehrende Beunruhigung der christlichen Gewerkschaften hätte bereits großen Schaden angerichtet und die staatsert haltenden Elemente in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie ernstlich geschwächt. Genaue Kenner der Verhältnisse wären überzeugt, daß ohne den Gewerkschaftsstreit die letzten Reichstagswahlen wesentlich anders ausgefallen sein würden. Die Kurie könne sich dem Ernst der Lage nicht verschließen. Sie müsse einsehen, daß der Kampf gegen die Feinde, die nicht nur den Staat, sondern auch den Glauben bedrohen, nur dann siegreich durchgeführt werden könne, wenn alle christlichen Elemente sich zusammenschließen, um dem gemeinsamen Feinde mit vereinter Kraft entgegenzutreten« (AA, Vatikan Bd. 311). Zu den Wahlen von 1912: *Jürgen Bertram*, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964.

⁷³ *Bachem* hat folgenden Abschnitt im Konzept wieder gestrichen: »Gerade von dem jetzigen hl. Vater, der aus ganz kleinen bürgerlichen Verhältnissen hervorgegangen ist, haben die katholischen deutschen Arbeiter ein Mitgefühl für ihre Lage und Förderung in ihren gerechten Bestrebungen erwartet. Und nun trifft man überall bei den Arbeitern auf ein Gefühl des Befremdens, daß dieser Papst sie und ihre Bestrebungen weit weniger verteidigt und fördert wie Papst Leo XIII.. Man kann unmöglich allen Arbeitern entgegen, daß so manches, was geschehen ist, auf Verleumdungen und die gehässigen Berichte der ›Berliner‹ zurückzuführen sein dürfte. Man hat somit aber auch kein Mittel, der Schädigung des Ansehens des Römischen Stuhles und der Person des gegenwärtigen hl. Vaters entgegenzutreten, so sehr auch alle guten Katholiken aus dem tiefsten Grunde ihres Herzens bestrebt sind, soweit es irgend geht, solche Schädigungen ferne zu halten« (HASTK, 1006/981).

⁷⁴ Die Nummern 84 bis 90 der »Kölnischen Volkszeitung« ließ *Bachem* Bischof *Döbbing* zuschicken. Hier sei nur verwiesen auf den Artikel »Über die bekannte Interpretation der päpstlichen Enzyklika ›Singulari quadam‹«, der sich mit der Deutung des päpstlichen Schreibens durch Bischof *Schulte* von Paderborn auf der Generalversammlung in Essen 1912 beschäftigt und der Rolle, die Kardinal *Kopp* dabei gespielt hat (KV, Nr. 88 vom 30. Januar 1914).

Dokument 14

Bachem an Döbbing

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 3. Februar 1914

Sr. bischöflichen Gnaden,
dem hochwürdigsten Herrn Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Nepi bei Rom

Euerer bischöflichen Gnaden

darf ich nicht verfehlen, auch die jüngste Nummer von »Klarheit und Wahrheit«, Nr. 5 vom 1. Februar 1914, in der Anlage zuzusenden⁷⁵. Euere bischöfliche Gnaden ersehen aus der Heftigkeit der Sprache und der Zügellosigkeit der Angriffe gegen den Herrn Erzbischof von Köln und den Herrn Bischof von Paderborn, was die »Berliner« im gegenwärtigen Augenblick wünschen und hoffen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen als

Euerer bischöflichen Gnaden
ehrfurchtsvollst ergebener
Carl Bachem

⁷⁵ In dieser Ausgabe widmete sich das Wochenblatt schwerpunktmäßig wieder der Erklärung *Kopps* vom 21. Januar 1914 und verteidigte die Haltung des Kardinals gegen die Vorwürfe des späteren »Umfallens«, wie sie ihm vom gegnerischen Lager gemacht wurden. So findet sich etwa folgender Passus: »Die ›Kölnische Volkszeitung‹ (in ihrer Nr. 79 vom 27. Januar) hat erneut die Frechheit, von dem uns von hoher geistlicher Stelle zugegangenen und in Nr. 2 von ›Klarheit und Wahrheit‹ veröffentlichten Artikel als von einem ›unerhörten Angriff‹ zu faseln, der gegen den Herrn Erzbischof von Köln erfolgt sein soll. Demgegenüber stellen wir einfach fest: Der Artikel in Nr. 2 von ›Klarheit und Wahrheit‹ enthält nicht ein einziges unsachliches Wort und beschränkt sich in strengster Form auf die Feststellung objektiv gegebener Tatbestände. Wer das Gegenteil behauptet, lügt; lügt bewußt zu bestimmten taktischen Zwecken, also schamlos« (Klarheit und Wahrheit, Nr. 5 vom 1. Februar 1914, 46).

Bachem an Döbbing

Eigenhändiger Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 4. Februar 1914

Euer Bischöflichen Gnaden

erlaube ich mir gleichzeitig noch, die Nr. 100 der Kölnischen Volkszeitung vom 3. Februar zu übersenden. Sie enthält eine Erklärung des Herrn Kardinal Kopp, durch welche dessen Angriff gegen den Herrn Bischof Schulte von Paderborn in »Klarheit und Wahrheit« ausgeräumt wird⁷⁶. Damit wäre dann dieser Punkt glücklich erledigt. Es bleibt aber noch der Umstand, daß Herr Kardinal Kopp gerade das Organ des Grafen Oppersdorff für seine Veröffentlichung benutzte, und es bleiben vor allem die Angriffe des Grafen Oppersdorff in seinem Organ gegen den Herrn Erzbischof von Köln.

Ich erspare es Euer Bischöflichen Gnaden, Ihnen die Bemerkungen der kirchenfeindlichen Blätter zu senden über diese Vorgänge. Sie sind so, daß ein Katholik, welcher seine Kirche liebt, sie nur mit dem höchsten Widerwillen lesen kann. Die Veröffentlichung des Herrn Kardinal Kopp war wie eine wahre Sprengbombe eingeschlagen. Aber mehr noch wie ihr Inhalt wirkte bei den Gegnern eben der Umstand, daß sie in einem Blatt erschien, welches seit seinem Entstehen unausgesetzt mit wahrhaft diabolischem Hasse dem Zentrum und der von ihm sogenannten »Kölner Richtung« Ungelegenheiten zu bereiten bestrebt war, indem es sich als den allein zuverlässigen Interpreten der Intentionen Sr. Heiligkeit aufspielte und schonungslos alles herunterriß, was sich nicht seinen Diktaten fügte. Dieses Blatt ist jetzt durch den Herrn Kardinal Kopp gewissermaßen legitimiert worden und kann sich als sein Vertrauensorgan bezeichnen.

Was die Angriffe auf den Herrn Erzbischof von Köln angeht, so werden sie kaum auf die Dauer auf sich beruhen gelassen werden können. Es ist doch ein unhaltbarer Zustand, daß der Herr Erzbischof von Köln die christlichen Gewerkschaften, welche er nach der Enzyklika »Singulari quadam« zu dulden befugt ist, nicht auch soll fördern dürfen, wenn er sie aus den Verhältnissen seiner Diözese heraus zum Kampfe für die Sozialdemokratie für unentbehrlich erachtet. Sie sind ja auch tatsächlich ganz unentbehrlich, wenn man die katholischen Arbeiter von den sozialdemokratischen Gewerkschaften fernhalten will. Die »katholischen Fachabteilungen« von »Sitz Berlin« stehen eben fast nur auf dem Papier. Sie haben

praktisch kein Leben und sind für die Vertretung der Standesinteressen der Arbeiter völlig unbrauchbar. Nur durch künstliche Mittel sind sie äußerlich am Leben zu erhalten. Sie sind gar keine wirkliche gewerkschaftliche Organisation, sie sind in allen gewerkschaftlichen Streitigkeiten einfach aktionsunfähig. Wollte man die katholischen Arbeiter in sie hineinzwingen, so kommt das einer offenbaren Entrechtung gegenüber allen andern Ständen gleich. Die katholischen Arbeiter haben also in der Praxis nur die Wahl zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben aber vor den christlichen einen solchen Vorsprung, daß, wenn nicht alles mögliche geschieht, um die christlichen zu fördern, das Übergewicht der sozialdemokratischen Gewerkschaften niemals wird gebrochen werden können. Das gilt ebenso gegenüber den wirtschaftlich-revolutionären wie gegenüber den kirchenfeindlich-atheistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Wäre es denn gar nicht zu erreichen, daß man in dieser praktischen Frage seitens des hl. Stuhles den deutschen Bischöfen einfach freie Hand läßt? Dann wäre die ganze »Quertreiberei« gar bald zu Ende; denn sämtliche deutsche Bischöfe sind einig mit alleiniger Ausnahme des Herrn Kardinal Kopp und des Herrn Bischof Korum. Sie alle sehen ein, daß die »Berliner«-Organisation ein wahres Nichts ist, das dem katholischen Arbeiter eine gewerkschaftliche Organisation vortäuscht, ohne ihm den mindesten reellen Nutzen zu bringen. Ohne scharfen kirchlichen Druck wird es niemals gelingen, den Berliner »Fachabteilungen« Mitglieder zuzuführen. Die christlichen Gewerkschaften wären ganz allein vorangekommen, wenn man sie in Ruhe gelassen hätte. Jetzt, nachdem man sie seit 12 Jahren in der verbohrtesten Weise bekämpft und gehindert hat, wird es allerdings nicht mehr ohne einen besonderen Anstoß gehen, wenn sie wieder vorankommen sollen.

Gar viel wäre aber auch schon gewonnen, wenn den »Berlinern« und in erster Linie dem Grafen Oppersdorff das Mittel aus der Hand genommen würde, immerfort mit einem Eingreifen Roms zu drohen, welches den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft bei den christlichen Gewerkschaften völlig verleidet. Graf Oppersdorff, der sich ja früher alle Mühe gegeben hat, im Zentrum, Volksverein und »Kölner Richtung« an die Spitze zu kommen, und der erst zu den »Berlinern« übergegangen ist, nachdem er bei den »Kölnern« nicht zu seinem Ziele kommen konnte, treibt von da an, besonders seit er aus der Zentrumsfraktion und dem Zentralkomitee für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands ausgeschlossen worden ist⁷⁷, reine Haß- und Rachepolitik gegen

Zentrum und »Kölner« und bedient sich bei dieser am meisten der Drohung, zuerst die christlichen Gewerkschaften, dann der Volksverein und dann das Zentrum würden von Rom verboten werden. Hört die Möglichkeit dieser Drohung auf, so ist er alsbald aufs Trockene gesetzt. Möge doch jetzt endlich gewagt werden, daß wir wieder Ruhe bekommen für praktische Arbeit! Für alles, was Euer Bischöflichen Gnaden dazu tun können, werden die deutschen Katholiken Ihnen im tiefsten Grunde ihres Herzens dankbar sein.

Ich verbleibe Euer Bischöflichen Gnaden ehrerbietigst ergebener
Carl Bachem

⁷⁶ Das »Westfälische Volksblatt« in Paderborn brachte am 3. Februar ein Extrablatt mit einer Erklärung des Kardinals *Kopp* heraus, die praktisch von allen Zeitungen übernommen wurde, unter anderem auch von der »Kölnischen Volkszeitung« (KV, Nr. 100 vom 3. Februar 1914). Wir zitieren nach dem »Kölner Lokal-Anzeiger«, Nr. 34 vom 3. Februar 1914. Darin war zu lesen: »Kardinal Kopp hat gestern zur Berichtigung seines Briefes an den Grafen Oppersdorff folgende öffentliche Erklärung abgegeben:

»Breslau, 2. Februar 1914. Bei einer Vergleichung der Akten des Herrn Bischofs von Paderborn mit den meinigen hat sich ergeben, daß ich der mir nur zur Kenntnisnahme am 20. November 1912 eingesandten Interpretation am 21. November 1912 freiwillig beigespflichtet habe und daß ich aus freier Entschließung sie am 22. November 1912 dem Bischof von Paderborn gegenüber als eine solche bezeichnete, von der die Gewerkschaftsführer in Essen erklären könnten, sie wüßten sich in bezug auf sie in Übereinstimmung mit den Bischöfen. Bei dieser Sachlage erkenne ich nachträglich, daß mein Brief an den Herrn Bischof von Paderborn vom 1. Dezember 1912 nicht jene Bedeutung haben konnte, die ihm in meinem Briefe an den Herrn Grafen von Oppersdorff beigelegt worden ist. Es hätte einer Zurücknahme meiner Entschließung vom 22. November 1912 vor dem Episkopat als solchem bedurft. Ich kann versichern, daß ich mit meinem Briefe an den Grafen von Oppersdorff den Herrn Bischof von Paderborn in keiner Weise habe verletzt noch in irgendwelche Ungelegenheiten habe bringen wollen.«

Beachte zum Ganzen ebenfalls die Aktennotiz *Bachems* vom 6. Februar 1913, die er im Anschluß an einen Besuch bei Bischof *Schulte* in Paderborn vorgenommen hatte (HASTK, 1006/328).

⁷⁷ *Oppersdorff* war von 1907 bis 1912 Mitglied der Zentrumsparlei im Reichstag; 1904 bei der Generalversammlung in Regensburg kam er in das Zentralkomitee, aus dem er in Aachen 1912 herausgewählt wurde. In einer aufschlußreichen Schilderung des Charakters *Oppersdorffs*; des Grafen *von Praschma*, die *Carl Bachem* im Februar 1914 von *Porsch* erhielt, steht: »In der Zentrumsparlei des Reichstages machte er, solange er ihr angehörte, die allergrößten Schwierigkeiten. Fast bei allen wichtigen Fragen, wo sich infolge der verschiedenartigen Zusammensetzung der Fraktion immer eine gewisse Opposition bildet, sammelte er die Unzufriedenen, stärkte und organisierte ihren Widerstand« (HASTK, 1006/981, fol. 8).

Bachem an Döbbing

Eigenhändiger Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 5. Februar 1914

Hochwürdigster Herr!

Euer Bischöflichen Gnaden wollen meinen verbindlichsten Dank genehmigen für Ihre sehr freundlichen Zeilen, welche mir, was die Bemerkung zu meinem Schriftchen⁷⁸ anlangt, nur zu höchster Genugtuung gereichen kann.

Da Sie aber auch die jüngsten Ereignisse berühren, so darf ich es vielleicht wagen, an sie anknüpfend, einige weitere Bemerkungen mir zu erlauben. Sie haben wohl aus der Presse ersehen, daß der Brief des Herrn Kardinal Kopp an den Grafen Oppersdorff hier wirklich wie eine Bombe eingeschlagen hat, am meisten weil durch ihn klargestellt wurde, daß Kardinal Kopp der wirkliche Hintermann der ganzen »Berlinerei« und »Quertreiberei« ist. Das bringt natürlich die ganze Sache des Katholizismus in Deutschland in ein sehr bedenkliches Licht. Denn Kardinal Kopp fungiert als die Spitze des preußischen Episkopates und als der Vertrauensmann des Episkopates bei der Regierung. Nichts ist aber doch sicherer, als [daß] der weitaus größte Teil des Episkopates nicht gesonnen ist, sich vor den Wagen der »Berlinerei« und »Quertreiberei« spannen zu lassen. Kardinal Kopp aber setzt seit Jahren die Autorität des ganzen Episkopates, soweit er kann, für seine besonderen Ziele ein. Kann denn das noch immer so bleiben? Ist denn darin gar kein Wandel zu schaffen? Seit langen Jahren lastet ja der Druck des Herrn Kardinal Kopp schwer auf dem deutschen Katholizismus und hat uns allen die unendlichen Wirrnisse und Schwierigkeiten bereitet, von denen wir früher nichts wußten⁷⁹. Erzbischof von Hartmann und Bischof Schulte haben jetzt den Kampf gegen diese Tyrannei aufgenommen. Sollte es jetzt nicht möglich sein, diese Tyrannei völlig zu brechen? Es wird hier erzählt, daß eine alsbaldige Zusammenkunft der Bischöfe in Fulda angeregt sei und voraussichtlich zu Stande kommen werde⁸⁰. Müßte nicht diese Gelegenheit benutzt werden, um endlich eine durchgreifende, endgültige Beruhigung zu erzielen, welche uns wieder Luft macht zu dem so notwendigen Kampfe gegen Sozialdemokratie und Atheismus?

Euer Bischöflichen Gnaden werden vielleicht sagen, daß ich mit diesen Bemerkungen die einem Laien gesteckten Grenzen ungebührlich überschreite. Aber wenn man seit 30 Jahren im öffentlichen Leben für die

Interessen des Katholizismus tätig gewesen ist, dann kommen doch Augenblicke, wo der Mund überläuft und die Rede alle Dämme durchbricht. Die Erregung über die jüngsten Ereignisse ist ganz ungeheuer, und so wollen Sie auch meine Worte dieser Erregung zugute halten. Aber so kann es nicht weiter gehen; das ist die Überzeugung aller guten Katholiken. Und Besserung kann nur durch den Episkopat kommen. Wenn der jetzige Augenblick ungenutzt vorübergeht, wer weiß, wo wir dann noch hintreiben. Außerordentlich viel ist schon verloren. Soll denn noch mehr verloren werden?

Nehmen mir also Euer Bischöflichen Gnaden diese Worte eines gepreßten Herzens nicht übel. Ich weiß, daß Sie wenigstens die Gesinnung, aus welcher sie entspringt, nicht falsch deuten werden.

Mit dem Ausdruck meiner verehrungsvollsten Hochachtung verbleibe ich Euer Bischöflichen Gnaden ehrfurchtsvollst ergebener

Carl Bachem

⁷⁸ Gemeint ist die Abhandlung »Zentrum, katholische Weltanschauung und praktische Politik. Zugleich eine Antwort auf die jüngste Broschüre von Geheimrat Roeren: »Zentrum und Kölner Richtung«, Krefeld 1914.

Der Brief von *Döbbing* war nicht auffindbar.

⁷⁹ *Michael Faulhaber*, Bischof von Speyer, schrieb am 24. Februar 1914 dem bayerischen Gesandten *Otto Freiherr von Ritter* beim Vatikan: »In der Gewerkschaftsfrage scheinen die deutschen Bischöfe die teure Zeche mit ihrem Ansehen bezahlen zu sollen, und die bayerischen Bischöfe, die mit dem Streit gar nichts zu tun hatten, zahlen mit. Gestern war der Herr Bischof von Metz bei mir – er kam von Freiburg und Rottenburg, und ich merkte, die Herren sind es endlich leidig, sich von Eminenz Kopp wie Meßknaben behandeln und von Grafen Oppersdorff benoten zu lassen« (BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905).

⁸⁰ Insbesondere *Thomas Nörber* von Freiburg, rangältester Erzbischof Deutschlands, hatte sich wiederholt um die Einberufung einer außerordentlichen Bischofskonferenz durch *Kopp* bemüht; so bereits in seinem Brief am 31. Januar 1914. Sie scheiterte jedoch am Widerstand des Breslauer Oberhirten. »Die Fuldaer Konferenz«, schrieb er an den Münchener Erzbischof, »welche in Nachgiebigkeit gegen ihren Vorsitzenden [Kopp], durch ihre Unentschlossenheit Berlin gegenüber eigentlich das ganze Elend verschuldet hat, wäre von Rechts wegen eigentlich auch der Ort, von wo die entscheidende Abwehr ausgehen müßte. Ich habe mir deshalb alle Mühe gegeben, den Herrn Vorsitzenden zur Einberufung einer außerordentlichen Tagung zu bestimmen. Leider vergeblich. Und wie die Sache jetzt liegt, ist von seiten des Herrn Kardinals auch keine Stellungnahme gegen Oppersdorff und Petrusblätter usw. zu erwarten. Etwas muß aber geschehen, wenn die Bischöfe, auf die alle Blicke gerichtet sind, nicht vollends der Verachtung anheimfallen sollen. Das wird vom katholischen Volk überall erwartet« (*Nörber an Bettinger*, Freiburg, 13. Februar 1914, in: EAM, Kasten 29/2). Seinerseits bemerkte *Kopp* gegenüber dem Vatikangesandten *Otto von Mühlberg*, die Bischöfe hätten ihn seit Wochen bestürmt, eine Versammlung des Episkopats nach Fulda einzuberufen (*Kopp an Mühlberg*, Troppau, 17. Februar 1914, in: AA, Vatikan 1053). Zum Ganzen: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a.a.O., 394–397.

Bachem an Döbbing

Eigenhändiger Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 6. Februar 1914

Euer Bischöflichen Gnaden!

Ich erhalte soeben Mitteilung von einem Erlaß des Herrn Kardinal-Staatssekretärs an die deutschen Bischöfe⁸¹, welcher folgendes besagen soll:

1. Es ist nicht zulässig, die gewünschten »christlichen« Gewerkschaften vor den rein katholischen Gewerkschaften (also den Berliner Fachabteilungen) zu empfehlen;
2. es ist nicht zulässig, die Enzyklika »Singulari [quadam]« zu interpretieren, ohne vorher die Zustimmung des hl. Vaters eingeholt zu haben;
3. es ist nicht zulässig, andere Gewerkschaften zu pflegen und zu fördern als die rein katholischen.

Wenn das – wie ich nicht zweifeln kann – wirklich der Inhalt des Erlasses ist, so ist zweierlei klar:

Zunächst, daß er sich direkt gegen die Rede des Herrn Erzbischofs von Köln vom 18. Dezember 1913 richtet, welche die christlichen Gewerkschaften zur Pflege und Förderung empfahl; sodann daß er von Kardinal Kopp veranlaßt worden ist.

Was den Punkt 2 anlangt, so richtet er sich direkt gegen die bekannten 5 Essener Erklärungen zur Enzyklika »Singulari quadam«, welche unter Autorität des Herrn Kardinal Kopp in Essen als die Meinung des Episkopates kundgegeben worden sind; indirekt und wesentlich richtet er sich aber auch gegen Erzbischof von Hartmann, weil diese 5 Erklärungen natürlich den Boden für seine Rede vom 18. Dezember 1913 bildeten und durch diese Rede als zu Recht bestehend erschienen.

Wie jene 5 Essener Erklärungen zustande gekommen sind, werden Euer Bischöflichen Gnaden inzwischen aus den Darlegungen des Herrn Bischof Schulte im Westfälischen Volksblatt ersehen haben⁸². Diese Darlegungen haben den Herrn Kardinal Kopp gezwungen, seinen Brief an den Grafen Oppersdorff zurückzunehmen. Aber der Erlaß des Herrn Kardinal-Staatssekretärs, welcher auf derselben Basis beruht wie der Brief des Herrn Kardinal Kopp an den Grafen Oppersdorff, besteht selbstredend trotzdem weiter zu Recht.

Wie ich weiter höre, sind Bestrebungen im Gange, um eine möglichst baldige Zusammenkunft der Bischöfe in Fulda herbeizuführen⁸³. Es wäre im höchsten Maße erwünscht, daß es dieser Zusammenkunft ermöglicht würde, dadurch eine Beruhigung herbeizuführen, daß den christlichen Gewerkschaften eine Versicherung gegen weitere Beunruhigung gegeben wird bzw. unter Autorisation des hl. Stuhles gegeben werden kann. Solange die Quertreiber, in erster Linie also jetzt Graf Oppersdorff, noch die geringste Hoffnung haben, Rom zu irgendwelchen Schritten gegen die christlichen Gewerkschaften bewegen zu können, werden wir niemals Ruhe bekommen. Der hl. Vater hat in seiner Enzyklika »Singulari quadam« erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften geduldet werden können; kein deutscher Bischof hat sie bisher den katholischen Arbeitern verboten; jedermann bei uns weiß auch, daß weitaus die meisten deutschen Bischöfe niemals daran denken werden, sie zu verbieten; mehr ist für unsere Verhältnisse nicht nötig. Wenn es dabei bleibt, und wenn es sicher ist, daß es trotz aller Treibereien der Quertreiber dabei bleiben wird, so können wir weiter arbeiten.

Der Vorstoß des Herrn Kardinal Kopp gegen Erzbischof von Hartmann hat aber auf allen Seiten die Befürchtung erregt, daß ein Verbot der christlichen Gewerkschaften, wie es die Quertreiber verlangen, noch erfolgen werde. Diese Befürchtung ist keineswegs behoben dadurch, daß Kardinal Kopp seinen Brief an Oppersdorff zurückziehen mußte. Daher die furchtbare Erregung unter den katholischen Arbeitern. Niemand versteht, wie ein Mann wie Graf Oppersdorff auf Kardinal Kopp und durch diesen in Rom solchen Einfluß ausüben kann. Die deutschen Bischöfe in ihrer überwältigenden Mehrzahl werden gerne bereit sein, in dieser Lage zur Beruhigung unserer braven katholischen Arbeiter zu tun, was nötig ist. Aber es muß ihnen dazu von seiten des hl. Stuhles freie Hand gelassen werden, ohne daß dabei der eingangs erwähnte Erlaß des Herrn Kardinal-Staatssekretärs dabei ein Hindernis bietet.

Ich habe es gewagt, Euer Bischöflichen Gnaden im vorstehenden die Lage zu schildern, wie sie objektiv betrachtet sich darstellt. Wir sind in einer Krisis, so schwer, wie sie seit Beginn der Treibereien der »Berliner«, aber zunächst des Gerichtsassessors a. D. Franz von Savigny gegen die christlichen Gewerkschaften noch nicht da war. Sie ist in hohem Maße kompliziert durch die Haltung des Herrn Kardinal Kopp. Möge diese Krisis eine Wendung zum Besseren bringen. Ich bin sicher, daß Euer Bischöflichen Gnaden nichts versäumen werden, was dazu beitragen kann. Den Ausgang müssen wir dem unerforschlichen Ratschluß des hl. Geistes anheimstellen.

In vollkommener Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen als Euer
Bischöflichen Gnaden ehrerbietigst ergebener

Carl Bachem

[PS:]

Die neuesten Zeitungen folgen wieder
als Kreuzband in separato.

[Zufügung von fremder Hand:]

KV, Nr. 107, d. d. 5. II. 1914 und

Niederrheinische Volkszeitung, Nr. 129, 5. II. 1914.

⁸¹ Es handelt sich um ein an alle Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands »sub secreto Sancti Officii« gerichtetes Zirkular des Kardinalstaatssekretärs *Merry del Val* vom 8. Januar 1914, das mit den Worten »Cum nonnulla dubia« beginnt. In deutscher Übersetzung lautet der Text: »Nachdem dem Hl. Stuhl in bezug auf die Enzyklika ›Singulari quadam‹ einige Zweifel vorgelegt wurden, bemühe ich mich, auf Befehl des Papstes Euer Gnaden (wie auch den übrigen Erzbischöfen und Bischöfen Deutschlands) folgendes kundzutun: 1. Es entspricht weder dem Wortlaut noch dem Sinn der genannten Enzyklika, daß die gemischten [sogenannten christlichen] Gewerkschaften, vor rein katholischen Vereinigungen öffentlich empfohlen werden.

2. Es entspricht nicht dem Sinn und Willen des Hl. Vaters, wenn die Schwierigkeiten, [die] unter den Katholiken wegen der Deutung und Ausführung der angeführten Enzyklika, vor allem was die Grundsatzfragen betrifft, [entstanden sind], von den Ortsbischöfen ohne Befragung des Hl. Stuhles entschieden werden.

3. Arbeitervereinigungen, wie sie der Hl. Vater mehrfach, vor allem aber in der obengenannten Enzyklika, als sehr anerkennenswert und förderungswürdig erklärt hat, sind einzig und allein rein katholische Verbände.

Ich hege nicht den geringsten Zweifel, daß sich die Bischöfe Deutschlands in ihren jeweiligen Diözesen bei der Ergebenheit, die sie dem Apostolischen Stuhl entgegenbringen, alle Mühe geben werden, daß die diesbezüglichen Vorschriften Sr. Heiligkeit ehrfürchtig und ungeschmälert beachtet werden. Ich benütze gerne diese Gelegenheit, ... « (zitiert nach: *Ernst Deuerlein*, Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld, I, a. a. O., 275; das lateinische Original: ebenda, 274; außerdem weitere Exemplare unter anderem: EBM, Kasten 29/2 und EBRK, Gen. 23.61/III; *Carl Bachem* hatte nach einer handschriftlichen Notiz den Wortlaut von *Porsch* am 4. Februar 1914 erhalten, von dem er sich eine Abschrift anfertigen ließ, in: HASTK, 1006/328).

Durch eine Indiskretion war die Existenz des kurialen Schreibens bekannt geworden, das in führenden Zentrumskreisen, aber auch bei der Reichsregierung großen Unwillen hervorrief. Insbesondere der bayerische Staatsminister Graf von *Hertling* reagierte darauf äußerst empört (vgl. dazu den bei *Ernst Deuerlein* abgedruckten diesbezüglichen Briefwechsel, ebenda, 276–283).

Außer den kirchlichen Oberhirten und ihren engsten Beratern war längere Zeit der genaue und vollständige Text des römischen Erlasses nicht bekannt, ja nicht einmal seine exakte Benennung. Maßgebliche Zentrumsmitglieder bemühten sich anfangs erfolglos um Abschriften, so ernst hielten es die Bischöfe mit der Geheimhaltungspflicht. Auch *Hertling* versuchte, nachdem er Ende Februar durch eine führende und vertrauenswürdige Persönlichkeit des Zentrums von diesem Schriftstück Kenntnis erhalten hatte, davon eine Kopie zu bekommen. Wohl hatte hier und da ein Bischof sehr vertrauten Freunden gegenüber einiges von seinem Inhalt preisgegeben, wie es beispielsweise einem eiligen Begleitschreiben an den bayerischen Gesandten beim Vatikan vom 1. März 1914 zu

entnehmen ist. Ein gewisser *Notus*, vermutlich ein Pseudonym des Sekretärs von *Hertling*, *Paul Freiherr von Stengel*, hatte darin notiert: »Der Erzbischof [Bettinger] hat mir gestern ganz offen die Existenz des Schreibens vom 8. Januar bestätigt, auch daß seine Kollegen dasselbe erhalten haben. Es ist eine neuerliche Einschärfung der Singulari. Die Herren lesen aber immer nur einige Sätze daraus vor und geben auch Abschriften nicht aus der Hand. Nun hat sich der Chef [Hertling] an seinen Vertrauensmann im preußischen Episkopat [wahrscheinlich Bertram] gewendet. Ob der mit dem Text herausrückt, wissen wir allerdings nicht« (BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905).

Wie ungehalten *Hertling* über die Handlungsweise des Kardinalstaatssekretärs in dieser Angelegenheit war, der seinerseits wiederholt erklärt hatte, zur Beilegung der obwaltenden Schwierigkeiten beizutragen, offenbart ein Geheimerlaß des bayerischen Staatsministers. Unter dem 27. Februar 1914 hatte er den bayerischen Diplomaten in Rom angewiesen, gegenüber *Merry del Val* sein Befremden mit Nachdruck zu bekunden, wenn das in Frage stehende Schreiben tatsächlich »an sämtliche deutsche (auch unsere) Erzbischöfe und Bischöfe gegangen sei. . . Ich bitte damit zu schließen, daß ich hoffe, daß der Kardinalstaatssekretär uns über derartige Vorgänge künftig nicht im Unklaren lassen werde, da andererseits ein gedeihliches Ergebnis des doch sehr benötigten vertrauensvollen Zusammenarbeitens nicht zu erwarten sei« (*Hertling* an *Ritter*, München, 27. Februar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905; die in vorliegendem Sachverhalt zwischen *Hertling*, *Ritter* und *Lerchenfeld* gewechselten Briefe sind dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Kenntnis gebracht worden; Abschriften, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 3).

In der ihm aufgetragenen Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär legte *Freiherr von Ritter* den Standpunkt der bayerischen Regierung unmißverständlich dar. *Merry del Val* versuchte sein Verhalten dem Gesandten verständlich zu machen. Unter anderem führte er aus, er habe selber dieses Secretum beachten müssen; außerdem habe der Inhalt des Zirkulars nichts Neues enthalten, »was die öffentliche Meinung in der Gewerkschaftsfrage hätte beunruhigen können«; es sollte nur verschiedene, von Bischöfen geäußerte Zweifel über die Auslegung der Enzyklika »Singulari quadam« zerstreuen. »Geheim und ein Novum sei nur die Form gewesen, in der das Zirkular erlassen worden sei, und diese geheime Form habe der Heilige Vater gerade des lieben Friedens wegen gewählt« (*Ritter* an *Hertling*, Rom, 2. März 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905). Da sich *Merry del Val* wegen des Bruchs des Amtsgeheimnisses von anderer Seite nicht mehr an das Secretum halten zu müssen glaubte, übergab er *Ritter* ein Exemplar des Zirkulars, das dieser als Anlage zu seinem geheimen Bericht Staatsminister von *Hertling* mit der Bitte um Geheimhaltung nach München sandte (eine handschriftliche Kopie liegt, in: BayHStA, MA 384).

⁸² Hierzu siehe: Dokumentation, Anmerkung 76.

⁸³ Im Schreiben tags zuvor hatte *Bachem* dies bereits erwähnt (vgl. Dokumentation, Anmerkung 80).

Dokument 18

Bachem an Döbbing

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 10. Februar 1914

Sr. bischöflichen Gnaden,
dem hochwürdigsten Herrn Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Sutri (bei Rom)

Euerer bischöflichen Gnaden

muß ich heute die Nummern 117 und 118 der Kölnischen Volkszeitung vom 9. Februar senden.

Die erstere enthält den Bericht über eine große Versammlung der katholischen Arbeiter Westdeutschlands⁸⁴. Wenn Euere bischöflichen Gnaden die Zeit finden könnten, diesen Bericht durchzusehen, so würden Sie am besten einen Einblick in den augenblicklichen Gemütszustand unserer armen katholischen Arbeiter gewinnen. Alles gibt sich hier die größte Mühe, heftige und leidenschaftliche Äußerungen zurückzuhalten, um die Schwierigkeiten der Lage nicht noch weiter zu vermehren. Wenn das nicht geschähe, so würden der Unmut und die Erbitterung unserer Arbeiter wohl noch in viel heftigerer und elementarerer Weise zu Tage treten.

Die letztere Nummer enthält den Bericht über die Gründung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei und eine Ansprache dieses neugegründeten Ausschusses⁸⁵. Auch dieser Aufruf beschäftigt sich zum Schlusse mit der Frage der Quertreiber. Ich darf Euerer bischöflichen Gnaden mitteilen, daß in diesem Ausschusse absolute Einmütigkeit herrschte und nicht eine einzige Stimme sich erhoben hat, welche auch nur im Entferntesten dem Grafen Oppersdorff oder den sonstigen Quertreibern beizupflichten gesonnen war. Auch bei Beratung dieses Aufrufes war es die allgemeine Meinung, starke Ausdrücke zu vermeiden. Ich darf aber versichern, daß starke und sehr starke Ausdrücke der wirklichen Stimmung der Versammlung weit mehr entsprochen haben würden wie die jetzige ruhige und zurückhaltende Ausdrucksweise.

Wir sind ja hier in Deutschland dem Quertreiberwesen gegenüber in einer viel ungünstigeren Lage wie unsere österreichischen Glaubensbrüder, weil eben jetzt, was übrigens seit längeren Jahren schon jeder Eingeweihte wußte, Kardinal Kopp offen als Begünstiger des Quertreiberwesens sich zu erkennen gegeben hat. Aus diesem Grunde wird es bei uns nicht

möglich sein, eine so machtvolle Kundgebung gegen das Quertreiberwesen zustande zu bringen, wie es soeben die österreichischen Katholiken an die Adresse des Herrn Fürsterzbischofs von Wien⁸⁶ gemacht haben⁸⁷. Eine solche Kundgebung hätte bei uns eben nur Zweck, wenn sie an die Adresse des Herrn Kardinal Kopp gerichtet würde. Dieser aber würde sich ohne Zweifel vollständig ablehnend verhalten. Ich kann mir nicht helfen, ich habe dabei immer das Gefühl gehabt, daß Kardinal Kopp in dieser Haltung weniger durch kirchliche Rücksichten wie durch seine politische Abneigung gegen eine selbständige Arbeiterbewegung geleitet worden ist. Er ist stets ein Autokrat gewesen, dem das Streben des Arbeiterstandes nach Verbesserung seiner materiellen Lage und namentlich nach Verbesserung seiner Geltung innerhalb des gesamten Staatswesens unverständlich geblieben ist. Er ist noch ein Anhänger des alten Systems, nach dem die Arbeiter sich unbedingt sollen leiten lassen, nicht aber das Recht haben sollen, selbständig in den Gang ihrer eigenen Geschicke einzugreifen.

Mit dem Ausdrucke meiner vollkommensten Hochachtung verbleibe ich
Euerer bischöflichen Gnaden

ehrfurchtsvollst ergebener
Carl Bachem

⁸⁴ Ursprünglich hätte die von einer Konferenz katholischer Arbeiterführer zu Düsseldorf am 4. Februar beschlossene Versammlung katholischer Arbeitnehmer aus Westdeutschland in Essen stattfinden sollen. Auf ihr wollten die Delegierten die neueste Phase des Gewerkschaftsstreites vertraulich erörtern und die Marschroute ihres künftigen Verhaltens festlegen. Da der Kölner Erzbischof den Kongreß untersagte, entschieden sich die Laien-Organisatoren für Bochum, das im Zuständigkeitsbereich des Ortsordinarius von Paderborn lag. Bischof *Schulte* bemühte sich ebenfalls, die Versammlung zu verhindern, was ihm jedoch nicht gelang (vgl. das Telegramm von *Schulte* an *Hartmann* vom 7. Februar 1914; Abschrift, in: EBRK, Gen. 23.61/IV).

Am Nachmittag des 8. Februar fand dann die Kundgebung statt, an der mehr als tausend katholische Arbeiter teilnahmen. In einem zweistündigen Referat konstatierte Arbeitersekretär *Gilsing* (Bochum), alle Anwesenden hätten die letzten Wochen mit großem Befremden und mit einem Gefühl tiefsten Schmerzes durchlebt. Die Gegner aller Schattierungen hätten wieder einmal Gelegenheit erhalten, sich schadenfroh über die christlichen Gewerkschaften herzumachen. Schuld daran trügen die »Berliner« durch ihre friedensstörenden Attacken und unverantwortbaren Geheimaktionen. Man sei nicht länger willens, sich so behandeln zu lassen. »Wir haben uns darauf beschränkt«, führte der Redner aus, »hie und da, wenn sie es zu bunt trieben, uns zu wehren. Zugegeben, daß in diesem langjährigen Verdächtigungsfeldzuge, der mit allen Mitteln gegen uns geführt wurde, auch von unseren Freunden manches Wort fiel, das nicht auf der richtigen Linie lag . . . Wir haben Übermenschliches im Laufe der Jahre ertragen und uns dabei redlich bemüht, kaltes Blut zu bewahren. Wäre der religiöse Fonds in den katholischen Arbeiterkreisen, die man so lange Jahre durcheinandergetrieben hat, nicht größer, als ihn ›Sitz Berlin‹ darzustellen beliebt, wir hätten's so lange nicht ausgehalten. Nun aber ist

unsere Geduld zu Ende. Wir können nicht mehr. Heute erheben wir unsere Stimme und klagen an. *Wir klagen an* alle diejenigen, die unsere ehrlichen Bemühungen, das Los armer und unter schwersten Versuchungen und Gefahren stehender Arbeitermassen zu bessern, mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Wir haben unser Ziel nicht zu erreichen versucht unter Hintanstellung unserer religiös-sittlichen Interessen und unseres katholisch-kirchlichen Standpunktes.« Der Redner appellierte am Schluß seines Vortrags an die Oberhirten, damit sie im Namen des gesamten katholischen Volkes den Friedensstörern ein entschiedenes Halt zurufen sollten. Eine Gemeinschaft mit »den rastlosen Anklägern und Ketzerrichtern, den Totengräbern unserer Einigkeit und Tatkraft« sei unmöglich. »Wer ständig uns in den Rücken fällt, kann nicht in unseren Reihen stehen« (»Eine große Kundgebung der katholischen Arbeiter Westdeutschlands«, in: KV, Nr. 117 vom 9. Februar 1914; die Versammlung billigte einstimmig eine Resolution, deren Text ebenda abgedruckt wurde).

⁸⁵ Auf seiner konstituierenden Sitzung am 8. Februar 1914 in Berlin verteidigte der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei die kirchliche Gesinnung ihrer Mitglieder gegen Polemik und Verdächtigungen von seiten bestimmter Personen, Personengruppen und der Presse. Gleichzeitig forderte er in einem Aufruf die Mitglieder der deutschen Zentrumspartei auf, in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschlossen tätig zu werden. »Alle Mitglieder der Partei müssen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet« (ein gedrucktes Exemplar dieses Aufrufs, aus dem zitiert wurde, befindet sich, in: HASTK, 1006/981; siehe auch: »Eine Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei«, in: KV, Nr. 118 vom 9. Februar 1914; *Carl Bachem*, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik*, VII, a. a. O., 427–435).

⁸⁶ Fürsterzbischof *Friedrich Gustav Piffl* (* 25. Oktober 1864 Landskron, † 21. April 1934 Wien) stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahe.

⁸⁷ Diese Sympathiekundgebung für Fürsterzbischof *Piffl* hatte eine längere Vorgeschichte. Seit einiger Zeit gab es scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des österreichischen Katholizismus, der in verschiedene Lager gespalten war. Die Gruppe der sogenannten Integralisten, repräsentiert durch den *Orel*ischen »Bund der deutschen katholischen Jugend Österreichs«, den »Karl-Vogelsang-Bund« und vor allem durch das vom Wiener Volksschulkatecheten *Anton Mauß* herausgegebene »Österreichische katholische Sonntagsblatt«, polemisierte gegen die übrigen katholischen Organisationen Österreichs, hauptsächlich gegen den »Katholischen Volksbund« und seinen Präsidenten Erbgraf *Ferdinand von Trautmannsdorff*, deren Verurteilung sie in Rom zu erreichen suchten, weil sie die katholischen Grundprinzipien mißachten würden. Provoziert durch die ständigen Angriffe von seiten intransigenter Kreise, allen voran das »Sonntagsblatt«, bezog sie in der erwähnten Adresse am 10. Januar 1914 dagegen energisch Stellung (die »Reichspost« in Wien hatte in Nr. 31 diese Erklärung abgedruckt; sie findet sich vollständig auf italienisch sogar in dem klerikalen Blatt »Corriere d'Italia«, Rom, 21. Januar 1914. Beachte zu diesen Vorgängen ebenfalls die Berichterstattung des bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl vom 22. und 29. Januar sowie die Immediatberichte an den König von Bayern vom 23. und 29. Januar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 912; außerdem: »Das katholische Wien und die Orel-Chotek-Mauß-Gruppe«, in: KV, Nr. 110 vom 6. Februar 1914; »Ein wichtiges Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs«, in: KV, Nr. 115 vom 8. Februar 1914 sowie der Brief von *Bachem* an *Porsch*, Steglitz, 9. Februar 1914, in: HASTK, 1006/981. In der Anlage zum Brief schickte er *Porsch* die Nr. 6 des »Sonntagsblattes« vom 8. Februar 1914 zu, in dem der Wiener Erzbischof das genannte Blatt energisch zur Ordnung rief. Daran anknüpfend bemerkte *Bachem*: »Ganz geradeso hätte natürlich Kardinal Kopp auch das »Katholische Deutschland« zur Ordnung rufen können. Aber er tut's halt nicht«).

Döbbing an Bachem

Eigenhändige Briefkarte-Original; HASTK, 1006/981

Vertraulich!

Sutri, den 11. Februar 1914

Geehrtester Herr Justizrat Dr. Bachem!

Habe alles Gesandte dankend erhalten. Nur die Blätter von Oppersdorff waren mir neu, welche ja Unglaubliches leisten. Sie haben recht, daß nur die Herren Bischöfe helfen können, wie der Herr Erzbischof von Wien es zu tun gewillt ist. Ich habe getan, was ich konnte, und glaube die wichtigsten Punkte berührt zu haben. Was ich schon früher sagte, meine ich, gelte auch jetzt noch, nämlich die Angriffe *totzuschweigen*. Es ist mehr als genug zur Aufklärung gegeben worden, das Weiterbellen wird von selbst aufhören und der stillen Arbeit weichen müssen. Jede unvorsichtige Redewendung wird in Deutschland aufgefangen und weitergeschickt. Eine solche Zusammenstellung muß natürlich hier ein Zerrbild liefern und das richtige Urteil beeinflussen. Wenn solche Blätter in meiner Diözese zirkulieren würden, welche jede Gerechtigkeit und Liebe untergraben und der Religion nur schaden trotz des angeblichen Eifers für dieselbe, so würde ich die Lesung öffentlich verbieten. Hoffen wir alles von der Bischofsversammlung in Fulda. Ein *Verbot* der Gewerkschaften ohne die Bischöfe ist nicht denkbar. Sollte ich etwas erfahren in Folge meiner Eingabe⁸⁸, (was unwahrscheinlich ist aus guten Gründen) teile ich es mit; möge eine gute Wendung die beste Antwort sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ganz ergebenster
† Fr. J. Bernhard Döbbing

⁸⁸ Vgl. das abgedruckte Schreiben von Bischof *Döbbing an Bachem*, Sutri, 20. Februar 1914.

Bachem an Döbbing

Diktat-Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 16. Februar 1914

Sr. bischöflichen Gnaden,
dem hochwürdigsten Herrn Msgr. Döbbing,
Bischof von Sutri und Nepi,
Sutri bei Rom

Euerer bischöflichen Gnaden

beehre ich mich, den Empfang Ihrer Karte vom 11. Februar ehrfurchtsvoll zu bestätigen.

Gleichzeitig erlaube ich mir, die neueste Nummer (Nr. 7 vom 15. Februar) von »Klarheit und Wahrheit« als Drucksache an Euere bischöflichen Gnaden zu senden⁸⁹. Ich füge die Nr. 136 der Kölnischen Volkszeitung vom 14. Februar bei, welche die Erklärung der westdeutschen Bischöfe vom 13. Februar 1914 enthält⁹⁰, obwohl ich annehmen darf, daß Sie vielleicht auf direktem Wege in den Besitz dieses Aktenstücks gelangt sind. Der Aufruf des neugebildeten Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei hat, soweit sich bisher übersehen läßt, in der ganzen Partei ausnahmslos vollen Beifall gefunden, so daß auf politischem Gebiete gegenüber den Quertreibern jetzt völlige Klarheit geschaffen ist. Wenn es nun auch auf kirchlichem Gebiete bei der Erklärung der sechs westdeutschen Bischöfe bleibt, dürfte auch auf kirchlichem Gebiete allmählich Beruhigung eintreten. Ich fürchte allerdings, daß weitere Versuche der »Berliner«, in Rom in ihrem Sinne einzuwirken, nicht ausbleiben werden. Es ist alles geschehen, damit in den Versammlungen, welche jetzt nicht mehr ferne zu halten sind, nicht das Mindeste geschieht, was vom katholischen Standpunkte aus beanstandet werden könnte. Bei der ungeheuren Aufregung und Erbitterung, welche sich unserer katholischen Arbeiterkreise bemächtigt hat, ist es aber natürlich nicht ausgeschlossen, daß trotzdem hier oder da ein scharfer oder unzulässiger Ausdruck gebraucht wird, und diese Äußerungen dann wieder von den »Berlinern« zusammengestellt werden, um in Rom damit Eindruck zu machen. Euere bischöfliche Gnaden dürfen sich versichert halten, daß solche Äußerungen, für sich allein genommen, nach keiner Richtung hin ein Bild der Gesinnung unserer katholischen Arbeiter geben. Der Geist unserer katholischen Arbeiter ist ebenso treu katholisch und ebenso

ergeben gegenüber dem hl. Stuhl wie der Geist der geistlichen Präses der katholischen Arbeitervereine und unserer Bischöfe. Wenn aber unsere Arbeiter sehen, daß die »Berliner« jetzt seit zehn Jahren für sich ein kirchliches Ausnahmerecht erstreben, das weder für die übrigen Stände in Deutschland noch für die katholischen Arbeiter in England und Amerika verlangt wird, so ist es doch schließlich kein Wunder, daß stellenweise harte Ausdrücke vorkommen, die aber dann durchaus nicht gegen die katholische Kirche gerichtet sind, sondern ihre Spitze der inneren Gesinnung nach ausschließlich gegen die Treibereien der »Berliner« richten.

Euere bischöfliche Gnaden meinen, wir sollten die Angriffe von »Klarheit und Wahrheit« einfach totschweigen. Dieses System ist ja auch lange Zeit verfolgt worden, und wir würden es mit Freuden weiter verfolgen, wenn von ihm ein Erfolg zu hoffen wäre. Aber ein Erfolg ist bisher nicht eingetreten und kann auch nach Lage der Dinge gar nicht eintreten; denn die Angriffe der Quertreiber werden sofort von der gesamten sozialdemokratischen Presse und von zahlreichen liberalen antikatholischen Blättern aufgegriffen und in der tendenziösesten Weise gegen die katholischen Arbeiter, die christlichen Gewerkschaften und den gesamten deutschen Katholizismus ausgeschlachtet. Sobald eine Nummer der »Kölner Korrespondenz« oder von »Klarheit und Wahrheit« erschienen ist, stehen die Kraftstellen am folgenden Tage in Millionen von Exemplaren der sozialdemokratischen Blätter und liberalen Blätter und werden überall in den Werkstätten den katholischen Arbeitern vorgehalten. Wenn da nicht in den katholischen Blättern nach Kräften ein Gegengewicht geschaffen würde, so würde die Verwirrung unserer katholischen Arbeiter eine vollständige werden. Wir haben daher schließlich das System des Totschweigens notgedrungen aufgeben müssen. Aber es ist selbstredend, daß in unserer katholischen Presse gegen die Quertreiber nicht mehr geschehen darf und auch nicht mehr geschehen wird, als absolut notwendig ist.

Nochmals wollen Euere bischöfliche Gnaden meinen verbindlichsten Dank genehmigen für Ihr Eintreten zugunsten des Katholizismus in Deutschland und namentlich unserer armen, gehetzten und gequälten katholischen Arbeiter. Hoffentlich kommt die Sache doch noch zu einem guten Ende, und dann wird Gottes reichster Segen allen denjenigen zuteil werden, welche an diesem Erfolge mitgearbeitet haben. Wir beten täglich, daß nun endlich der Streit zur Ruhe komme und wir uns dann wieder mit voller Kraft dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und den Liberalismus widmen können.

Mit dem Ausdrucke meiner vollkommensten Hochachtung und Verehrung habe ich die Ehre zu zeichnen als

Euerer bischöflichen Gnaden
ehrerbietigst ergebener
Carl Bachem

⁸⁹ Diese Ausgabe beschäftigte sich neben anderen kontrovers diskutierten Themen im Kontext des Gewerkschaftsstreits aus der Optik vorliegender Wochenschrift erneut mit der Erklärung des Kardinals *Kopp* vom 21. Januar 1914; darüber hinaus wurde die Konstituierung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei sowie die Versammlung katholischer Arbeiter in Bochum ausführlich kritisch kommentiert.

⁹⁰ Da Kardinal *Kopp* sich für eine außerordentliche Bischofskonferenz nicht entschließen konnte oder wollte, wurde der Erzbischof von Köln initiativ. »Wegen der großen Erregung« unter der katholischen Arbeiterschaft lud er die Oberhirten der Niederrheinischen Kirchenprovinz zu einer dringlichen Konferenz nach Köln ein, an der auch die Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück teilnahmen. Auf ihr unterzeichneten sie die erwähnte Erklärung (siehe dazu: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a. a. O., 405–418).

Wie *Carl Bachem* dieses Pastoral Schreiben bewertet hat, hält ein Brief fest. Darin heißt es: »Ich lese eben die Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz vom Freitag. Ich finde sie recht geschickt. Indem anerkannt ist, daß der Papst zur endgültigen authentischen Auslegung der Enzyklika ›Singulari quadam‹ befugt ist, ist nicht ausgeschlossen, daß die Bischöfe, wie es in den Essener Erläuterungen geschehen ist, auch zur Auslegung, wenn auch nicht zur authentischen Auslegung, befugt sind. Im übrigen ist, wie mir scheint, zur Förderung der christlichen Gewerkschaften, wenn auch in vorsichtiger und gedämpfter Ausdrucksweise, alles gesagt, was gesagt werden konnte, und die ›Berliner‹ sind in ihrer Kritik und in ihren Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften energisch zur Ordnung gerufen. Ich glaube allerdings nicht, daß es etwas nützt« (*Bachem an Porsch*, Steglitz, 15. Februar 1914, in: HASTK, 1006/981; beachte zudem die undatierten Aufzeichnungen von *Bachem* über diese Kölner Kundgebung; ebenda). *Porsch*, am 15. Februar vom Reichskanzler über seine Meinung bezüglich der Verlautbarungen des Episkopats gefragt, äußerte sich darüber »sehr zufrieden«. In ihr werde zum erstenmal von der »Erlaubtheit« der christlichen Gewerkschaften gesprochen; andererseits werde jede Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage dem Papst und dem Episkopat vorbehalten, allen Quertreibern jedoch der Mund verboten. Die oberhirtliche Erklärung sei ein Schritt vorwärts im Sinn der christlichen Gewerkschaften. Eine große Bedeutung komme auch der Mitunterschrift des Bischofs *Korum* zu (Aufzeichnung von *Bethmann-Hollweg* vom 19. Februar 1914; Abschrift, in: AA, Päpstlicher Stuhl 25, Bd. 3). Auch Kardinalstaatssekretär *Merry del Val*, von *Hartmann* über das Ergebnis der Zusammenkunft umgehend informiert, bekundete seine Befriedigung darüber. Im Interesse des Friedens würde er es begrüßen, »wenn sich der Kardinal Kopp derselben anschlosse« (so im Bericht *Ritters an Hertling*, Rom, 20. Februar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905; vgl. überdies *Ritters* Bericht an *Hertling*, Rom, 19. Februar 1914, in: ebenda und die Notiz *Bachems* vom 26. Februar 1914, in: HASTK, 1006/981). In einem Brief an den preußischen Gesandten *Mühlberg* nahm der Breslauer Kardinal am 17. Februar 1914 Stellung auch zur Versammlung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz. Wörtlich hieß es dazu: »Man hat in Köln eine Erklärung verfaßt, die in den christlichen Gewerkschaftskreisen und im Zentrum wie auch in Berlin eine große Enttäuschung bereiten wird. . . . Danach ist nun das Aufsehen erregende Tagen einer Vollversammlung unnötig geworden. Denn widersprechen kann sie den Kölner Beschlüssen wohl nicht, ohne einen Dissens im Episkopate öffentlich festzulegen. Es

bleibt den übrigen Bischöfen nur übrig, jenen Beschlüssen beizutreten, und das kann auch schriftlich geschehen. So stehen wir vor einer ganz neuen Sachlage, die sich noch gar nicht übersehen läßt. . . Ich beschränke mich vorerst darauf, die Erklärung an alle Bischöfe zu schicken und sie zu einer ausdrücklichen – nicht stillschweigenden – Äußerung aufzufordern. Ich glaube, daß sie allgemein angenommen wird, und dann ist sie die Erklärung des Gesamtepiskopats« (AA, Vatikan 1053). Der Erzbischof von Freiburg vermißte in dem bischöflichen Erlaß »die energische Zurückweisung der Quertreiberclique«, weshalb von ihm kaum Erfolg zu erwarten sei. Andererseits war sich der Erzbischof im klaren, daß es infolge der Kölner Bekanntgabe erschwert sei, gegen das friedensstörende Treiben der »Berliner« eine Stellungnahme zu publizieren, wie er sie in seinem Entwurf für die Oberrheinische Kirchenprovinz beabsichtigt hatte, da die Bischöfe nicht gegenseitig ausgespielt werden dürften (*Nörber an Bettinger*, Freiburg, 14. Februar 1914, in: EAM, Kasten 29/2; ein Exemplar des von *Nörber* vorbereiteten Entwurfs: ebenda; vgl. außerdem den Briefwechsel zwischen dem Kölner Erzbischof und dem preußischen Kultusminister: *Hartmann an Trott zu Solz*, Köln, 22. Februar 1914; *Trott zu Solz* an *Hartmann*, Berlin, 26. Februar 1914; Abschriften, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 3; zur Rezeption des Pastoral Schreibens von seiten der unterschiedlichen Gruppierungen: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit, a.a.O., 409–418).

Dokument 21

Döbbing an Bachem

Eigenhändige Briefkarte-Original; HASTK, 1006/981

Vertraulich

Sutri, den 20. Februar 1914

Geehrtester Herr Justizrat Bachem!

Habe Nachricht bekommen, daß mein Plico [Päckchen, Briefe] direkt in die Hände des hl. Vaters gelangt ist. Meine Sprache war sehr ernst und berührte alle Hauptpunkte. Nun hoffen wir das Beste. Die Sache ist ja bis jetzt günstig verlaufen. Der Aufruf des Zentrums hat eine Lanze gebrochen und gewaltig gewirkt. Auch das Schreiben der Herren Bischöfe muß beruhigend wirken und hat die Sache festgelegt. Ein Ausdruck im Wiener Schreiben kann leider doppelt ausgelegt werden. Es hätte genügt, hinzuzufügen: *Kölnerrichtung »wenn solche überhaupt besteht«*⁹¹. Man sieht, wie golden Schweigen ist und wie vorsichtig die Rede sein muß. Das Blatt »Klarheit und Wahrheit« leistet Unglaubliches. Ich meine nun, es könne keinen Einfluß mehr haben. Ich weiß, daß der Nuntius von München⁹² fleißig und richtig benachrichtet, im nötigen Falle kann man sich auch an ihn wenden. Hoffe fest bei Gott, daß nach dem Sturme nun Ruhe

kommen wird, an Aufklärung hat es nicht gefehlt, möge nun der gute Wille hinzukommen.

Unter besten Grüßen mit aller Hochachtung
ganz ergebenst
† Fr. J. Bernhard Döbbing

⁹¹ Fürsterzbischof *Piffl* hatte am 5. Februar 1914 der Redaktion von »Österreichs katholisches Sonntagsblatt« unter anderem geschrieben: »So fordere ich hiermit die Redaktion auf, sich in Zukunft der Beschuldigung obiger Organisationen als von der ›Kölner Richtung‹ infiziert und als nicht mehr Katholisch oder weniger Katholisch, zu enthalten, da hierüber das Urteil der kirchlichen Autorität allein zusteht.«

⁹² *Andreas Frühwirth* (* 21. August 1845 St. Anna am Aigen/Steiermark, † 9. Februar 1933 Rom) stand seit 1904 im kurialen Dienst und wurde 1907 Nuntius in München. In der Gewerkschaftsfrage hielt er sich anfangs zurück und bemühte sich, auf die Kontrahenten mäßigend einzuwirken. Im Laufe der Auseinandersetzungen favorisierte er die interkonfessionelle Arbeiterbewegung.

Dokument 22

Bachem an Döbbing

Eigenhändiger Kopialbrief; HASTK, 1006/981

Steglitz, den 4. März 1914

Euer Bischöflichen Gnaden

wollen gütigst entschuldigen, daß ich erst heute dazu komme, den Empfang Ihrer Karte vom 20. Februar ehrerbietigst zu bestätigen und sodann weiter zu berichten. Die Dinge haben sich ja bei uns, wie Sie wohl aus den Zeitungen ersehen haben werden, in den letzten Tagen sehr rasch entwickelt, so daß ich vollauf in Anspruch genommen war und für nichts anderes Zeit fand. Dazu kam die Erkrankung des Herrn Kardinals Kopp, welche zu einer entscheidenden Wendung führen konnte.

Nachdem nun heute morgen Kardinal Kopp gestorben ist, dürfte diese Wendung nicht auf sich warten lassen⁹³. Es ist gewiß ein tragisches Geschick, daß er in dem Augenblick starb, wo sein ganzes System zusammengebrochen war. Aber trotz aller Schwierigkeiten, welche er unserem katholischen und politischen Leben seit 1900 bereitet hat, werden wir niemals die großen Verdienste vergessen dürfen, welche er sich um die katholische Sache in Preußen erworben hat. Mit seinem Tode hat die ganze Quertreiberei und namentlich die Hetzer vom »Sitz Berlin« gegen die christlichen Gewerkschaften den Rückhalt verloren. Auf der

anderen Seite hat sich zu derselben Zeit in den zahlreichen gewaltigen Katholikenversammlungen in allen Teilen Deutschlands eine solche Einmütigkeit in der Abwehr der Quertreiberei und der gehässigen Übertreibungen und Angriffe der Integralen auf die politische Unabhängigkeit der Zentrumsfraktionen gezeigt, daß die Quertreiber selbst wohl die Hoffnung aufgeben müssen, in Deutschland noch irgend welche praktischen Erfolge zu erzielen. Ich verzichte darauf, Euer Bischöflichen Gnaden die Berichte über diese großen Versammlungen zu senden, weil ich annehmen darf, daß Sie diese schon aus den Zeitungen entnommen haben. Dagegen ist es vielleicht nicht überflüssig, Ihnen die beiden letzten Nummern (8 und 9) von »Klarheit und Wahrheit« zur Kenntnis zu bringen⁹⁴, weshalb ich dieselben unter Kreuzband folgen lasse.

Die Nachricht, daß von seiten des Römischen Stuhles zunächst nichts mehr in Sachen der Gewerkschaftsfrage geschehen werde, und dazu die Nachricht, daß die Kundgebung der westlichen Bischöfe beim hl. Stuhl volle Billigung gefunden habe, hat sehr beruhigend gewirkt. Nun ist nach der kirchlichen und doktrinellen Seite hin ein völlig sicherer Boden geschaffen, und die weitere praktische Entwicklung in den einzelnen Diözesen wird ganz gewiß die Zuversicht nicht enttäuschen, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrem gewerkschaftlichen Vorgehen durchaus an die Grenzen und Vorschriften der christlichen Sittenlehre sich halten und in keiner Weise zu der Erschütterung oder Verflachung der katholischen Gesinnung ihrer katholischen Mitglieder führen werden – ebenso wie das ja auch bei den christlichen Bauernvereinen und Handwerkerverbänden und den sonstigen zahllosen Vereinigungen konfessionell-gemischten Charakters auf wirtschaftlichem Gebiet bisher tatsächlich der Fall war.

Der Aufruf des neugebildeten Reichsausschusses der Zentrumspartei ist inzwischen von sämtlichen Mitgliedern der bestehenden Zentrumsfraktionen (im Reichstag, preußischen, bayerischen, württembergischen, badischen und hessischen und oldenburgischen Landtag) unterschrieben worden; nicht ein einziger hat sich ausgeschlossen.

Vorgestern hat hier die Generalversammlung des Augustinus-Vereins stattgefunden⁹⁵; sie war so stark besucht wie noch nie zuvor. Es herrschte unbedingte Einmütigkeit – mit einer einzigen Ausnahme: ein Arbeitersekretär vom »Sitz Berlin« erhob Widerspruch⁹⁶. Eine Resolution⁹⁷, welche dem Aufruf des Reichsausschusses beipflichtete und sich scharf gegen die Quertreiber wandte, wurde mit allen gegen die Stimme des erwähnten Arbeitersekretärs angenommen. Leider wurde die Debatte infolge des

höchst provokatorischen Auftretens des genannten Arbeitersekretärs stellenweise erregt.

Ich halte es daher für möglich, daß über diese Generalversammlung von seiten vom »Sitz Berlin« auch wieder ein Bericht nach Rom gesandt werden wird, welcher den Augustinus-Verein scharf angreift – wie das ja auch in zahlreichen früheren Fällen geschehen ist. Es wäre demgegenüber zu berücksichtigen, daß jener Arbeitersekretär völlig allein geblieben ist, und durch sein recht quertreiberisches Vorgehen die Erregung der Versammlung selbst verschuldet hat. Es wäre in hohem Maße erwünscht, wenn ein derartiger Bericht auf seine tatsächliche Richtigkeit nachgeprüft werden könnte, da offenbar die bisherigen Berichte vom »Sitz Berlin« stets ein höchst tendenziöses und verzerrtes Bild gaben.

Mit dieser Generalversammlung des Augustinus-Vereins ist nun einstweilen der Schluß eingetreten mit dieser Abwehraktion gegen die Quertreiber. Fortan soll die Quertreiberei wieder in den Zentrumsblättern möglichst wenig berücksichtigt werden. Man will es nochmals mit dem auch von Euer Bischöflichen Gnaden befürworteten System des Tot-schweigens versuchen. Wenn's sich nur durchhalten läßt! Allgemein war auch hier wieder der Wunsch, weiterhin ungestört der Arbeit für die katholische Sache und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie sich widmen zu können.

Hoffen wir, daß damit wenigstens der letzte Hauptakt des Quertreiber-dramas sein Ende erreicht hat. Wenn jetzt endlich Ruhe einträte, so wäre es für uns und den deutschen Katholizismus ein wahrer Segen, welches die allerhöchste Zeit wäre.

Euer Bischöflichen Gnaden darf ich erneut die Versicherung unserer dankbaren Verehrung geben, und ich schließe mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung als Ihr ehrfurchtsvoll ergebener

Carl Bachem

⁹³ Bei Respektierung der unbestreitbaren Verdienste des Breslauer Fürstbischofs um Kirche und Staat in Deutschland wurde die Nachricht von seinem Tod in dieser Phase des Gewerkschaftsstreits vielfach mit Erleichterung aufgenommen und »als eine Entlastung der Situation« empfunden. »Gott hat nunmehr unmittelbar in die Entwicklung der brennenden Frage eingegriffen«, schrieb der Erzbischof von Freiburg seinem Amtsbruder nach München, »indem Er den Herrn Kardinal von dem Schauplatz abrief. Ich möchte hoffen, daß daraus eine Wendung sich ergeben wird« (*Nörber an Bettinger*, Freiburg, 4. März 1914, in: EAM, Kasten 29/2). Und *Merry del Val* meinte, für das ungetrübte Andenken *Kopps* »wäre es besser gewesen, wenn der Tod ihm die Augen drei Monate früher geschlossen hätte« (*Mühlberg an Bethmann-Hollweg*, Rom, 13. März 1914, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 3).

- ⁹⁴ Im Leitartikel der Nr. 8 von »Klarheit und Wahrheit« vom 22. Februar wurde unter der Überschrift »Der Sieg der Enzyklika ›Singulari quadam‹« das Pastoral Schreiben des Episkopats der Niederrheinischen Kirchenprovinz mit entsprechender Kommentierung zugunsten der Ideen der sogenannten »Berliner Richtung« abgedruckt. Die Nr. 9 derselben Wochenschrift vom 1. März setzte sich auf mehreren Seiten mit der Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei auseinander.
- ⁹⁵ Zur Tagung des »Augustinus-Vereins«, der von Beginn seiner Gründung an es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansah, eine Art Wegbereiter für die Zentrumsparlei zu sein: Augustinus-Blatt 18 (1914) 13–16. Über Hintergründe und den internen Verlauf der Generalversammlung informieren *Carl Bachems* Aufzeichnungen vom März 1914 (HASTK, 1006/981) und sein Antwortschreiben auf die vertraulichen Mitteilungen seines Bruders *Franz Xaver Bachem* vom 21. April 1914 in dieser Sache (*C. Bachem an F. X. Bachem*, 23. April 1914, in: ebenda).
- ⁹⁶ Arbeitersekretär *Kirch* (Berlin) stellte bezüglich des Aufrufs des Reichsausschusses neuralgische Fragen, die eine heftige Diskussion auslösten; vgl. Augustinus-Blatt 18 (1914) 15.
- ⁹⁷ Die in namentlicher Abstimmung mit nur einer Gegenstimme angenommene Resolution – vom Vorstand im Anschluß an einen Entwurf *Julius Bachems* am Abend vor der Generalversammlung verfaßt – findet sich abgedruckt, in: ebenda.